

5/2016

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund

INNS' BRUCK



8. BIS 10. JUNI 2016 - 66. ÖSTERREICHISCHER STÄDTETAG

Stadtklima im Wandel - Zusammenleben gestalten

GENERALSEKRETÄR



Das städtische Zusammenleben gestalten

Der 66. Österreichische Städtetag findet heuer von 8. bis 10. Juni 2016 statt. Austragungsort ist diesmal Innsbruck, die bevölkerungsreichste Stadt Tirols. Erwartet werden rund 1.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit, darunter zahlreiche BürgermeisterInnen aus dem In- und Ausland. Der Städtetag, die traditionelle Generalversammlung des Städtebundes, steht 2016 unter dem Motto „Stadtklima im Wandel – Zusammenleben gestalten“. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Integration. Zudem sind Themen wie das enorme Bevölkerungswachstum in Städten, das künftige urbane Zusammenleben sowie die Finanzierung kommunaler Leistungen ebenfalls auf der Agenda. Auch diesmal finden wieder vier Arbeitskreise zu Themen wie „Finanzausgleich neu“, „Flüchtlingsintegration: Wege und Herausforderungen“, „Nutzung von Geoinformationen in der Stadt“ und „Stadtregionaler Öffentlicher Verkehr“ statt. Mehr denn je sind BürgermeisterInnen und kommunale VerantwortungsträgerInnen aufgerufen, mit entschlossenem Handeln und klaren Zukunftskonzepten aktiv zu agieren. Der 66. Österreichische Städtetag bietet Gelegenheit zum Wissensaustausch. Wir wünschen allen Delegierten eine informative Tagung!

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

4

STÄDTEBUND AKTUELL

Diverse Kurzmeldungen aus dem Städtebund



Der Verwaltungsorganisationsausschuss tagte in Villach.

Mehr auf Seite 4

6

KOMMUNALNEWS

Aktuelles aus den Städten



Wiener Neustadt hat Niederösterreichs erstes freies Elektro-Lastenrad.

Mehr auf Seite 7

11

STÄDTETAG 2016 IN INNSBRUCK

Von 8. bis 10. Juni findet der 66. Österreichische Städtetag, die Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes, in Innsbruck statt. Das Thema heuer: „Stadtklima im Wandel – Zusammenleben gestalten“. Die einladende Smart City Innsbruck stellt deshalb auf 40 Seiten sich und ihre Leistungen vor.



52 MAGAZIN

Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen



Verleihung des Österreichischen
Verwaltungspreises 2016
Mehr auf Seite 56-57

60 LITERATUR

Rezensionen

62 RECHT

„Die Betriebsstätte im Kommunalsteuerrecht“
von Dr. Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

66 FINANZEN

Ertragsanteilsvorschlüsse für April 2016

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 5/2016 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Chef vom Dienst/Redaktion: Mag. Gerald Leimlehner, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. NfG. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2016: 10 Ausgaben • Coverfoto: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



66. Städtetag in Innsbruck

Innsbruck ist nicht nur die fünftgrößte Stadt Österreichs, sie ist Landeshauptstadt, Universitätsstadt und Tourismusmagnet. Umso mehr freue ich mich, Sie als Präsident des Österreichischen Städtebundes in Innsbruck bei unserer jährlichen Generalversammlung begrüßen zu dürfen. Die aktuellen globalen Wanderungsbewegungen, die unsere Städte vor ganz neue Herausforderungen stellen, haben uns dazu bewegt, das städtische Zusammenleben in den Mittelpunkt dieser Tagung zu stellen. Mehr denn je müssen wir in gemeinsamer Anstrengung darauf achten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt und die soziale Balance ausgewogen bleibt. Dafür ist auch die Finanzierung öffentlicher Leistungen von zentraler Bedeutung, daher muss nun endlich Bewegung in die Finanzausgleichsverhandlungen kommen. Der bestehende Finanzausgleich ist ein kompliziertes, über Jahrzehnte gewachsenes Konstrukt. Viele Finanzierungen erfolgen über Doppelfinanzierungen von Gemeinden und Ländern. Ein neuer Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schafft ein transparentes, zielsicheres System. Die Finanzierung muss nun endlich nach dem Prinzip „Geld folgt Leistung“ funktionieren – nur so werden Städte auch weiterhin ihre zentralörtlichen Aufgaben entsprechend sicherstellen können.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

TAGUNG DES VERWALTUNGSORGANISATIONSAUSSCHUSSES IN VILLACH

Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Themen kommunale Erfahrungen mit der Langzeitarchivierung, CAF, Subventions-Checker und Offener Haushalt, Zutrittskontrollen bei Gemeinderatssitzungen sowie Digitale Revolution.

Auf Einladung der Stadt Villach fand die Frühjahrssitzung des Organisationsausschusses am 3. und 4. März 2016 in Villach statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Martin Haidvogel und der Villacher Vizebürgermeisterin Petra Oberrauner erwartete die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben zahlreichen kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten ein informatives Programm und ein lebhafter Erfahrungsaustausch über aktuelle Rechtsthemen.

Gemeinsame Sitzung mit IT-Ausschuss

Als Neuheit wurde in dieser Sitzung erstmals eine gemeinsame Sitzung des Verwaltungsorganisationsausschusses sowie des Fachausschusses für Informationstechnologie (FIT) abgehalten. Grund dieser gemeinsamen Sitzung war, dass verwaltungsorganisatorische Neuheiten ohne IT-Einsatz in einer Welt von heute undenkbar erscheinen. Aus diesem Grund wurde es als effizient und Ressourcen schonend angesehen, die Wirkungskreise dieser beiden Ausschüsse zumindest teilweise zu koordinieren. Aufgrund des großen Erfolges in dieser Sitzung wurden weitere gemeinsame Projekte vereinbart.

Langzeitarchivierung, CAF und Subventionschecker

Der erste Teil der Sitzung befasste sich mit den Themen Langzeitarchivierung im kommunalen Alltag, CAF, Fremdwahrnehmung und Selbstwahrnehmung im kommunalen Alltag sowie der Vorstellung des Subventions-Checkers der Stadt Salzburg. Vorgetragen wurden diese Themen jeweils von Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet, danach entwickelte sich eine rege Diskussion.

Auswirkungen der „digitalen Revolution“

Auch der zweite Teil der Tagung widmete sich vielen verwaltungsorganisatorisch bedeutenden Themen. Wie bereits festgestellt, wurde diesmal ein Schwerpunkt – gemeinsam mit den Mitgliedern des Fachausschusses für Informationstechnologie – auf die aktuellen Themen der „digitalen Revolution“ und ihrer Auswirkungen auf Städte und Gemeinden gesetzt. Hierzu wurden von den Kollegen aus dem FIT einige Vorträge zum Thema gehalten und über eine gemeinsame Vorgehensweise diskutiert. Unter der Federführung von IT-Kommunal-Experten Ronald Sallmann wurde auch eine Stellungnahme zur „Digitalen Roadmap“ des Bundes beschlossen.

Weitere Vorträge und Stadtführung

Ein weiterer Vortrag der Linzer Magistratsdirektorin Martina Steininger widmete sich der aktuellen Strukturreform im Magistrat Linz. Weiters wurde vom Stadtamtsdirektor Bindeus das aktuelle Projektmanagement Handbuch der Stadt Leonding vorgestellt. Aus den Städten Graz und Wien kamen noch Beiträge zu den Themen „Zutrittskontrollen bei Gemeinderatssitzungen“ und die Auswirkungen der Amokfahrt in Graz vom 20. Juni 2015 auf die kommunale Verwaltung sowie der Einsatz von Videodolmetschdiensten in der kommunalen Verwaltung.

Nach der Sitzung unternahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine interessante Führung durch die Innenstadt von Villach mit ihren historischen Bauwerken.

Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation wird im Herbst 2016 in Graz stattfinden.

Dr. Johannes Schmid eh.



NEUES EU-PROJEKT MIT DORNBIERN

Historische Industrieareale waren einst wirtschaftliche Schwerpunkte. Nach Betriebsschließung werden sie oft nur noch als Raumreserven für zukünftige Betriebsansiedlungen betrachtet. Dabei wurde oft übersehen, dass diese Anlagen in vielfältiger Weise mit den Standortgemeinden verbunden sind und sich zu spannenden Orten mit sozialem, kulturellem und touristischem Potenzial entwickeln können.



Ein neues internationales EU-Projekt mit dem Namen „Echoes of the Past - Heritage Futures“ beschäftigt sich nun mit den Möglichkeiten solcher industriegeschichtlicher Objekte in Hinsicht auf soziale Innovation und nachhaltige Entwicklung. Das Stadtarchiv Dornbirn ist der einzige deutschsprachende Partner in diesem Projekt.

Das Projekt, an dem sechs Partner beteiligt sind, wurde von der EU mit rund 300.000 Euro ausgestattet. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in Form von Publikationen, internationalen Kursen und durch Internetplattformen verbreitet werden. Ganz speziell soll das Wissen, über das die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter noch verfügen, in diesen Prozess mit einbezogen werden.

Paradebeispiele aus Dornbirn

Neben dem Stadtarchiv Dornbirn kommen die weiteren Partner aus Portugal, Schweden und Großbritannien. Gerade aus der Stadt Dornbirn können sehr viele spannende, aber auch sehr unterschiedliche Beispiele eingebracht werden, die gelungene Wiederbelebungen von historischen Industriearealen zeigen. Für die Auswahl des Stadtarchivs als Partner waren die verschiedenen erfolgreich durchgeführten Projekte im Bereich der Industriegeschichte ausschlaggebend. Die anderen Partner waren insbesondere von den Arbeiten mit historischen Bauplänen, dem großen Fotoarchiv, dem Modell der Erzählcafés und den interaktiven Spaziergängen begeistert.

Der Grundstein für die Architektur der Zukunft.

Building Automation von Beckhoff.



Skalierbare Steuerungstechnik

Das modulare Steuerungssystem von Beckhoff bietet Lösungen vom leistungsstarken Industrie-PC oder Embedded-PC als Gebäudeleitrechner bis zum dezentralen Ethernet-Controller.

Der Automatisierungs- baukasten

Das Beckhoff-Busklemmensystem für die Anbindung der Datenpunkte unterstützt mit 400 verschiedenen I/O-Klemmen alle gängigen Sensoren und Aktoren.

www.beckhoff.at/building

Mit PC- und Ethernet-basierter Steuerungstechnik von Beckhoff lassen sich alle Gebäudefunktionen softwarebasiert realisieren. Das durchgängige Automatisierungskonzept mit Hard- und Softwarebausteinen für alle Gewerke bietet maximale Flexibilität bei geringen Engineeringkosten. Die Automatisierungssoftware TwinCAT beinhaltet alle wesentlichen Gebäudefunktionen sowie eine standardisierte Systemintegration über Ethernet, BACnet/IP, OPC UA oder Modbus TCP. Der Beckhoff Baukasten erfüllt eine Gebäudeautomation nach Energieeffizienzklasse A.

IPC

I/O

Automation



EINREICHEN UND „SAUBERSTE REGION ÖSTERREICHS 2016“ WERDEN

Es darf wieder eingereicht werden. Die Ausschreibung zur „Saubersten Region Österreichs 2016“ läuft bereits, die Frist endet am 31. Mai. Neben Ruhm und Ehre warten wieder eine große Siegesfeier sowie viele weitere Preise auf die EinreicherInnen.

Der Award „Sauberste Region Österreichs“ wird heuer bereits zum dritten Mal vergeben. „Die größten Gewinner einer sauberen Umwelt sind die Gemeinden“, dachten sich die Verantwortlichen von Österreichs größter Anti-Littering-Initiative „Reinwerfen statt Wegwerfen“. Um das Engagement der Gemeinden, Städte und Regionen in diesem Bereich zu würdigen, riefen sie daher 2014 den Award zur „Saubersten Region Österreichs“ ins Leben. Hinter dem Projekt stehen neben „Reinwerfen statt Wegwerfen“ auch der Gemeindebund, der Städtebund und die Österreich Werbung.

Viele GewinnerInnen

Gemeinden und Regionen profitieren gleich doppelt. Einerseits durch die saubere Umwelt an sich: Eine solche steigert die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung – denn wer möchte nicht in einer sauberen Landschaft leben? Aber auch die lokale Wirtschaft profitiert davon, da zahlreiche Touristen und Touristinnen Österreich aufgrund der schönen und sauberen Landschaft besuchen. Zudem sparen die Gemeinden Kosten für die Abfallsammlung, wenn Müll richtig entsorgt wird und nicht im Wald, in Gewässern oder in der Stadt am Boden landet.



Kufstein freute sich gemeinsam mit Gregor Schlierenzauer.



Der Titel „Sauberste Region Österreichs“ bringt einer Gemeinde aber noch weit mehr. Sowohl die Stadtgemeinde Mödling, die 2014 erstmals mit dem Award ausgezeichnet wurde, als auch Kufstein, das letztes Jahr den Preis entgegennehmen durfte, freuten sich über eine massive mediale Berichterstattung weit über die lokalen Grenzen hinaus. Die Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung erfuhr einen erneuten Aufschwung und die zuständigen Personen innerhalb der Gemeinden einen Motivationsschub.

Auch die Finalisten und die Gewinner der Sonderpreise konnten ihre Auszeichnungen zur Positionierung als lebenswerte Gemeinde nutzen.

Jetzt noch einreichen

Die Ausschreibung zur „Saubersten Region Österreichs 2016“ läuft noch bis 31. Mai. Auf alle Einreicher warten wieder attraktive Preise sowie die Chance auf die begehrte Auszeichnung. Einreichen kann jeder/jede, der/die als offizielle/r VertreterIn der Gemeinde, Stadt oder Tourismusregion agiert. Es können ein oder mehrere Projekte eingereicht werden. Die Ausschreibungsunterlagen sowie das Einreichformular gibt es hier: www.kommunalnet.at/saubersteregion



Unvergessliche Siegesfeier in Mödling.



v.l.n.r.:

Energiebeauftragter DI Martin Hesik, Umweltgemeinderat Ing. Robert Pfisterer und Obmann Dietmar Eisinger vom Verein „die Teilbaren - nutzen statt besitzen“ haben „LaRa“ bereits getestet.

„LARA“: WIENER NEUSTADT HAT NIEDERÖSTERREICHS ERSTES FREIES ELEKTRO-LASTENRAD – AUSLEIHE KOSTENLOS!

In immer mehr Städten Europas prägen Lastenräder das Stadtbild. Wiener Neustadt ist nach Wien und Graz die erste Kleinstadt Österreichs, die auf diesen Trend in der urbanen Mobilität setzt. Ab sofort läuft erstmals in Niederösterreich der Verleih eines freien Lastenrades. „LaRa - dein Lastenrad“ heißt es und hat zwei Räder vorne und eine große Kiste als Laderaum. Es gehört als Gemeingut allen und kann auch von jedem/jeder gratis ausborgert werden. Dank Elektroantrieb können Kinder, Getränkeboxen oder sogar Waschmaschinen mühelos transportiert werden. Für private oder geschäftliche Zwecke kann das Rad einfach über eine Webseite gebucht werden. Die Verleihstationen wechseln alle paar Wochen zwischen Betrieben, Vereinen und sozialen Einrichtungen. Der erste Verleihstandort ist der Weltladen in der Fußgängerzone Neunkirchner Straße. Danach folgt die Alte-Kronen-Apotheke am Hauptplatz.

Name durch Online-Voting

„LaRa“ ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Stadt Wiener Neustadt und einem eigens von engagierten Privatpersonen gegründeten Verein. Typisch für ein Gemeingut war bereits die Namensfindung. Mittels Online-Voting wurde der Name für Wiener Neustadts erstes freies Lastenrad ermittelt. Einer der Gründerväter ist der Energiebeauftragte der Stadt Wiener Neustadt, Martin Hesik: „Über das Klima- und Energiemodellregionen-Programm haben wir eine Anschub-Finanzierung aufgestellt. Aus einer Gruppe von interessierten Personen hat sich nun ein eigener Verein gegründet, der sich um das Projekt und den dauerhaften Betrieb von LaRa kümmert.“

Lust am Vernetzen

„Die Teilbaren – Nutzen statt besitzen“ heißt dieser neue Wiener Neustädter Verein; als Obmann steht Dietmar Eisinger vor: „Die Sharing-Ökonomie ist unaufhaltsam im Vormarsch. Nutzen statt besitzen sind daher auch die großen Schlagwörter unseres neuen Vereins. Die digitalen Möglichkeiten sind dabei wesentlicher Bestandteil für die neue Lust am Teilen und Vernetzen. Bei LaRa ist es unsere Buchungsplattform deinlastenrad.at, die als Drehscheibe aller Aktivitäten dient.“

Vom Erfolg des Projektes überzeugt ist auch Umweltgemeinderat Ing. Robert Pfisterer: „LaRa bringt Farbe ins Stadtbild und in

den Mobilitätsalltag. Bunt, vernetzt, dynamisch und gleichzeitig umweltschonend – so sehe ich LaRa nicht nur aus ökologischer Sicht zukunftsweisend für unsere Stadt und unser Klima, sondern auch aus ökonomischer Sicht als die bessere Alternative zu KFZ für eine Vielzahl von Transporten.“

„LaRa - dein Lastenrad“ ist ein Projekt der Klima- und Energiemodellregion Wiener Neustadt, gefördert durch den Klimafonds. Weitere Informationen unter www.deinlastenrad.at

100%

REINIGUNGSMASCHINE



so geht sauber.

0%

ZINSEN



Jetzt vom hollu
Finanzierungsmodell profitieren!
Mehr auf www.hollu.com



hollu Systemhygiene GmbH | Tel. +43 5238 52800 | www.hollu.com



„Gut zu Fuß - nahmobil aktiv,
sicher & bewegt im Alltag“:
Zu den Schwerpunkten der
diesjährigen Fachkonferenz für
FußgängerInnen gehören Nahmobil
aktiv, selbstfahrende Fahrzeuge
als Chance und Risiko, Gehen im
Alltag, Verkehrssicherheit sowie
Begegnungszonen.



X. österreichische Fachkonferenz für FußgängerInnen

„Gut zu Fuß - nahmobil aktiv & sicher“

SAVE THE DATE: 16. und 17. Juni 2016

Baden bei Wien, Schloss Weikersdorf



GELUNGENE BEISPIELE VON BEGEGNUNGZONEN IN ÖSTERREICH

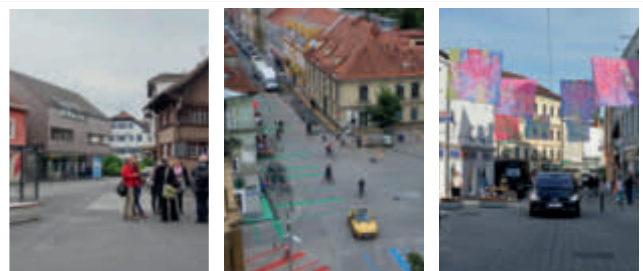
Seit 2013 haben immer mehr Städte und Gemeinden in Österreich die Möglichkeit genutzt, Begegnungszonen zu verordnen. Diese zeichnen sich durch vielfältige Unterschiede aber auch durch Gemeinsamkeiten in der Gestaltung und Umsetzung aus. Bereits umgesetzte und verordnete Begegnungszonen werden nun erstmalig für Österreich von „Walk-space.at“ – dem Österreichischen Verein für FußgängerInnen – auf der Plattform www.begegnungszonen.or.at übersichtlich präsentiert. Ziel ist es, gute Beispiele aus jedem Bundesland zu dokumentieren.

Austausch ermöglichen

Derzeit umfasst die Begegnungszonen-Website unter anderem Projekte, wie die erst kürzlich umgestaltete Begegnungszone in Ried im Innkreis (Oberösterreich) oder in Mittelberg (Vorarlberg). Anhand einiger wesentlicher Merkmale werden die Begegnungszonen kurz beschrieben und deren Besonderheiten aufgezeigt. Ein Fotoalbum, gegebenenfalls Videoclips und Plandarstellungen ermöglichen es, einen Eindruck vom Gebiet zu erhalten. Dokumentiert werden Begegnungszonen größerer Städte, aber auch gelungene Beispiele kleiner Kommunen. Eine Vorreiterrolle für viele andere Gemeinden in Österreich stellt beispielsweise das Projekt „Zentrum erleben“ der Marktgemeinde Thalgaun (Salzburg) dar, das bereits 2010 als Pilotprojekt begonnen wurde. Ziel der Website ist, bestehendes Wissen zu Begegnungszonen für ExpertInnen, PlanerInnen, EntscheidungsträgerInnen und die interessierte Fachöffentlichkeit zusammenzutragen, einen Austausch zu ermöglichen und Erfahrungen zu sammeln.

Projekte gesucht

Walk-space.at wird diese Dokumentation in Kooperation mit dem bmvit (Verkehrssicherheitsfonds) sowie in Zusammenarbeit mit dem Städtebund, der FSV, den Bundesländern und anderen KooperationspartnerInnen auch künftig ergänzen. ProjektbetreiberInnen von guten Beispielen sind daher eingeladen, Details zu realisierten und verordneten Begegnungszonen an „begegnungszonen@walk-space.at“ zu übermitteln. Die unter www.begegnungszonen.or.at erreichbare Website ermöglicht es, komfortabel Informationen und bildliche Eindrücke zu einer Vielzahl von verschiedenen Begegnungszonen abzurufen und sich für allfällige weitere Projekte inspirieren zu lassen.



Begegnungszonen in Österreich

Sammlung guter Beispiele, Good-Practice-Dokumentation: www.begegnungszonen.or.at



NEUE MOBILITÄTSLEHRGÄNGE STARTEN IM JUNI

Mobilitätsfragen und Verkehrsprobleme gehören zum Alltag der Gemeindearbeit. Für politische VertreterInnen, für MitarbeiterInnen in der Verwaltung und für alle am Mobilitätsthema Interessierten bietet das Klimabündnis Österreich auch heuer wieder Mobilitätslehrgänge an. Im Vordergrund stehen der Erwerb eines fundierten Basiswissens zur nachhaltigen Verkehrsgestaltung und die Vernetzung. Nicht immer muss „das Rad neu erfunden“ werden.

Der Lehrgang zur/zum Kommunalen Mobilitätsbeauftragten vermittelt in zwei Modulen zu je zwei Tagen ein fundiertes Basiswissen zum breiten Spektrum nachhaltiger Mobilität. Die Gemeinde erhält mit einer/m Kommunalen Mobilitätsbeauftragten eine kompetente Ansprechperson für alle Verkehrsbelange. Renommierete Mobilitäts-ExpertInnen präsentieren praktische Grundlagen nachhaltiger Verkehrsgestaltung. Erfolgreiche PraktikerInnen zeigen, wie dies konkret umgesetzt werden kann und auch politisch erfolgreich ist. Wesentliches Augenmerk wird im Rahmen des Lehrgangs auf konkrete Umsetzungsmöglichkeiten und Praxisnähe gelegt. Der erste Tag mit dem Schwerpunkt Radverkehr kann auch alleine gebucht werden und mit dem Zertifikat „Kommunale/r Radbeauftragte/r“ abgeschlossen werden.

Lehrgangsinhalte sind:

- Möglichkeiten nachhaltiger Verkehrsgestaltung in der Gemeinde – von der Raumplanung bis zur Bewusstseinsbildung;
- Maßnahmen für attraktiven und sicheren FußgängerInnen- und Radverkehr;
- Eindämmung verkehrsinduzierter Umweltbelastungen;
- Attraktiver Öffentlicher Verkehr in Gemeinde und Region;
- Potenziale der Elektromobilität;
- Mobilitätsförderungen;
- Konfliktmanagement – Einbeziehung der BürgerInnen.



Der Lehrgang wird – unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Günter Emberger, TU Wien, Institut für Verkehrswissenschaften – vom Klimabündnis Österreich durchgeführt und findet immer in Kooperation mit Partnern – wie zum Beispiel der eNu Energie- und Umweltagentur Niederösterreich, dem Umweltbüro der Erzdiözese Wien, dem Land Salzburg und vielen anderen – statt.

Termine, Kosten und Anmeldung

Der österreichweite Lehrgang startet am 6./7. Juni in Wiener Neustadt und wird am 3./4. Oktober abgeschlossen. Für Salzburger Gemeinden gibt es einen eigenen Lehrgang am 13./14. Juni in Bischofshofen und am 17./18. Oktober in Seekirchen.

Die Kosten betragen 780 Euro für den gesamten Lehrgang beziehungsweise 300 Euro für die/den Radbeauftragte/n. Informieren Sie sich über Fördermöglichkeiten wie z.B. den Bildungsscheck in NÖ in der Höhe von 500 Euro bzw. 225 Euro oder den Salzburger Bildungsscheck in der Höhe von 390 Euro bzw. 150 Euro.

Weitere Details zu den Förderungen durch die einzelnen Bundesländer, Anmeldung und umfassende Informationen finden Sie unter www.klimabuendnis.at oder direkt bei DIⁱⁿ Irene Schrenk, Telefon 01/581 5881-18.

KLICK DICH DURCH!

facebook.com
youtube.com
twitter.com

UNSERLANDTIROL

www.tirol.gv.at

Erheblicher Schaden durch Eichenprozessionsspinner PROFESSIONELLE BEKÄMPFUNG SCHÜTZT MENSCH UND BAUM!



Ein kleiner Nachtfalter, der bis jetzt kaum aufgefallen ist, wird von Jahr zu Jahr bekannter. Der sogenannte Eichenprozessionsspinner hat überwiegend europäische Eichen als Wirtspflanze im Visier, an denen die Raupen durch ihre Fraßtätigkeit im Laufe der Zeit erheblichen Schaden verursachen. Dem nicht genug, rücken die Gesundheitsgefahren für Mensch und Tier zunehmend in den Fokus, die von den Brennhaaren der Brut ausgehen. Von schlimmen allergischen Hautreaktionen bis hin zu Asthma erstreckt sich das Gefährdungspotential.

Im Zuge der derzeit zu verzeichnenden Massenvermehrung (Gradation) des Eichenprozessionsspinners (*Thaumetopoea processionea*) mehrten sich Berichte über Krankheitsfälle, die durch den Kontakt mit den Brennhaaren der Raupen ausgelöst werden.

Viele Gemeinden sagen dem Prozessionsspinner den Kampf an!



Zum Schutz der Bevölkerung vor dem Kontakt mit den Brennhaaren ist eine Bekämpfung jetzt im Frühjahr notwendig. Die kurzen Zeitfenster im Frühjahr, in denen eine zielführende Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners mit Insektiziden möglich ist, bergen jedoch ein erhebliches Risiko für Fehlanwendungen, da in diesen Zeitfenstern auch optimale äußere Bedingungen für eine sachgerechte Anwendung vorliegen müssen.

Vertrauen Sie bei der Bekämpfung auf die Niederösterreichischen Schädlingsbekämpfer. Diese sind mit dem Phänomen bestens vertraut und können unter minimalem Einsatz von Chemie ein Maximum an Wirkung erzielen.

Die Adressen der NÖ Schädlingsbekämpfer finden Sie unter www.chemisches-gewerbe.or.at oder unter www.firmen.wko.at

Ihr Franz J. Astleithner

**Landesinnungsmeister der
Chemischen Gewerbe, Denkmal-,
Fassaden-, und Gebäudereiniger**



Foto: Der Eichenprozessionsspinner schädigt nicht nur Bäume sondern kann auch schwere Allergien auslösen.

Eine Information der Landesinnung der Chemischen Gewerbe, Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger

Tel.: 02742/851-19172

www.chemisches-gewerbe.or.at



**WIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERÖSTERREICH
Chemische Gewerbe · Gebäudereiniger**

ALPIN-URBANE
LANDESHAUPTSTADT
INNSBRUCK



STADTSENAT



BÜRGERMEISTERIN

MAG.^a CHRISTINE OPPITZ-PLÖRER

Ressorts: Personalwesen; Bürgerservice; Bürgerbeteiligung; Finanzen und Beteiligungen; Wirtschaft; Kultur sowie alle weiteren Aufgaben, die nicht gemäß §§ 35a und 35b Innsbrucker Stadtrecht anderen Mitgliedern der Stadtregierung übertragen sind



VIZEBÜRGERMEISTERIN

MAG.^a SONJA PITSCHEIDER

Ressorts: Umwelt, Energie und Mobilität (Verkehrsplanung, Umwelt, Straßenverkehr und Straßenrecht, Parkraumbewirtschaftung); Tiefbau; Frauen



VIZEBÜRGERMEISTER

CHRISTOPH KAUFMANN

Ressorts: Berufsfeuerwehr; Straßenbetrieb; Kinder- und Jugendförderung; Familien und SeniorInnen; Sport



STADTRAT MAG. GERHARD FRITZ

Ressorts: Stadtentwicklung, Stadtplanung und Integration; Bau-, Wasser-, Anlagen- und Gewerberecht; Bau- und Feuerpolizei; Grünanlagen



STADTRAT ERNST PECHLANER

Ressorts: Soziales; Kinder- und Jugendhilfe; Bildung, Kindergärten und Schulen (Schulverwaltung, Bildungskonzepte und Subventionen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Pädagogische Beratung)



STADTRAT FRANZ X. GRUBER

Ressorts: Tourismus; Land- und Forstwirtschaft; Gesundheit, Markt- und Veterinärwesen; Flüchtlingswesen



STADTRAT ANDREAS WANKER

Ressort: Wohnungsservice

AUFBAU DES MAGISTRATES



MAGISTRATSDIREKTOR

DR. BERNHARD HOLAS

MA I – Allgemeine Verwaltungsdienste



MAG.^a ELISABETH SCHNEGG-SEEBER

Abteilungsleiterin MA II – Bezirks- und Gemeindeverwaltung



DR. ROBERT SCHÖPF

Abteilungsleiter MA III – Planung, Baurecht und technische Infrastruktur



DR. THOMAS PÜHRINGER

Abteilungsleiter MA IV – Finanz-, Wirtschafts- und Beteiligungsverwaltung



MAG.^a BIRGIT NEU

Abteilungsleiterin MA V – Gesellschaft, Kultur, Gesundheit und Sport



DR. HANS FANKHAUSER

Abteilungsleiter Kontrollabteilung

Liebe Leserinnen und Leser,

130.000 Bürgerinnen und Bürger aus rund 150 unterschiedlichen Ländern verbreiten täglich internationales Flair in unserer Stadt. Innsbruck ist sowohl Sport-, Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts- als auch Tourismusstadt. Eine Vielzahl an internationalen Sportveranstaltungen, rund 50.000 Menschen in Ausbildung, die österreichweit größte Kulturbaustelle, das Haus der Musik, ca. 90.000 Arbeitsplätze und 4,5 Millionen Nächtigungen pro Jahr in der Region sprechen für sich.

Innsbruck ist die Stadt der kurzen Wege. Mobilität und Infrastruktur nehmen einen sehr hohen Stellenwert ein. Laufend werden neue Stadtgebiete erschlossen. Dafür setzen wir aktuell das größte Infrastrukturprojekt nach dem Brennerbasistunnel um: die Straßen- und Regionalbahn, in die ein Investitionsvolumen von rund 400 Millionen Euro fließt.

Gleichzeitig ist Innsbruck eine Stadt, in der die Menschen zählen, unabhängig davon, woher sie kommen. Gerade jetzt, in international schwierigen Zeiten, in denen tausende Menschen auf der Flucht sind, gilt es, dies nicht zu vernachlässigen. Der Respekt und die Menschlichkeit jedem Menschen gegenüber werden in unserer Alpenstadt groß geschrieben. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Und darauf bin ich stolz.

Ihre

Christine Oppitz-Plörer

Mag.^a Christine Oppitz-Plörer

Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Innsbruck



INHALT

Innsbruck von A bis Z	4	Bürgerbeteiligung	18	Freizeitstadt	32
Großprojekte	6	Wohnbauoffensive	20	Stadt der Generationen	34
Marke Innsbruck	8	Energieentwicklungsplan	23	Gesellschaftliche Verantwortung	36
Umfrage zur Lebensqualität	10	Mobile Stadt	24	Universitätsstadt	38
Bürgernahe Stadt	14	Innsbrucks Hausberg	26		
Haus der Musik	16	Sportstadt	30		

Impressum

Redaktion: Kommunikation und Medien, Stadt Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, Tel.: +43 512 5360 4327, FAX: +43 512 5360 1757, post.kommunikation.medien@innsbruck.gv.at · **Chefredakteurin:** Mag.^a Miriam Sulaiman, MA (MIR) · **Redakteurinnen:** Anna Aistleitner, BA (AA), Daniela Hofer, MA (DH), Sabine Kuess, Bakk.Komm.

(SAKU), Veronika Lercher (VL), Mag.^a Katharina Rudig (KR), Lisa Reinthaler, Bakk. Komm. (LI), Alexandra Dirisamer, Marion Verdross · **Produktion:** ADPartners, Universitätsstraße 15a, 6020 Innsbruck, Tel.: +43 512 560000 · **Grafik:** Tina Radulovic · **Fotos:** Achensee Tourismus, BMLFUW/A. Haiden, C. Lackner, V. Lercher, D. Hofer, Fotowerk Aichner, Franz Oss,

IIG, Innsbruck Airport, Innsbruck Marketing, innsbruck tirol sports GmbH, Innsbruck Tourismus, inpublic, IVB, iStock Photo, S. Kuess, Land Tirol/Angerer, MCI, R. Müller, Patscherkofelbahnen, renderwerk.at, Stadt Innsbruck, Strolz, M. Venier, Zangerl

INNSBRUCK VON A BIS Z



A_NDECHSGALERIE

In der Galerie im Andechshof können sich junge KunstakademieabsolventInnen in ihren ersten Einzelausstellungen der Öffentlichkeit präsentieren.

B_RÜCKENSTADT

31 Brücken führen in der Tiroler Landeshauptstadt über Sill und Inn. Auch der Name Innsbruck stammt von einer Brücke über den Inn.

C_HRISTKINDLEINZUG

Der Christkindleinzug, Gemeinschaftswerk der Schulen, zieht jährlich im Dezember rund 25.000 ZuschauerInnen an.

D_IVERSITÄT

Menschen aus knapp 150 unterschiedlichen Nationen leben in Innsbruck.



E_U IM GEMEINDERAT

Seit November 2015 statten EU-Abgeordnete dem Gemeinderat regelmäßig einen Besuch ab, um über EU-politische Themen zu diskutieren.

F_REIBURG IM BREISGAU

Die südlichste Großstadt Deutschlands ist Innsbrucks älteste Partnerstadt. Bereits 1963 wurde die Partnerschaft offiziell geschlossen. Außerdem ist die Landeshauptstadt mit weiteren sechs Städten (Aalborg, Grenoble, Krakau, New Orleans, Sarajevo, Tbilisi) partnerschaftlich verbunden.

G_ESTALTUNGSBEIRAT

Der Gestaltungsbeirat begutachtet große Bauvorhaben – also jene, die Bedeutung für das Stadt- und Ortsbild haben – und gibt eine Expertise dazu ab.

H_ILDE ZACH

Am 26. Oktober 2002 wurde Hilde Zach zur Bürgermeisterin gewählt. Mit dem Antreten des Amtes trat sie als erste Frau Österreichs an die Spitze einer Landeshauptstadt.

I_{CG}

Rund 1.200 AthletInnen zwischen zwölf und 15 Jahren waren zu den Innsbruck 2016 International Children's Games (ICG) gekommen, um sich in 31 Medaillenentscheidungen zu messen.

J_UNGE TALSTATION

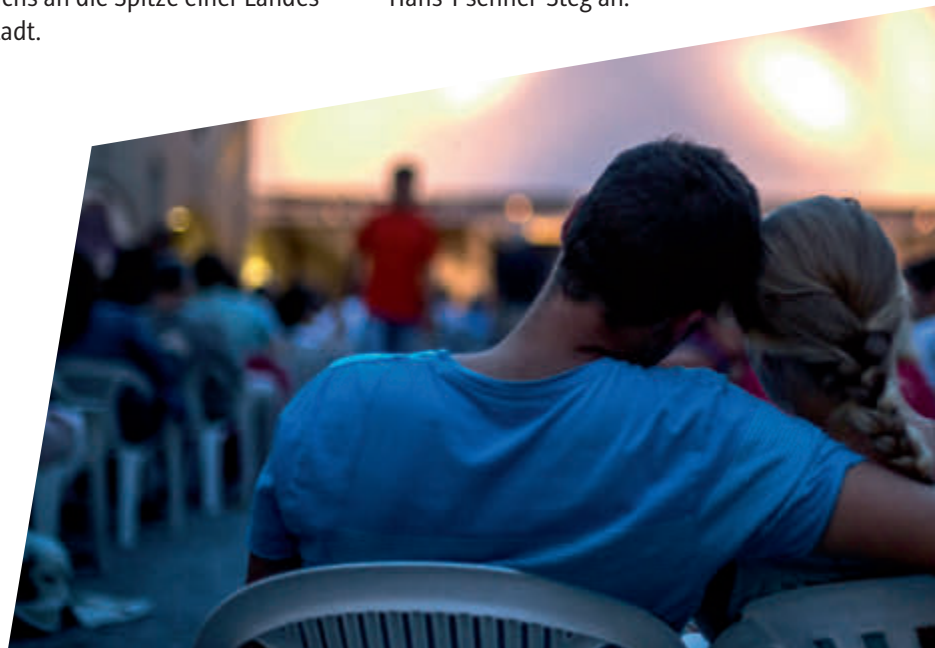
Damit Jugendliche einen Ort haben, an dem sie sich treffen und austauschen können, unterstützte die Stadt den Ausbau der „Jungen Talstation“. Die Verwaltung der ehemaligen Talstation der Hungerburgbahn liegt beim Innsbrucker SchülerInnenbeirat.

K_ULTURESOMMER

Seit Jahren setzt Innsbruck besonders im Sommer auf Kultur: Von Mai bis September gibt es ein facettenreiches Programm (www.kultur-sommer.at).

L_IEBESSCHLÖSSER

Wer symbolisch seine ewige Liebe besiegeln möchte, bringt sein Liebesschloss am besten am eigens adaptierten Hans-Psenner-Steg an.





MARKTHALLE

Die heutige Markthalle Innsbruck besteht aus zwei Gebäuden, der älteren Westhalle aus den Jahren 1913/1914 und dem Teil aus dem Jahr 1960. Seit 2012 befindet sie sich im Alleineigentum der Stadt.

NORDKETTENBAHNEN

Nirgendwo sonst liegt die Grenze zwischen urbanem Raum und rauer Bergwelt so nah beisammen wie in Innsbruck: Mit den Nordkettenbahnen gelangt man in zwanzig Minuten vom Stadtzentrum in hochalpines Gelände.

OLYMPIASTADT

1964 brannte das Olympische Feuer in Innsbruck das erste Mal. Zwölf Jahre später fanden erneut Olympische Winterspiele statt. Es kamen noch die Paralympics (1984, 1988), die Youth Olympic Games (2012) und die International Children's Games (2016) hinzu.

PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG

Im November 2015 startete die finale Phase des Parkraumkonzepts. Damit wurde die Parksituation für AnrainerInnen verbessert. Details unter www.ibkinfo.at

QUELLEN

Rund zwölf Millionen Kubikmeter Trinkwasser fördert das Innsbrucker Wasserversorgungswerk jährlich aus zwölf Quellen und zwei Brunnen.

RAD-WM

Im Februar erhielt Tirol den Zuschlag für die Austragung der Straßenrad-WM 2018. Alle zwölf Rennen enden direkt in der Landeshauptstadt.

SINFONIA

Die Stadt investiert im Rahmen des EU-Projekts Sinfonia in die kosteneffiziente Sanierung von Wohngebäuden, die Optimierung von Wärme- und Kältenetzen und den Ausbau von neuen Stromnetzen.

TANTEGERT

Der Waldmoorkomplex Tantegert ist ein etwa 1,5 Hektar großes Mooregebiet, welches revitalisiert wird. Dort wurde der erste barrierefreie Rundwanderweg errichtet.

UNSERE BERGE FÜR SENIORINNEN

BesitzerInnen eines SeniorInnenausweises können jedes Jahr im September die freie Fahrt in die umliegende Bergwelt genießen.

VEREINSPORTAL

Die innovative Plattform bietet einen Gesamtüberblick über das aktive Vereinsleben in der Landeshauptstadt. Initiativen können sich kostenlos unter www.vereinsportal-innsbruck.at registrieren.

WESTENDORF

Die Stadt hat mit dem Ausbildungszentrum West (AZW) für Gesundheitsberufe der TILAK im Jahr 2013 ein Projekt konzipiert, das einen kostenlosen Urlaub für Pflegende und ihre pflegebedürftigen Angehörigen in Westendorf im Bezirk Kitzbühel anbietet.

XPRESS

Jugendlichen im Alter von 13 bis 17 Jahren wird in Innsbruck in den Ferien nicht langweilig: Dafür sorgt der TeenXpress mit einem bunten Programm.

YACHT

Innsbruck verfügt indirekt über einen kleinen „Yachthafen“. Die Stadt ist nämlich Eigentümerin des Achensees.

ZENTRALBAUHOF

Durch die Schaffung eines Zentralbauhofs konnte dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden.



DIE GROSSPROJEKTE DER STADTENTWICKLUNG

INNSBRUCK IST EINE FACETTENREICHE STADT, DIE SICH STÄNDIG WEITERENTWICKELT. DIES WIRD BEREITS MIT EINEM BLICK AUF DERZEIT IN BAU BEFINDLICHE UND KÜRZLICH ABGESCHLOSSENE GROSSPROJEKTE DEUTLICH.



1. STRASSEN-/REGIONALBAHN

Baubeginn: 2010
Geplante Fertigstellung:
2018 (innerstädtisch),
2020 (außerstädtisch)
Kosten: ca. 396 Mio. Euro

Mit der fortlaufenden Umsetzung des Straßenbahnkonzeptes wird eine moderne und komfortable Mobilität ermöglicht. Nach Abschluss der Arbeiten verläuft die Strecke von Völs durch das Zentrum von Innsbruck, weiter in das Olympische Dorf und von dort aus nach Rum.

2. TURNLEISTUNGSZENTRUM

Baubeginn: 2014
Eröffnung: Juni 2015
Kosten: ca. 1,6 Mio. Euro

Die Sportanlage des Turnleistungszentrums Olympisches Dorf ist aktuell der modernste Neuzugang im sportlichen Mosaikangebot der Stadt. Durch den Umbau verfügt die Tiroler Landeshauptstadt nun über eine wettkampftaugliche Halle für insgesamt 150 BesucherInnen.

3. UMBRÜGGLER ALM

Baubeginn: 2014
Eröffnung: November 2015
Kosten: 1,95 Mio. Euro
(Erschließungskosten)
(netto 2,5 Mio. Euro)

Das sagenumwobene „Kasermendl“ hat ein neues Zuhause: In nur einem Jahr entstand im beliebten Innsbrucker Naherholungsgebiet ein modernes Ausflugs-gasthaus in Holzbauweise. Unter anderem laden zwei Gaststuben, ein Ausstellungsraum sowie eine überdachte Terrasse mit ca. 80 Sitzplätzen zum Verweilen ein.

4. KLETTERZENTRUM

Baubeginn: 2015
Geplante Fertigstellung:
Frühjahr 2017
Kosten: ca. 12 Mio. Euro

Sportklettern erlebt seit Jahren einen Boom, wodurch das bestehende Kletterzentrum am Tivoli aus allen Nähten platzt. Neu gebaut wird deshalb eine barrierefreie Gesamtanlage mit einer Seilkletterhalle, einer Boulderhalle in der bestehenden WUB-Halle in Dreieiheligen-Schlachthof sowie einer freistehenden turmartigen Kletteranlage. Schon 2018 wird das Kletterzentrum zum Veranstaltungsort der Kletter-WM.



Umbrügler Alm: Das alpin-urbane Markenzeichen erfreut sich großer Beliebtheit.

Sie wollen über die Großprojekte
am Laufenden bleiben?
Besuchen Sie www.ibkinfo.at



4.

Schon Anfang 2017 wird das neue Kletterzentrum Realität sein.

1.

Die Planungen für die Straßen- und Regionalbahn sind an der Endhaltestelle angekommen.

5. HAUS DER MUSIK INNSBRUCK

Baubeginn: Herbst 2015
Geplante Fertigstellung: 2018
Kosten: ca. 58 Mio. Euro

Das Haus der Musik Innsbruck ist als kulturelles Kompetenzzentrum im Herzen von Innsbruck angesiedelt. Nach Plänen des Innsbrucker Architekten DI Erich Strolz vereint das innovative Gebäude zahlreiche Musikinstitutionen, wie etwa das Tiroler Symphonieorchester Innsbruck, unter einem Dach. Im großen Veranstaltungssaal werden rund 500 Personen Platz finden.

6. SICHERHEITZENTRUM

Baubeginn: 2017
Geplante Fertigstellung: 2019

Der derzeitige Polizeistandort in der Kaiserjägerstraße wird zum Sicherheitszentrum ausgebaut. Dort wird sich nach Fertigstellung auch das Landespolizeikommando, das aktuell am Innrain stationiert ist, wiederfinden.

7. STADTBÜCHEREI INNSBRUCK

Beschluss im Gemeinderat: 27. Jänner 2016

Am Areal des künftigen Pema II Gebäudes in der Nähe des Hauptbahnhofes ergibt sich bis 2017 die Chance, die Stadtbücherei zu erweitern. Der Bestand soll im neuen Gebäude sukzessive auf rund 150.000 Medien ausgebaut werden.

8. CAMPAGNEREITER-AREAL

Beschluss im Gemeinderat: 27. Jänner 2016

Am Campagnereiter-Areal verwirklicht die Innsbrucker Stadtregierung die größte Wohnbauoffensive seit den Olympischen Spielen 1976. Auf einer Fläche von ca. 83.000 m² entsteht ein neues Stadtviertel mit rund 1.000 Wohnungen, Grünflächen, Sportanlagen und sozialer Infrastruktur.

5.

Neun NutzerInnen ziehen in das neue Haus der Musik Innsbruck ein.

7.

Das innovative Pema II Gebäude wird der Innsbrucker Stadtbücherei Platz zum Entfalten geben.

EINE STADT MIT ALPIN-URBANER MARKENSTÄRKE

„INNSBRUCK – HAUPTSTADT DER ALPEN“ ENG VERKNÜPFT MIT DEM SCHLAGWORT ALPIN-URBAN: GENAU DIES BESCHREIBT DIE MARKE „INNSBRUCK“ AM TREFFENDSTEN. IM LAUFE DER VERGANGENEN JAHRE HAT SICH DIE TIROLER LANDESHAUPTSTADT ZU EINER INTERNATIONAL BEKANNTEN MARKE ENTWICKELT. ZU VERDANKEN IST DIES EINEM AUFWENDIGEN UND ERFOLGREICHEN MARKENBILDUNGSPROZESS.

Bereits Anfang 2009 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus einigen Hoteliers der Stadt, mit der zukünftigen Positionierung des Tourismus in Innsbruck. Schnell wurde klar, dass die Bemühungen für Innsbruck als Destination Marke nur Sinn machen, wenn dieser Prozess auf eine breite Basis gestellt wird. Bislang waren die kommunikativen Auftritte der städtischen Akteure in Innsbruck (Stadt, Tourismus, Stadtmarketing) sehr verschieden. Das führte zu Energieverlusten und Doppelgleisigkeiten im Außenauftritt. Die Entwicklung einer gemeinsamen Marke war die ideale Lösung, um Synergien zu nutzen und allen Beteiligten gerecht zu werden. Daraufhin wurde, nach dem positiven Gemeinderatsbeschluss 2010, ein Markenbildungsprozess in Gang gesetzt.

ANALYSE DER IST-SITUATION

Für die zukünftige Ausrichtung der Marke „Innsbruck“ war es essenziell, zunächst die bestehenden Stärken und Besonderheiten der Stadt Innsbruck, ihre Charakterzüge und Eigenarten zu bestimmen. Dafür fanden sich bis zu 100 EntscheidungsträgerInnen aus heimischer Politik, Tourismus, Wirtschaft, Bildungswesen, Sport und Kultur zusammen, um gemeinsam ein Zukunftsbild für die Positionierung der Stadt zu erarbeiten. „Städte konkurrieren heute im internationalen Wettbewerb um die Gunst

unterschiedlicher Bezugsgruppen, wie zum Beispiel Bürgerinnen und Bürger, Touristinnen und Touristen, aber auch Unternehmerinnen und Unternehmer. Dabei gilt es, sich von anderen Städten abzuheben, die Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale klar darzustellen und zu kommunizieren, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Die Fragen lauten: Worauf ist die Bürgerin oder der Bürger in ihrer/seiner Stadt stolz? Warum soll ein Gast oder Unternehmer in die Stadt Innsbruck kommen?“, erläutert Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer. Weiter erklärt sie die Schwierigkeiten, mit denen besonders Städte konfrontiert werden: „Im Unterschied zu greifbaren Produkten muss die Stadt verschiedene Zielgruppen bedienen. Diese Komplexität – geprägt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Bereiche, Leistungen und Akteure – auf den Punkt zu formulieren, stellt eine wirkliche Herausforderung dar. Diese zu meistern, ist uns sehr gut gelungen.“

ALPIN-URBANER RUF

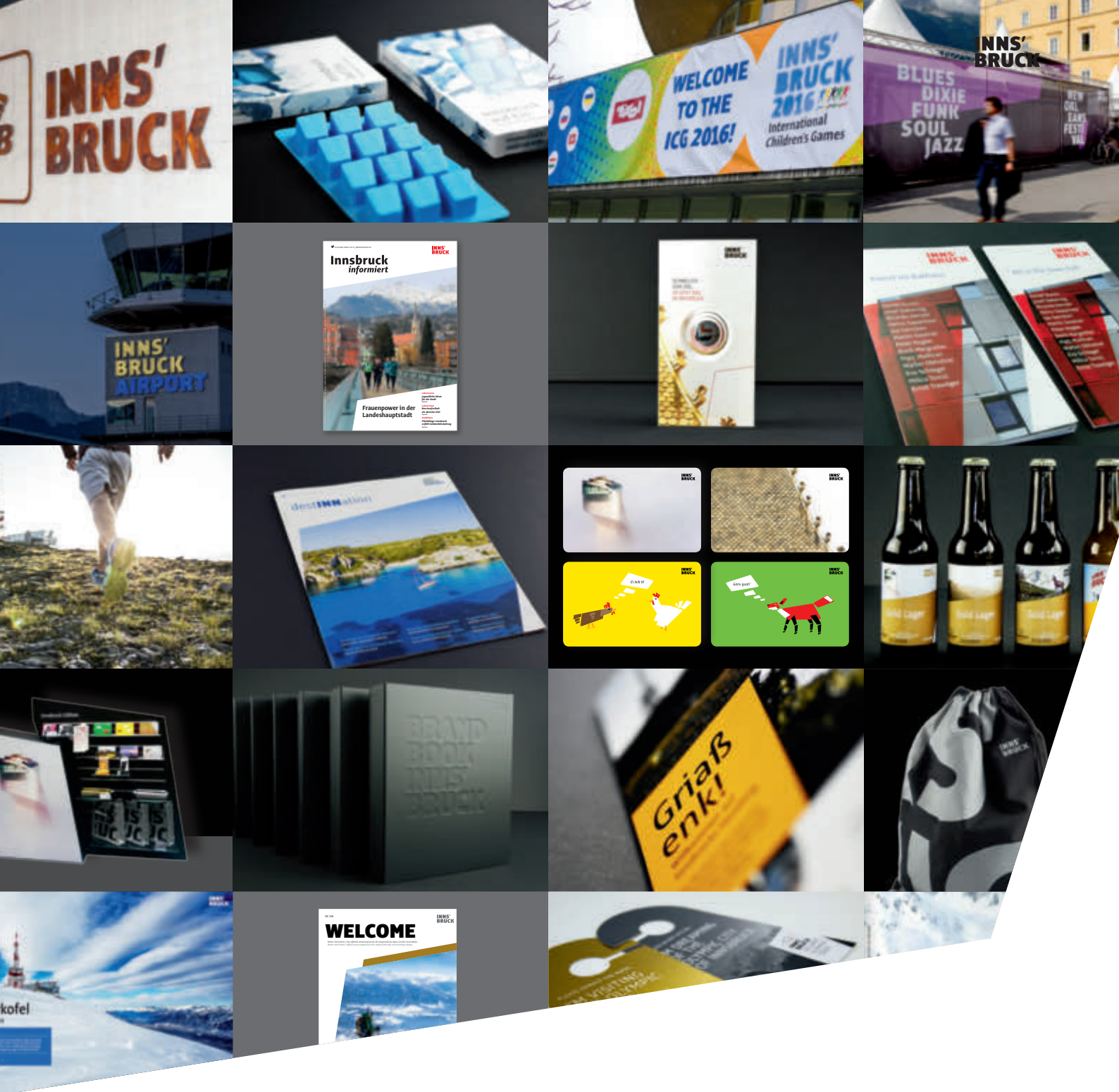
Durch die entwickelte Marke ist es gelungen, eine Orientierungshilfe in einer vielschichtigen Welt mit unzähliger Angebotsvielfalt zu kreieren. Bernhard Vettorazzi, Geschäftsführer der Innsbruck Marketing GmbH, dazu: „Die Marke ‚Innsbruck‘ zielt darauf ab, die Identifikation der Menschen, Gesellschaften,

Unternehmen, etc. mit ‚ihrer‘ Stadt zu stärken und die Destination Innsbruck längerfristig aufzuwerten. Durch die Marke eilt der Stadt ein ganz bestimmter Ruf voraus: die weltweit einzigartige Verbindung von alpin und urban. Dieses einzigartige Lebensgefühl gilt es zu kommunizieren und in Projekten für unsere Zielgruppen gezielt zu beweisen.“

PROJEKTE GANZ IM ZEICHEN DER MARKE

Um dieses Lebensgefühl zu beweisen, wurden von Anfang an Projekte von den beteiligten PartnerInnen initiiert.





Als sichtbares Zeichen treten die Stadt und der Innsbrucker Tourismusverband (TVB) mit einem einheitlichen Erscheinungsbild nach innen und außen auf. Anfänglich noch kritisch beurteilt, hat sich das Logo von Innsbruck im Stadtleben etabliert und seine Praxistauglichkeit mehr als unter Beweis gestellt. Aber nicht nur in der Kommunikation wurden entscheidende Schritte von den Verantwortlichen gesetzt. So wurden auch in anderen Handlungsfeldern gezielt Akzente gesetzt, um die Marke Innsbruck aufzuladen. Als Vorzeigebeispiel dient

hierbei die Ende 2015 fertiggestellte Umbrüggler Alm: Eine moderne Architektur, eingebettet in der alpinen Bergwelt, die den Markenkern „alpin urban leben“ auf den Punkt bringt. Auch die „innsbruck@night“, die bereits seit fünf Jahren im Herbst für Furore sorgt und Österreichs größte Shoppingnight bildet, oder das Kletterzentrum, das sich gerade im Entstehen befindet, fügen sich ideal in das Markenbild Innsbrucks ein.

GEMEINSAM UMSETZEN

„Der Innsbrucker Markenentwicklungs-

prozess war mit viel Arbeit verbunden. Das Ergebnis kann sich aber sehen lassen. Innsbruck ist als Stadt und als Marke in den Köpfen vieler nationaler und internationaler Personen verankert. Das ist das Ergebnis einer breiten Zusammenarbeit“, zeigt sich Bürgermeisterin Oppitz-Plörer erfreut. Um eine Marke zu positionieren und zu festigen, ist ein Zusammenarbeiten aller Beteiligten notwendig. „Nur wenn sich die Einheimischen wohl fühlen, können das auch die Gäste tun“, erläutert Bürgermeisterin Oppitz-Plörer. DH





LEBENSWERTES INNSBRUCK

DIE INNSBRUCKERINNEN ALLER GENERATIONEN SCHÄTZEN DEN WOHLFÜHLCHARAKTER DER TIROLER LANDESHAUPTSTADT. VON ENTSPANNUNG BIS ABENTEUER – DIE PALETTE AN FREIZEIT-ANGEBOTEN IST BUNT. DAS ALPIN-URBANE FLAIR BIETET PLATZ FÜRS ZUSAMMENLEBEN. DIE LEBENSQUALITÄT DER STADT ÜBERZEUGT AUF GANZER LINIE.

MIT SAUBERKEIT ZUR LEBENSQUALITÄT

88 PROZENT DER INNSBRUCKERINNEN SCHÄTZEN DIE LEBENSQUALITÄT DER LANDESHAUPTSTADT ALS SEHR BZW. ZIEMLICH HOCH EIN. DIES ERGAB EINE REPRÄSENTATIVE IMAGEANALYSE DES SORA-INSTITUTS UNTER 500 PERSONEN IM VORJAHR.

InnsbruckerInnen stellen ihrer Heimatstadt insgesamt ein sehr gutes Zeugnis aus. Sie erachten ihre Stadt als lebenswert. Eine große Mehrheit sieht Innsbruck als eine Stadt, die gegenwärtig Chancen für die BewohnerInnen bietet und auf lange Sicht einen angemessenen Lebensstandard, auch im Alter, ermöglicht. „Bei Lebensqualität allgemein, sozialer Sicherheit und dem Eindruck der Sauberkeit schneidet Innsbruck sehr gut ab, auch im österreichweiten Städtebarometer-Vergleich“, erläutert SORA-Geschäftsführer Mag. Christoph Hofinger.

Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer freut sich über dieses Ergebnis: „Es ist für uns wichtig, zu wissen, wie die Bürgerinnen und Bürger die Entwicklung ihrer Stadt bewerten. Das Städtebarometer gibt einen wichtigen Vergleich und bestätigt unsere tägliche Arbeit.“



„Die Stadt ist nicht so groß, sondern genau richtig. Es ist ruhig und sauber hier, deshalb habe ich auch in Innsbruck meine Familie gegründet. Ich mag auch die Traditionen in der Landeshauptstadt.“

Daniela Javanovic, 34

DIE ERGEBNISSE IM DETAIL

93 Prozent der Befragten stufen die Landeshauptstadt als „lebenswert“ ein. „Sehr lebenswert“ beurteilen sie sogar fast zwei Drittel. Mit ihrer eigenen Wohnungssituation zeigen sich 85 Prozent sehr bzw. ziemlich zufrieden. 89 Prozent der befragten Personen sprechen Innsbruck Sauberkeit zu.

Innsbruck wird als „weltoffen“ angesehen: 75 Prozent der InnsbruckerInnen ordnen dieses Adjektiv ihrer Stadt zu. Mit der Einstufung der Lebendigkeit auf 87 Prozent dürfen sich wohl auch die Veranstalter freuen, dass das kulturelle Angebot mit 88 Prozent gut angenommen wird. Die Freizeiteinrichtungen erhalten mit 84 Prozent ein fast genauso gutes Zeugnis. Ende 2015 wurde

beispielsweise die neue Umbrüggler Alm eröffnet, das neue Kletterzentrum auf dem WUB-Areal und das Leichtathletikzentrum sind im Entstehen und tragen so zur weiteren Verbesserung der Angebote bei.

Sowohl umwelt- (78 Prozent) als auch kinderfreundlich (73 Prozent) präsentiert sich Innsbruck in den Augen der Befragten. Als verlässliche und faire Stadt stufen 73 bzw. 65 Prozent der InnsbruckerInnen diese ein. Mit der sozialen Sicherheit sind 88 Prozent zufrieden.



„Es gefällt mir, dass ich kein Auto brauche – die Verkehrsanbindung ist nämlich sehr gut. Außerdem leben viele nette Menschen in Innsbruck.“

Davut Kuru, 53

In einem Punkt sind die Zahlen hingegen im untersten Prozentbereich, das ist aber erfreulich: Gerade einmal 14 Prozent empfinden die Landeshauptstadt als langweilig. Der öffentliche Verkehr wird mit 75 Prozent angenommen, das Radwege-



„Ich wohne sehr gerne hier, weil es einfach schön ist. Die Berge, aber auch die Altstadt gefallen mir sehr gut. Viele meiner Freunde wohnen hier.“

Julia Kohler, 21



„Ich komme eigentlich aus Südtirol, überall anders würde ich die Berge vermissen. Ich gehe gerne wandern, da hat man von Innsbruck aus tolle Möglichkeiten. Aber auch die Inn-Promenaden laden wunderbar zum Verweilen ein.“

Damian Foppa, 20

netz mit 67 Prozent – wobei sich beide laufend im Ausbau befinden. Einzig das Parkplatzangebot liegt mit 27 Prozent Zufriedenheit weit abgeschlagen. Das Städtebarometer im Vergleich weist 60 Prozent auf. Die Umfrage erfolgte jedoch im Juni 2015, als die großen Umsetzungsphasen des Parkraumkonzepts erst bevorstanden.

57 Prozent der Befragten zeigten sich mit den Innsbrucker SeniorInnenheimen zufrieden. Möglichkeiten zur Mitbestimmung sehen lediglich rund 36 Prozent, wobei der Ruf nach mehr Mitbestimmung nur von sieben Prozent der Befragten erfolgt. Die neuen großen Stadtteilprozesse Mühlau und Vill waren zu diesem Zeitpunkt erst im Anlauf begriffen und konnten damit noch nicht in die Bewertung einfließen. ^{DH/MIR}



3 Fragen an Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer

Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Umfrage?

Die Umfrage des SORA-Institutes bestätigt unsere Arbeit. Sie stellt uns einerseits ein gutes Zeugnis aus, andererseits führt sie genau jene Schwerpunkte an, an denen wir intensiv arbeiten. So ist der leistbare Wohnraum den Innsbruckerinnen und Innsbruckern ein Anliegen, ebenso wie uns: 1.245 Wohnungen sind bereits in der Umsetzung, weitere Projekte in Entwicklung.

Welcher Teil der Umfrage hat Sie überrascht?

Die Wertschätzung für unsere Reinigungsdienste: 89 Prozent belegen, dass die Stadt sauber ist.

Die InnsbruckerInnen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz, wenn sie an ihre Zukunft denken. Welche Maßnahmen kann die Stadt setzen?

Wir haben mit unserem Investitionsbudget von 110,5 Millionen Euro heuer eine noch nie dagewesene Finanzkraft bewiesen, welche zu 95 Prozent in die Region fließt. Damit investieren wir nicht nur nachhaltig in die Infrastruktur und in die Wirtschaft, sondern vor allem in die Innsbruckerinnen und Innsbrucker selbst, indem wir zahlreiche Arbeitsplätze sichern.

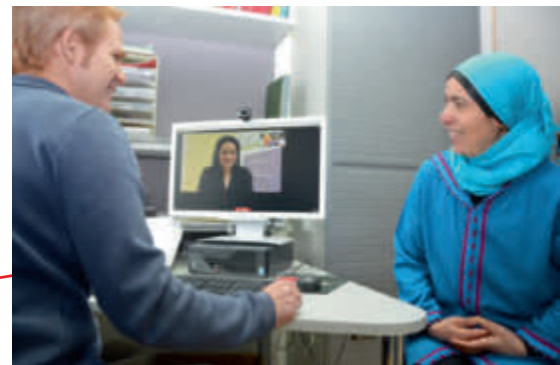
AUF AUGENHÖHE MIT DEN BÜRGERINNEN

INNSBRUCK IST EINE BÜRGERNAHE STADT. UM DIES AUCH ZU BLEIBEN, LAUFEN UNTERSCHIEDLICHE INITIATIVEN UND PROJEKTE. EINES DAVON WURDE KÜRZLICH VOM BUNDESKANZLERAMT AUSGEZEICHNET.

Die hohe Lebensqualität für die BürgerInnen liegt dem Stadtmagistrat besonders am Herzen. Bürgernähe zählt dabei zu den essentiellen Erfolgsfaktoren, davon ist Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer überzeugt: „Die Bürgerinnen und Bürger sind das Kapital einer Stadt. Deshalb ist es wichtig, dass der Dialog mit der Stadtverwaltung möglich ist. Eines unserer Vorzeigeprojekte in diesem Zusammenhang ist zum Beispiel das Videodolmetschen.“

BENUTZERFREUNDLICHER WEGWEISER

Um den Weg zur Behörde zu vereinfachen, stellt die Stadt Innsbruck seit Kurzem eine praktische Online-Orientierungshilfe zur Verfügung. Der mobile Rathauswegweiser gibt Auskunft über die zuständige Dienststelle, die Ansprechperson, die Öffnungszeiten und führt „auf Knopfdruck“ mit einer genauen Wegbeschreibung direkt zum Ziel. Infos: www.rathauswegweiser.at



BESSERE VERSTÄNDIGUNG DURCH VIDEODOLMETSCHERINNEN

In insgesamt vier Ämtern sowie zwei Referaten steht bei Bedarf eine Übersetzungshilfe für 14 Sprachen zur Verfügung. In nur zwei Minuten können ÜbersetzerInnen per Videokonferenz zugeschaltet werden. Angeboten wird der Service im Sozialamt, im Standesamt, im Wohnungsservice und im Gesundheitsamt. Aufgrund der positiven Resonanz ist geplant, das Projekt in Zukunft auf andere Dienststellen auszuweiten.

Anfang 2016 wurde das Projekt „Videodolmetschen“ vom Bundeskanzleramt mit einer Anerkennungsurkunde gewürdigt. Integrationsstadtrat Mag. Gerhard Fritz sieht die Auszeichnung „als Bestätigung der Arbeit der Stadt“.



SPRACHROHR BÜRGERMELDUNGEN

Ein direktes Sprachrohr für BürgerInnen stellen die Bürgermeldungen dar: Seit 2014 ist es möglich, über den Computer und das Smartphone schnell und ohne großen Aufwand direkt mit der Stadtverwaltung in Kontakt zu treten. Durch die Bürgermeldungen kann beispielsweise eine verschmutzte Parkbank, ein Fahrrad im Inn oder der Wunsch nach einer neuen Straßenlaterne direkt und öffentlich kommuniziert werden. Bei dieser Applikation handelt es sich um eine weitere Facette des professionellen Beschwerdemanagements der Stadt Innsbruck. Eine kürzlich veröffentlichte Studie belegt den Erfolg der Bürgermeldungen: Knapp 80 Prozent der befragten NutzerInnen gaben an, mit dem Service äußerst bzw. sehr zufrieden zu sein. Auch in Sachen „Erledigung der Anregungen“ stellten die Befragten der Stadt ein sehr gutes Zeugnis aus: 69 Prozent sind damit äußerst bzw. sehr zufrieden. Weitere Informationen: www.buergermeldungen.com/innsbruck





KOMMUNIKATION AUF AUGENHÖHE

Seit mehr als drei Jahren läuft die Initiative „Innsbruck spricht auf Augenhöhe“. Ziel war und ist es, durch erarbeitete Richtlinien die Kommunikation im Stadtmagistrat einfach, klar und verständlich zu machen. Verwaltung und BürgerInnen kommunizieren auf Augenhöhe. Zu diesem Zweck wurden im Zuge der Initiative alte Vorlagen, Bescheide, etc. analysiert und überarbeitet. „Bürgerinnen und Bürger wollen verstehen und mitreden – auch bei komplexen Themen. Das stellt hohe Anforderungen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen sich die 1.500 städtischen Bediensteten gerne stellen: Die Initiative ‚Innsbruck spricht auf Augenhöhe‘ wird im Stadtmagistrat tagtäglich gelebt“, erläutert Magistratsdirektor Dr. Bernhard Holas.



3 Fragen an Magistratsdirektor Dr. Bernhard Holas

Wodurch verdient sich die Stadt Innsbruck das Prädikat „bürgernah“?

Es gibt Projekte und Initiativen, wie den Rathauswegweiser, die Bürgermeldungen oder „Innsbruck spricht auf Augenhöhe“. Den größten Anteil haben aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich dafür sorgen, dass der Dialog zwischen städtischer Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern funktioniert.

Das Projekt Videodolmetschen erhielt eine österreichweite Auszeichnung. Wodurch zeichnet es sich aus?

Durch dieses Projekt wird die tägliche Arbeit in mehreren Ämtern erleichtert. Gleichzeitig erfahren auch die Bürgerinnen und Bürger, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Hilfe. Behördengänge, die früher aufgrund von Verständigungsproblemen kompliziert und mit Wartezeiten verknüpft waren, gehören in Innsbruck der Vergangenheit an.

Warum ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger essentiell?

Oftmals sind Bürgerinnen und Bürger wahre Expertinnen und Experten in ihrem Umfeld. Indem sie aktuelle Schäden und Auffälligkeiten melden, agieren sie als verlängerter Arm des Magistrats. Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiger Beitrag zu unseren demokratischen Prozessen. Ein innovatives Beschwerdemanagement, wie die Bürgermeldungen, ist dabei wesentlicher Baustein auf dem Weg zu verstärkter BürgerInnenorientierung.

UMFANGREICHE INFORMATION

Damit BürgerInnen mitgestalten können und eingebunden sind, braucht es viel Information. Deshalb setzt die Stadt Innsbruck besonders bei der Bürgerinformation auf eine breite Schiene. Neben einer großen Anzahl an spezifischen Informationsfoldern komplettieren das monatlich erscheinende Amtsblatt „Innsbruck informiert“ sowie die dazugehörige tagesaktuelle Website www.ibkinfo.at das Angebot. Um in Zukunft noch näher an die BürgerInnen heranzukommen, wird der Bereich Social Media laufend ausgebaut. ^{DH}





TIROLER KULTURSTADT MIT MUT ZUR INITIATIVE

INNSBRUCK IST EINE BESONDERS KULTURAFFINE STADT. ZU VERDANKEN HAT SIE DAS IHREM BEKANNTEN REGENTEN, KAISER MAXIMILIAN I. SEINE HOFFESTE WAREN LEGENDÄR UND HABEN EINZUG IN DIE STADTGESCHICHTE GEFUNDEN. AKTUELL IST DAS PROMINENTESTE BAUPROJEKT IN DIESEM ZUSAMMENHANG DAS HAUS DER MUSIK INNSBRUCK. DAMIT BEHEIMATET DIE LANDESHAUPTSTADT ÖSTERREICHS GRÖSSTE KULTURBAUSTELLE.

Mit einem Auftragsvolumen von 58 Mio. Euro entsteht am Standort der ehemaligen Stadtsäle in direkter Nachbarschaft zu historischen Bauten ein vom Innsbrucker Architekt DI Erich Strolz geplantes modernes Haus für Musik und Theater. Neben der reduzierten Architektur gilt die Vielfalt der insgesamt neun verschiedenen NutzerInnen als Besonderheit und Herausforderung zugleich. In die Jahre gekommene Veranstaltungs-

stätten, Platznot, der Wunsch nach der Nutzung von Synergien sowie der Schaffung eines offenen interdisziplinären Zentrums, das ganzjährig und ganztagig genutzt werden kann, machten den Ruf nach einem Haus der Musik in den vergangenen Jahren immer lauter.

EIN HAUS, VIEL INHALT

Im November 2015 fand der Spatenstich statt. „Die Grundsteinlegung für

das Haus der Musik ebnet den Weg für ein innovatives und technisch hochstehendes Zentrum für Musik und Kultur – einem Kulturquartier“, betonte Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer. Bis 2018 entsteht ein großer Veranstaltungs- und Probesaal für bis zu 550 Personen, der sowohl dem Tiroler Symphonie Orchester Innsbruck (TSOI) als auch Externen für Veranstaltungen zur Verfügung steht. Zusätzlich wird es



Der Baufortschritt wird per Webcam laufend dokumentiert.

kleinere Säle sowie Verwaltungs- bzw. Übungsräume und Instrumentendepots geben. Für die Kammerspiele des Tiroler Landestheaters sind eine Bühne mit Zuschauerraum, ein Bühnenturm, eine Black Box, Garderoben und Werkstätten geplant. Auch eine Gemeinschaftsbibliothek für Landeskonservatorium, Musikwissenschaften, Mozarteum und ein Kompaktarchiv bekommen ihren Platz. Zusätzlich stehen Räume für das Tiroler Landeskonservatorium und das Institut für Musikwissenschaft sowie die Landesvereine Sängerbund, Volksmusikverein und Blasmusikverband zur Verfügung.

STADTKULTUR MIT EIGENINITIATIVEN FÖRDERN

Das Kulturamt der Stadt Innsbruck fördert und initiiert auch selbst Vieles. Initiativen, wie die Kunst- und Kulturinnovationsförderung „stadt_potenziale innsbruck“, die mit 70.000 Euro dotiert ist, bringen neue Perspektiven in die Stadt. Konkretes Ziel dieser Förderschene ist die kulturelle Belebung des städtischen Raumes mit interdisziplinären Projekten im öffentlichen Raum, die unmittelbar die StadtbewohnerInnen Innsbrucks miteinbeziehen und somit auch den Lebensraum mit seinen Menschen thematisiert. Vor 13 Jahren wurde das Fördern der Lesekultur in der Bevölkerung als eine

Möglichkeit der Mobilisierung der InnsbruckerInnen für Kultur aus der Taufe gehoben. Unter dem Motto „Innsbruck liest“ werden Jahr für Jahr 10.000 Gratis-exemplare eines Buches unter die Leute gebracht. Ausgewählt werden AutorIn und Inhalt von einer Fachjury. Seit 2015 steht der Fördergedanke für junge SchriftstellerInnen im Vordergrund. Bei der Suche nach einem entsprechenden Debütwerk von „frischen“ AutorInnen gelten gute Lesbarkeit für ein breites Publikum, literarischer Anspruch und die Eignung für den literarischen Diskurs als Voraussetzung.

Beim Lesen allein bleibt es aber nicht: Damit sowohl der/die AutorIn als auch das Thema Einzug in die kulturelle Diskussion halten, werden begleitend Veranstaltungen angeboten, die sich dem Thema Lesen auf anderen – teils unkonventionellen – Wegen nähern. Die diesjährige Aktion fand im April statt. Heuer firmierte Didi Drobnas Werk „Zwischen Schaumstoff“ als „Innsbruck liest“-Buch.

Erstmals wurde dazu ein Angebot für SchülerInnen geschaffen: Der Roman „Tomaten mögen keinen Regen“ der jungen Autorin Sarah Michaela Orlovský wurde dabei an 9.000 Jugendliche verteilt. Der Lesestoff war Grundlage für Schulprojekte. 



Der Bauzaun wurde eigens mit den NutzerInnen gemeinsam gestaltet. Jede/r findet sich auf diesem sowohl mit Foto als auch Zitat wieder.



*„Es bräuchte mehr
besondere, kleine und
alternative Läden.“*

Philipp E., Student

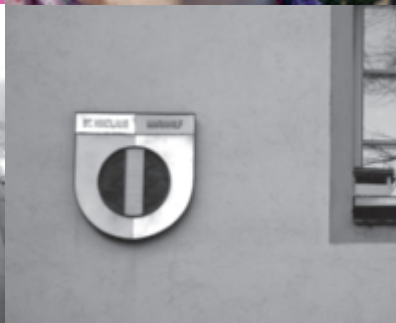


Stadtteilportale:
muehlau.gemeinde21.org
www.anpruggen.at
www.vill.at



*„Der Spielplatz
im Waltherpark
ist zur Straße
nicht abgeäunt.“*

Regina B., Mutter



*„St. Nikolaus ist
klein aber fein - mit
verborgenen Schätzen
und gelebter Tradition.“*

Wolfgang G.,
Diakon Pfarre St. Nikolaus



*„Die Anrainerpark-
plätze sollten besser
kontrolliert werden.“*

Johannes C., Florist



*„In St. Niko
spricht n
kein Ges
und es fe
ein Bar
Sabina*

IN INNSBRUCK REDEN DIE BÜRGERINNEN MIT

DIE TIROLER LANDESHAUPTSTADT SETZT VOLL AUF DIE BETEILIGUNG IHRER BÜRGERINNEN: GLEICH MEHRERE PROZESSE BIETEN DEN INNSBRUCKERINNEN DIE MÖGLICHKEIT, IHREN LEBENSRAUM AKTIV MITZUGESTALTEN UND DIE ENTWICKLUNG IHRER STADTTEILE POSITIV ZU BEEINFLUSSEN.

Wenn es darum geht, Wohn- und Lebensqualität auch in Zukunft zu erhalten, setzt Innsbruck auf ihre BürgerInnen. Als ExpertInnen vor Ort nehmen sie eine ganz besondere Rolle ein. Ihre Meinung ist unverzichtbar und wird dementsprechend von der Stadtgemeinde sehr geschätzt, wie Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer betont: „Die Menschen bringen die Erfahrungen und Erkenntnisse mit, auf die wir angewiesen sind, um die Lebensqualität in Innsbruck noch weiter zu steigern. Wir sehen das nicht als selbstverständlich an: Hinter all dem stehen eine Menge Arbeit und Einsatz seitens der Bürgerinnen und Bürger, wofür wir sehr dankbar sind.“

MEILENSTEINE ANPRUGGEN & MÜHLAU

In den vergangenen beiden Jahren standen die beiden Stadtteile Anpruggen (Mariahilf & St. Nikolaus) und Mühlau klar im Fokus in Sachen partizipative Beteiligung: In Innsbrucks ältestem Stadtteil Anpruggen erarbeiteten weit über einhundert AnrainerInnen in Workshops wichtige Zukunftsthemen zur Weiterentwicklung ihres Lebensraumes, die zum Abschluss des Beteiligungsprozesses im Dezember 2014 öffentlich präsentiert wurden. Gemeinsam mit den BürgerInnen ist es gelungen, konkrete Lösungsansätze zur Verkehrsberuhigung, zur Schaffung von Begegnungszonen und zur Optimierung des Rad- und Fußwegnetzes zu erarbeiten.

Mit dem ersten BürgerInnenrat der Innsbrucker Stadtgeschichte konnte Mühlau vergangenes Jahr aufwarten: Per Zufallsprinzip wurden dafür 600 Mühlau-

erInnen ausgewählt. Der persönlichen Einladung zum BürgerInnenrat folgten überdurchschnittlich viele – nämlich mehr als dreißig Personen –, die in kleinen Gruppen individuelle Lösungsansätze zu den Themen „Verkehr“, „Infrastruktur“, „Sozialraum und Kommunikation“ sowie „Städtebau“ erarbeiteten. Die Ergebnisse wurden bei zwei sehr gut besuchten Stadtteilkonferenzen präsentiert.

EIN LEITBILD FÜR VILL

Auch im relativ kleinen Stadtteil Vill (knapp 550 EinwohnerInnen mit Hauptwohnsitz) tut sich einiges: Für die Erstellung eines Leitbildes für Vill wurden Themenschwerpunkte fixiert und dazu Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Themen „Wohnen“, „Landwirtschaft“, „Mobilität“ und „Öffentliches Leben“ befassen. Jedes Thema bekam eine „Patin“ bzw. einen „Paten“ aus Vill zugewiesen; sämtliche Inhalte wurden in Einzelworkshops im Detail ausgearbeitet.

GEPLANTES ZUSAMMENLEBEN

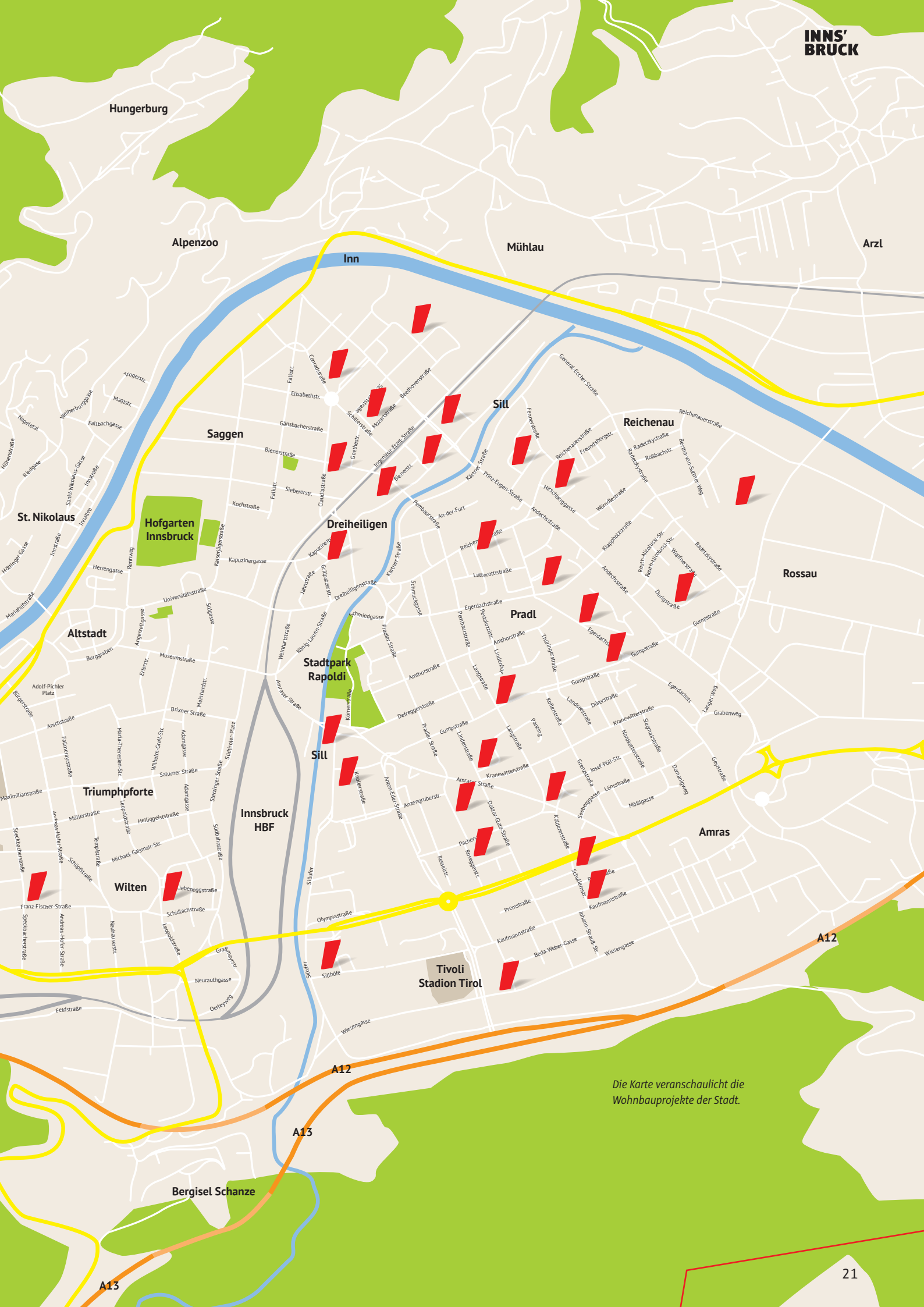
In Innsbruck beschränkt sich die Mitwirkung von BürgerInnen allerdings nicht nur auf einzelne Stadtteile.

Auch stadtteilübergreifend tragen die BewohnerInnen der Stadt zur Entwicklung Innsbrucks bei. In Innsbruck wird nicht einfach „wild drauf los gebaut“: Dafür sorgt das Örtliche Raumordnungskonzept (ÖROKO). Dabei handelt es sich um ein Werkzeug für die Stadtplanung, das sicherstellt, dass in unserem engen Siedlungsraum, eingebettet zwischen den Bergen, alles untergebracht wird, was wir im täglichen Leben brauchen. ¹DH

DIE GRÖSSTE WOHNBAUOFFENSIVE SEIT DEN OLYMPISCHEN SPIELEN

DIE TIROLER LANDESHAUPTSTADT BIETET EINE LEBENSQUALITÄT, WIE SIE SONST NUR SELTEN ZU FINDEN IST, WESHALB INNSBRUCK EINE STETIG WACHSENDE STADT IST. KNAPPES ANGEBOT AN NUTZBAREN BAUFLÄCHEN UND DAMIT GESTIEGENE ANFORDERUNGEN AN PLANUNG UND STADTENTWICKLUNG SIND DIE WESENTLICHEN PUNKTE, MIT DENEN SICH POLITIK, VERWALTUNG SOWIE DIE WOHNBAUTRÄGERINNEN AUSEINANDERSETZEN MÜSSEN.





Hungerburg

Alpenzoo

Mühlau

Arzl

Inn

Sill

Saggen

Reichenau

St. Nikolaus

Hofgarten Innsbruck

Dreiheiligen

Rossau

Altstadt

Stadtspark Rapoldi

Pradl

Sill

Innsbruck HBF

Triumphpforte

Wilten

Amras

Tivoli Stadion Tirol

A12

A12

A13

Bergisel Schanze

A13

Die Karte veranschaulicht die Wohnbauprojekte der Stadt.

Bereits im „Arbeitsübereinkommen 2012 – 2018“ bekannte sich die Koalitionsregierung zum Wohnen als Grundbedürfnis der InnsbruckerInnen. Ziel ist es, bis 2018 im Sinne einer sozialen Wohnbauoffensive rund 2.000 neue Wohnungen zu schaffen. „Bereits zur Halbzeit unserer Regierungsperiode waren 1.245 geförderte Wohnungen bezogen oder in konkreter Umsetzung. Weitere Projekte mit rund 2.000 geförderten Wohnungen sind im Entwicklungsprozess vorgesehen“, zieht Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer Bilanz. Damit stellt dies die größte Wohnbauoffensive seit den Olympischen Spielen dar.

GÜNSTIGES WOHNEN FÜR ALLE INNSBRUCKER*INNEN

„Durch die Änderung der Vergaberichtlinie, die Anfang 2015 in Kraft getreten ist, haben wir zudem die Richtlinien für alle Wohnungswerberinnen und -werber zu einer gemeinsamen zusammengefasst, um die Vergabe noch transparenter zu gestalten. Mit der Senkung des Zugangsalters auf 18 Jahre wird leistbares Wohnen auch für die junge Generation gewährleistet“, informieren der Vizebürgermeister Christoph Kaufmann und Stadtrat Andreas Wanker.

Nicht nur die Schaffung von Wohnraum alleine ist essentiell, sondern auch, dass dieser gefördert wird. „Insgesamt zahlen unsere Mieterinnen und Mieter bei der IIG im Durchschnitt eine Nettomiete von 3,50 Euro pro Quadratmeter ohne Betriebs- und Heizkosten. Wenn man dies mit der Durchschnittsmiete in Innsbruck vergleicht, so liegt diese um das Dreifache höher als jene der städtischen Wohnungen“, präsentiert der Geschäftsführer der Innsbrucker Immobilien Gesellschaft (IIG), Dr. Franz Danler, die Zahlen.

VORZEIGEPROJEKT: CAMPAGNEREITER-AREAL

Mit der Absegnung des Grundsatzbeschlusses zum Campagnereiter-Areal im Gemeinderat im Jänner 2016 ist der Weg für die Schaffung von rund 1.000 weiteren neuen Wohnungen in Innsbruck frei. Das geschätzte Gesamtinvestitionsvolu-

men für den Bereich Wohnbau liegt bei rund 173 Mio. Euro.

Um das größte Potenzial aus dem Projekt schöpfen zu können, wird erstmals in Innsbruck ein sogenanntes „koooperatives Planungsverfahren“ durchgeführt. So entsteht ein städtebauliches Leitkonzept, das die Bauplätze, die Erschließungen und Grünflächen im Bereich des Campagnereiter-Areals unter Federführung und Projektleitung der IIG festlegt. Damit können sowohl AnrainerInnen als auch die ansässigen Vereine, Schulen und Kindergärten mit ihren Anliegen berücksichtigt werden. „Der Zeitrahmen ist sportlich: Bis Mitte 2016 soll das Planungsverfahren beendet sein. Darauf aufbauend werden mehrere einstufige Realisierungswettbewerbe für die unterschiedlichen Baufelder durchgeführt. Verschiedene mit Expertinnen und Experten besetzte Planungs- und Lenkungsgruppen begleiten die Projektentwicklung“, erläutert Planungsstadtrat Mag. Gerhard Fritz.

BÜRGER*INNEN BETEILIGEN SICH IM PLANUNGSPROZESS

Neben dem partizipativen Planungsprozess geht es bei der Durchführung einer Sozialplanung um eine sozialverträgliche Stadtentwicklung sowie die Sicherung und Gestaltung der sozialen Infrastruktur. „Sozialplanung vermittelt zwischen den Akteuren. Die Politik definiert dabei die Ziele und überträgt Budgets und Handlungsspielräume. Die Verwaltung kontrolliert die Erfüllung der Aufträge und informiert die Politikerinnen und Politiker darüber. Beide Akteure bringen fachspezifisches Wissen ein, sie schlagen Maßnahmen zur Umsetzung vor und wirken bei den konkreten Planungen und Zielformulierungen mit. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu eingeladen“, erklärt Sozialstadtrat Ernst Pechlaner.

GEPLANTE STADTENTWICKLUNG BÜRGT FÜR QUALITÄT

Innsbruck ist die erste Stadt Österreichs, die sich Mitte der 1970er-Jahre der Aufgabe stellte, das neue Instrument „Stadtentwicklungsplanung“ einzuführen. Zu

dieser Zeit begann der Planungsprozess des damals größten Stadterweiterungsgebietes, der sogenannten Peerhofsiedlung. Dieser dauerte über 15 Jahre. Bis Mitte der 1990er-Jahre errichteten 13 ArchitektInnen und fünf Wohnbauträger rund 750 Wohnungen. Die aus diesem Prozess gewonnenen Erfahrungen haben die weitere Wohnbautätigkeit in Innsbruck stark beeinflusst.

Neben ÖROKO wurde zur weiteren städtebaulichen und architektonischen Qualitätssicherung mit Beschluss des Gemeinderates im Jahr 2013 der Innsbrucker Gestaltungsbeirat (IGB) eingerichtet. Dieser soll Projekte hinsichtlich Architektur, Stadtgestaltung, Städtebau und Stadtentwicklung beurteilen. Dadurch wird ein intensiveres und besseres Verständnis für diese Themen bei allen an Planung und Bau Beteiligten sowie NutzerInnen geschaffen. Im Mittelpunkt steht das Zusammenleben als Stadtgesellschaft, die Entwicklung unseres Lebensraums und die damit verbundene Lebensqualität aller InnsbruckerInnen. ^{IVL}



Der Anteil von erneuerbarer Energie wird auf 27 Prozent erhöht.

DA STECKT INNSBRUCK NATUR REIN

MIT DEM INNSBRUCKER ENERGIEENTWICKLUNGSPLAN
SETZT DIE STADT AUF EINE NACHHALTIGE ENERGIEPOLITIK.

Den Energiebedarf verringern und den Anteil erneuerbarer Energieträger erhöhen – die Tiroler Landeshauptstadt hat die Ziele im Innsbrucker Energieentwicklungsplans (IEP) klar formuliert. In Kooperation mit der Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG) und den Kommunalbetrieben (IKB) setzt sie umweltfreundliche Initiativen und Projekte um. „Damit steigern wir die Lebensqualität nachhaltig für die Bevölkerung. Es ist wichtig beim Klimaschutz langfristig – auch für die nächsten Generationen – zu planen“, betont Vizebürgermeisterin Mag.^a Sonja Pitscheider. Der jährliche Energiebedarf in der Stadt wurde in einer Erhebung zu Projektbeginn 2009 mit durchschnittlich 3.510 Gigawattstunden pro Jahr errechnet. 67,5 Prozent davon kommen von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl, rund 32,5 Prozent werden durch erneuerbare Energien bereitgestellt. „Mit einem Vorbildszenario hat der Stadtssenat die Richtung vorgegeben. Bis

2025 wird der Energieverbrauch um 21 Prozent bei der Raumwärme und um 44 Prozent in Bezug auf fossile Energieträger gesenkt“, erläutert Pitscheider und ergänzt: „Der Anteil von erneuerbarer Energie wird im Gegenzug um 27 Prozent erhöht.“

VORBILDPROJEKT SINFONIA

Damit dieses Vorbildszenario Erfolg hat, gibt es drei Maßnahmenbündel. Neben Information und Bewusstseinsbildung setzt die Stadt auf Fördermodelle. Zu letzteren zählen „Innsbruck fördert energetische Sanierung“ und die Wärmepumpen-Förderung. Ein Beispiel für das dritte Paket, die sogenannten „Leuchtturmprojekte“, ist das EU-Projekt SINFONIA. Investiert wird vor allem in die hochwertige und kosteneffiziente Sanierung von Wohngebäuden, die Optimierung von Wärme- und Kältenetzen und den Ausbau von neuen Stromnetzen („Smart Grids“). Mit technischen Maß-

nahmen wird bis 2018 der Energiebedarf in den SINFONIA-Distrikten der Partnerstädte Innsbruck und Bozen um bis zu fünfzig Prozent gesenkt sowie der Anteil erneuerbarer Energien um zwanzig Prozent gesteigert. Schulen und Kindergärten sowie Wohnbauten der Stadt werden nach SINFONIA-Standard saniert.

MOBILITÄTSKONZEPT KENNT KEINE STADTGRENZEN

Innsbruck zeigt sich nicht nur durch den IEP umweltfreundlich, auch das verbindliche Leitbild für Stadt und Umland „Mobil21“ ist ein Schritt in diese Richtung. Das Verkehrskonzept ist grenzübergreifend und setzt Maßnahmen, um zukünftige Mobilitätszwecke so ressourcenschonend wie möglich zu erfüllen. Anfang des Jahres bekam die Stadt außerdem erneut drei Tiroler Mobilitätssterne. Zudem ist Innsbruck im Jahr 2013 dem Energieprogramm „e5“ beigetreten. 

MOBILE STADT: DER UMWELTFREUNDLICHE WEG IST DAS ZIEL

DIE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALEN ERWÄRMUNG SIND INZWISCHEN WELTWEIT ZU SPÜREN. KLIMASCHUTZ UND EINE REDUKTION DER FOSSILEN TREIBSTOFFE SIND DESHALB GEBOTE DER STUNDE. IN DER LANDESHAUPTSTADT WURDEN DIE WEICHEN FÜR EINE RESSOURCENSCHONENDE ZUKUNFT GESTELLT. MIT INVESTITIONEN IN DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR, DEM AUSBAU DES RAD- UND FUSSWEGNETZES SOWIE DER UMSTELLUNG DES PARKRAUM-KONZEPTE WIRD UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT KONKRET.

Innsbruck beschreitet innovative Wege. Dies wird mit der Realisierung der Straßen-/Regionalbahn deutlich. Dabei handelt es sich um das zurzeit größte Infrastrukturprojekt neben dem Brenner Basistunnel. „Mit der Umsetzung macht Innsbruck einen weiteren Schritt zu einem umweltschonenden, zukunftsorientierten und kapazitätsstarken Verkehrsmittel“, erläutert die ressortzuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Sonja Pitscheider: „Investitionen in den öffentlichen Verkehr sind immer auch Investitionen in die Lebensqualität.“ Bereits im Jahr 2000 wurde mit den Planungsarbeiten für das Großprojekt be-

gonnen. Bis 2018 soll es innerstädtisch abgeschlossen werden, die Fertigstellung der Verlängerungen bis zu den Marktge-meinden Völs bzw. Rum sind bis 2020 geplant. Mit der Straßen-/Regionalbahn wird ein Ersatz für die österreichweit am stärksten frequentierte Buslinie geschaffen. Rund 40.760 Personen befördert die Buslinie O an einem üblichen Wochentag.

Der Mut zu Veränderungen hat im öffentlichen Nahverkehr bereits zu Erfolgen geführt: Seit 1. Februar 2015 gelten die neuen Tarife auf den Linien der Innsbrucker Verkehrsbetriebe (IVB). Eine erste Jahresbilanz fiel positiv aus: Über 7.000 neue Jahres-Ticket-KundInnen konnten seit Beginn der Reform dazugewonnen werden. Auch die 50-Millionen-Marke bei den Fahrten pro Jahr wurde erstmals überschritten.

VERZICHT AUF DAS EIGENE AUTO

Ziel ist es, den BürgerInnen ein so gut ausgebautes Netz zur Verfügung zu stellen, dass das Privatauto immer öfter in der Garage bleibt. Auch den Veränderungen im Mobilitätsverhalten wird Rechnung getragen. Letztlich verbessert die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs auch die Bedingungen für FußgängerInnen: Barrierefreie Zu-

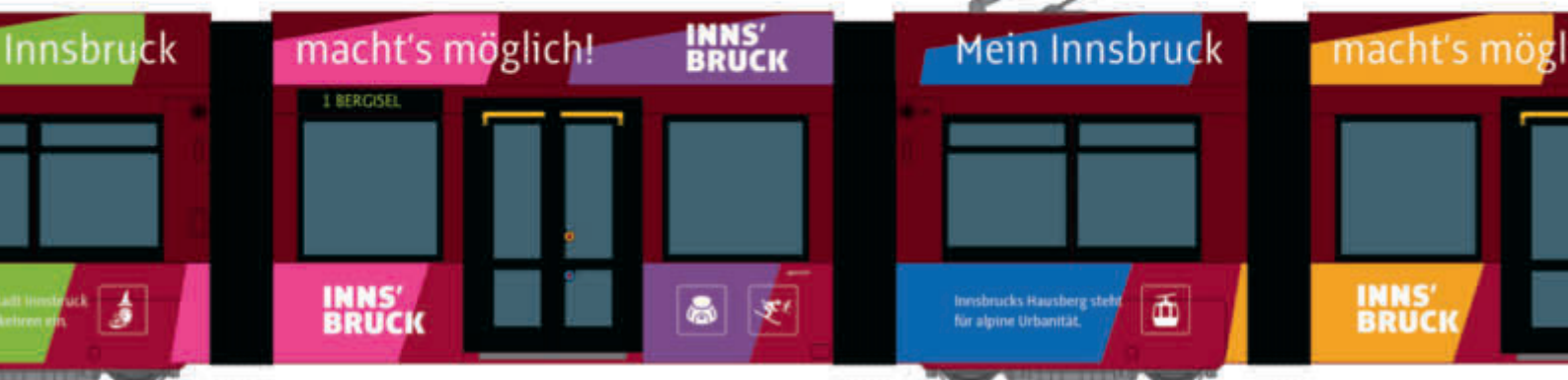
gänge zu Haltestellen, wettergeschützte Sitzgelegenheiten und der Ausbau des Rad- und Fußwegnetzes bieten ein entsprechendes Angebot. Fahrradparkplätze oder die kostenlose Radmitnahme in Bus und Tram steigern den Komfort.

„Die Vielfalt, die unsere Alpenstadt auszeichnet, wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern geprägt und genauso vielfältig sind auch die Mobilitätsangebote. Eine entsprechende Infrastruktur ist hierfür unerlässlich und so setzen wir mit unseren Partnern gezielt Maßnahmen zur kontinuierlichen Ausweitung und Verbesserung“, fasst Vizebürgermeisterin Pitscheider zusammen.

SPORTGERÄT UND VERKEHRSMITTEL

Für all jene, die lieber selbst aktiv sind, anstatt sich chauffieren zu lassen, bietet sich das Stadtrad an. Das Leihradsystem macht InnsbruckerInnen und TouristInnen noch mobiler und darüber hinaus unabhängig von Uhrzeit, Stau und Parkplatzsuche. Das Stadtrad kann jede und jeder nutzen, die bzw. der sich anmeldet.

Details unter www.stadtrad.ivb.at





120 KM FÜR DAS RADVERGNÜGEN

Gerade das Rad als Fortbewegungsmittel erfreut sich in Innsbruck immer größerer Beliebtheit. Der Anteil des Radverkehrs an den zurückgelegten Wegen der InnsbruckerInnen steigt seit Jahren, derzeit liegt er mit 23 Prozent an der Spitze im österreichischen Städtevergleich. Der sportliche Trend wird durch die Optimierung des Radwegnetzes, wie etwa durch Adaptierungen von Brücken oder ermöglichte Radwegführungen gegen die Einbahn, unterstützt. Zurzeit existieren etwa 120 km an Radwegen, Radfahrstreifen und Radrouten in verkehrsberuhigten Straßen.

Von 2009 bis 2014 wurden insgesamt rund 4 Mio. Euro in Maßnahmen für den

Radverkehr investiert. Im Rahmen des „klima-aktiv mobil“-Förderungsprogramms erhielt Innsbruck dafür eine Förderung in Höhe von 1,1 Mio. Euro.

RUHENDER VERKEHR: NEUES KONZEPT

Seit 2014 ist die Parkraumbewirtschaftung in der Tiroler Landeshauptstadt neu aufgestellt. Knapp zwei Jahre nach dem Startschuss ist das Parkraumkonzept inzwischen vollständig umgesetzt und sorgt für vereinfachte Zonen und einheitliche Preise.

Vorteile bietet die neue Regelung vor allem für AnrainerInnen der Alpenstadt: Durch die Ausweitung der Kurzparkzonen wird das Parken mit Dauerparkkarte wesentlich erleichtert. ^{AA}

Fahren Sie schon jetzt mit der neuen Straßen-/Regionalbahn. Unter www.ibkinfo.at/regionalbahn können Sie eine virtuelle Fahrt erleben.





PATSCHERKOFEL

DER PATSCHERKOFEL IM SÜDEN DER STADT IST EIN WAHRES MULTITALENT: NAHERHOLUNGSGEBIET, SKIPARADIES, WAHRZEICHEN UND HAUSBERG DER INNSBRUCKERINNEN IN EINEM. SOWOHL IM SOMMER ALS AUCH IM WINTER ÜBERZEUGT ER NATUR- UND SPORTBEGEISTERTE MIT TOLLEN WANDERWEGEN, SCHÖNEN PISTEN UND EINEM ATEMBERAUBENDEN AUSBLICK ÜBER DAS STADTGEBIET. MIT SEINER HÖHE VON ÜBER 2.200 METERN IST DER PATSCHERKOFEL EIN WICHTIGES MERKMAL DES ALPIN-URBANEN CHARAKTERS DER TIROLER LANDESHAUPTSTADT.

DER HAUSBERG STEHT FÜR NAHERHOLUNG

SEIT KNAPP ZWEI JAHREN IST DER PATSCHERKOFEL WIEDER IM BESITZ DER STADT INNSBRUCK: DAMALS BESCHLOSS DER GEMEINDERAT DEN ANKAUF DER GESAMTEN ANLAGE. AKTUELL LAUFEN DIE ATTRAKTIVIERUNGSMASSNAHMEN FÜR DAS GEBIET AUF HOCHTOUREN.



Die Berge gehören zu Innsbruck. Die Tiroler Landeshauptstadt zeichnet sich durch ihren alpin-urbanen Charakter aus: In kürzester Zeit und ohne großen Aufwand ist es möglich, vom Stadtgebiet auf einen Gipfel zu gelangen. Neben der Nordkette, einem der wichtigsten Naherholungsgebiete der InnsbruckerInnen, zählt der Patscherkofel ebenfalls zur beliebten Sport- und Freizeitinfrastruktur Innsbrucks. „Der Patscherkofel, der von den InnsbruckerInnen und Innsbrucker liebevoll ‚Hausberg‘ genannt wird, ist ein qualitativvolles Naherholungsgebiet. Die Innsbrucker Stadtregierung steht geschlossen hinter dem Projekt, den Freizeitberg, sowie die Region, durch eine gesamthafte und nachhaltige Neustrukturierung zukünftig noch attraktiver

für Innsbrucks Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Touristinnen und Touristen zu gestalten“, erklärt Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer.

PROJEKTGRUPPE UND ATTRAKTIVIERUNGSMASSNAHMEN

Die Region rund um den Patscherkofel und den Glungezer weist sehr großes Potenzial auf. Besonders die ruhige und naturnahe Lage oberhalb der Stadt macht das Gebiet attraktiv für EinwohnerInnen, Naherholungssuchende und Gäste. Im Zuge des Entwicklungsprozesses „Rund um Patscherkofel & Glungezer“ werden die unterschiedlichen Möglichkeiten erarbeitet sowie zukünftige Entwicklungen in dieser Region aus unterschiedlichen Perspektiven betrach-

tet. Vor allem die Bereiche „Lebensraum“, „Tourismus“ und „Wirtschaft“ stehen dabei im Fokus. Die Projektgruppe, bestehend aus rund neunzig Personen – wie z.B. den BürgermeisterInnen der Umlandgemeinden sowie VertreterInnen aus den Bereichen Wirtschaft und Kultur –, sorgt dafür, dass möglichst viele Perspektiven berücksichtigt werden und VertreterInnen aus allen Orten an der Entwicklung des zukünftigen Profils mitwirken können.

Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer erklärt die Wichtigkeit des Prozesses: „Der Patscherkofel, der Glungezer und das anliegende Mittelgebirge liegen uns allen am Herzen.“ Die Ergebnisse des Prozesses werden fortlaufend den BürgerInnen präsentiert.

Das Tourismusjahr 2016
startete mit einem Plus
von 5,1 Prozent.



Der Innsbrucker Gemeinderat beschloss Ende 2015 ein umfangreiches Zukunftspaket für den Innsbrucker Hausberg. Dieses sieht unter anderem Aspekte wie eine neue Bahn sowie bessere Anbindung an das Stadtgebiet, ein ausgefeiltes Parkkonzept und eine neue, knapp acht Kilometer lange Rodelbahn vor. Insgesamt nimmt die Stadt Innsbruck rund 41 Millionen Euro in die Hand, um nachhaltig in die Infrastruktur am Hausberg zu investieren.

Ende März wurde das Siegerprojekt aus dem Architekturwettbewerb für den Neubau der Patscherkofelbahn der Öffentlichkeit präsentiert.

WEITERER ANTRIEB FÜR TOURISMUS

Sowohl im Winter als auch im Sommer zählt Innsbruck zu einer beliebten Destination für TouristInnen. Durch die Attraktivierung des Gebiets rund um den Patscherkofel mit der neuen Bahn, die bis Ende 2017 fertiggestellt sein soll, wird der Ganzjahrestourismus in der Tiroler Landeshauptstadt weiter angekurbelt. „Das Gesamtprojekt Patscherkofelbahn-Neu sichert den Sommer- und Winterbetrieb sowohl für die Einheimischen als auch für unsere Gäste. Der Innsbrucker Hausberg stellt damit weiterhin einen nachhaltigen Impuls für die gesamte Region dar und ist die Basis für die zukünftige touristische Entwicklung in Igls“, erklärt Tourismusstadtrat Franz X. Gruber.

Die Zahlen aus dem vergangenen Jahr belegen aber bereits jetzt, dass Innsbruck neben Sport-, Freizeit-, Kultur- und Bildungsstadt eindeutig auch Tourismusstadt ist: Das Jahr 2015 war ein absolutes Rekordjahr. Seit 25 Jahren konnten nicht mehr so hohe Nächtigungszahlen erreicht werden. Von November 2014 bis Oktober 2015 gab es rund 1,56 Millionen Übernachtungen. ^{DH}

Der Hausberg dient nicht
nur im Winter der Erholung,
sondern auch in den
Sommermonaten.



NEUE JUWELEN BRINGEN DIE SPORTSTADT ZUM GLÄNZEN



DER BERGISEL ZÄHLT ZU EINEM DER SPORTWAHRZEICHEN INNSBRUCKS. SCHON BALD KOMMT EIN WEITERES DAZU: DAS KLETTERZENTRUM AM EHEMALIGEN WUB-AREAL WÄCHST VON TAG ZU TAG. NACH DER FERTIGSTELLUNG 2017 WIRD INNSBRUCKS SPORTINFRASTRUKTURLANDSCHAFT UM EIN WEITERES JUWEL REICHER. IN DER JÜNGSTEN VERGANGENHEIT REIHTEN SICH BEREITS MEHRERE NEUE EDELSTEINE IN DAS GESAMTBILD DER SPORTSTADT INNSBRUCK EIN. NATIONALE UND INTERNATIONALE SPORTVERANSTALTUNGEN RUNDEN DAS ANGEBOT IN DER TIROLER LANDESHAUPTSTADT AB.

Als 1964 das Olympische Feuer in Innsbruck das erste Mal entfacht wurde, konnte sich wohl kaum jemand vorstellen, welch hohen Stellenwert die Tiroler Landeshauptstadt zukünftig im Bezug auf Sport haben würde. Die zweiten Olympischen Winterspiele 1976, die Paralympics 1984 und 1988 oder die Youth Olympic Games 2012 sind nur einige Beispiele für Veranstaltungen, die in Innsbruck ausgetragen wurden und die Alpenstadt so in den internationalen Sportfokus rückten. „Natürlich spielt die geografische Lage Innsbrucks eine wichtige Rolle: Mitten in den Bergen gelegen, bietet sich die Stadt besonders für die Austragung von Wintersportveranstaltungen an. Aber auch die top ausgebaute Infrastruktur trägt einen wesentlichen Teil dazu bei“, erklärt Vizebürgermeister und Sportreferent Christoph Kaufmann.

SPORTLICHER JAHRESBEGINN

Das laufende Jahr erfreute sich bereits an zwei sportlichen Höhepunkten: Im Jänner kämpften rund 800 junge AthletInnen zwischen 12 und 15 Jahren bei den International Children's Games um Gold, Silber und Bronze. Insgesamt 31 Medaillenentscheidungen in acht verschiedenen Wintersportarten standen am Programm. Von 8. bis 21. Februar verwandelte sich die Tiroler Landeshauptstadt zum Mittelpunkt der Bob- und Skeleton-Welt. Bei den Weltmeisterschaften, die im Eiskanal in Igls ausgetragen wurden, nahmen knapp 280 AthletInnen aus der ganzen Welt teil.

KONKURRENZFÄHIG DURCH NEUES TURNLEISTUNGSZENTRUM

Eines der neuen Juwelen in der Sportstadt Innsbruck ist das Turnleistungszentrum, das Mitte des vergangenen Jahres feierlich eröffnet wurde. Nach dem Um- und Zubau präsentiert sich das Zentrum als moderne Trainings- und Wettkampfstätte, die nun den erforderlichen sporttechnischen Vorschriften der internationalen Reglements entspricht. Im Zuge des Umbaus wurden die Sprungtische verlängert sowie eine Trainingsfläche für den Schwebebalken und ein Bereich für die Jugend geschaffen. Darüber hinaus

verfügt die Tiroler Landeshauptstadt nun auch über eine wettkampftaugliche Halle für insgesamt rund 150 BesucherInnen.

Und es dauert nicht mehr lange, bis das nächste sportliche Zentrum eröffnet werden kann: Aktuell entsteht am ehemaligen WUB-Areal ein neues Kletterzentrum, das bereits im Vorfeld viel Interesse weckte. Während in der bestehenden WUB-Halle ein großer Boulderbereich vorgesehen ist, entsteht zusätzlich eine freistehende turmartige Kletteranlage für das Seilklettern im Freien. Der zentrale Bestandteil der neuen Anlage wird die Seilkletterhalle sein, in der die wesentlichen Funktionen des Zentrums sowie die großen wettkampftauglichen Indoor-Kletterwände untergebracht werden. Bereits jetzt haben sich internationale Veranstaltungen angekündigt: Bei den „World Youth Championships 2017“ werden rund 1.200 junge AthletInnen aus rund 60 Nationen gegeneinander antreten. 2018 wird die Eröffnung des neuen Zentrums durch die Austragung der Kletter-Weltmeisterschaften gekrönt.

LAUFENDE INVESTITIONEN SICHERN HOHEN STANDARD

Neben den beiden neuen Zentren kann sich aber auch die übrige Sportinfrastruktur der Tiroler Landeshauptstadt sehen lassen: Neun städtische Naturrasenplätze, fünf Kunstrasenspielfelder, insgesamt vier Leichtathletikanlagen sowie fünf Beachvolleyballplätze und vier Kunsteislaufplätze im Winter sind nur wenige Beispiele dafür. Jedes Jahr wird eine hohe Summe in die laufenden Betriebe sowie die Instandhaltung der Sportanlagen investiert: „Knapp 3,4 Mio. Euro sind dafür im Budget 2016 vorgesehen“, erläutert Kaufmann: „Es ist uns



ein Anliegen, sowohl für den Leistungs- aber vor allem auch für den Breitensport interessante Angebote zu schaffen.“

NEUES KONZEPT BEWEGT INNSBRUCK

Zusätzlich zu den unterschiedlichen Großprojekten ist dem Vizebürgermeister ein niederschwelliges Sportangebot ein Anliegen: Bewegung an der frischen Luft wird immer seltener. Dieser Entwicklung wirkt die Stadt Innsbruck mit dem neuen Bewegungskonzept „Bewegt im Park“ entgegen. Ab Sommer 2016 haben alle BürgerInnen die Möglichkeit, völlig kostenlos an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Angeboten werden in mehreren Innsbrucker Parkanlagen zum Beispiel Gleichgewichts- und Rückentrainings, „Fit-in-den-Tag“-Programme, Kräftigungs- und Balanceübungen und Ähnliches. Das Projekt wird gemeinsam vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, dem Sportministerium und der Sportunion Tirol gestartet. In Zukunft sollen alle Innsbrucker Sportvereine die Möglichkeit haben, an diesem Projekt mitzuarbeiten. ^{DH}

DIE STADT ALS GRÖSSTE FREIZEITANLAGE

DIE AUSSERGEWÖHNLICHE LEBENSQUALITÄT DER LANDESHAUPTSTADT WISSEN NICHT NUR BEWOHNER*INNEN ZU SCHÄTZEN, SONDERN AUCH DIE GÄSTE, DIE JÄHRLICH ZU TAUSENDEN INNSBRUCK BESUCHEN. DER ALPIN-URBANE CHARAKTER DER STADT AM INN ZEICHNET SICH DADURCH AUS, DASS ERHOLUNGSSUCHENDE BINNEN WENIGER MINUTEN AUS DEM STADTZENTRUM IN DIE GEBIRGSLANDSCHAFT GELANGEN.

Rund um Innsbruck stehen rund 350 Kilometer Steig- und Wanderwege für sportliche Aktivitäten zur Verfügung. Fast genau gleich viele Kilometer öffentliches Straßennetz gibt es in Innsbruck. Das größte und meist genutzte Naherholungsgebiet sind die Wanderwege und Waldgebiete im Bereich des sogenannten Mühlauer Stadtwaldes. Im vergangenen Jahr sicherte das städtische Forstamt Teile dieser Wegenlagen durch Steinschlagschutzmaßnahmen. Eine Erweiterung der Wege erfolgte durch die Reaktivierung vergessener geglaubter Steiganlagen durch Ausholzung und Abmähen.

Seit dem Herbst 2015 führen mehr als 700 Wanderwegeschilder die Erholungssuchenden durch Innsbrucks Natur.

NEUES AUSHÄNGESCHILD FÜR ALPIN-URBANE MARKE

Die Almwirtschaft hat in der Stadt Innsbruck eine lange Tradition. Insgesamt befinden sich sechs Almen in städtischem Besitz. Neben der Arzler Alm, der Bodensteinalm, der Fronebenalm, der Höttinger Alm und Mösl Alm wurde im November 2015 die neugebaute Umbrügler Alm wiedereröffnet. Es entstand ein modernes Ausflugsgasthaus,

das auf Ganzjahresbetrieb ausgelegt ist. Zwei Gaststuben mit Kamin (ca. 100 Sitzplätze) und die teilweise überdachte Terrasse mit rund 80 Sitzplätzen laden Ausflügler*Innen zum Verweilen ein. Der bis Dezember 2015 ressortzuständige Vizebürgermeister Christoph Kaufmann erklärt: „Ökologische Nachhaltigkeit und Funktionalität wurde von den Architekten groß geschrieben: Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen aus regionalen Quellen oder die Stückholzheizung sind nur zwei Beispiele dafür.“ Das Dach und die Außenwände sind vollständig mit Lärchenschindeln gedeckt. Die Decken, Wände und Böden der Innenräume sind mit Weißtanne verkleidet. Die Wand um den Kamin wurde mit Höttinger Breccie getäfelt. Ein weiteres Hauptaugenmerk war der barrierefreie Ausbau der Alm.

ERSTER BARRIEREFREIER RUNDWANDERWEG INNSBRUCKS

Der erste barrierefreie Rundwanderweg in Innsbruck wird Ende Juni im Waldmoorkomplex „Tantegert“ eröffnet. Dies ist ein etwa 1,5 Hektar großes Moorgebiet am Paschberg in Amras. Der seit Dezember 2015 ressortzuständige Stadtrat Franz X. Gruber weiß: „Für die freizeitaktiven Innsbruckerinnen und Innsbrucker ist das Tantegert ein attraktives Naherholungsgebiet. Wesentlich ist dabei das gut ausgebaute Wegenetz sowie die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln.“ Zusätzlich zum barrierefreien Rundwanderweg wird ein Steg als Aussichtsplattform in das Moor führen, damit die dort lebende Tier-

und Pflanzenwelt und die Entwicklung des Moores aus der Nähe beobachtet werden kann.

„NATUR FINDET STADT“

Dass die Stadt selbst auch Lebensraum für Tiere sein kann, beweist das Projekt „Natur findet Stadt“. Es wurden gezielt Maßnahmen ergriffen, um verschiedenen Tierarten zu helfen, die sonst in der Stadt Überlebensschwierigkeiten hätten. Besonders die städtischen Friedhöfe eignen sich für den gezielten Artenschutz und die Erschließung von neuem Lebensraum durch die Installation von Nisthilfen, geeigneten Winterquartieren oder Brutkästen. So konnten Singvögel, Igel, Fledermäuse, Turmfalken oder Wildbienen wieder innerstädtischen Lebensraum für sich gewinnen.

„GRÜNES UND BLÜHENDES INNSBRUCK“: DER NAME IST PROGRAMM

Das städtische Amt für Grünanlagen betreut mehr als 129 Erholungs- und Spielplätze auf über 1.000 Hektar Grünfläche, die das Innsbrucker Stadtbild nachhaltig prägen. Dreimal pro Jahr werden die Blumenbeete neu bepflanzt. Ein Großteil der Pflanzen stammt aus der Eigenproduktion der Stadtgartendirektion. Aufgrund der positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung, wie auch den vorteilhaften Auswirkungen auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit, werden an verschiedenen Standorten einjährige farbenfrohe Blumenwiesen ausgesät.

Der städtische
Ostfriedhof ist
Lebensraum für
Fledermäuse.





Altersgerechte Sportgeräte sollen die Menschen jeder Generation motivieren, sich mehr zu bewegen.

HUTTERERPARK NEU

Bei der Umgestaltung der Parkanlage an der Franz-Greiter-Promenade wurde ein Standort für ein Denkmal zur „Erinnerung an die Hutterer“ gefunden. Das von der Innsbrucker Künstlerin Verena Simeoni gestaltete Denkmal „Übrige Brocken“ besteht aus zwölf Granitsteinfindlingen. Dazu wurde im Frühjahr 2015 vom Stadtsenat die Umbenennung der bisher namenlosen Parkanlage zu Ehren der Tiroler TäuferInnen in „Huttererpark“ beschlossen.

„Die alte, rund 4.500 m² große Parkanlage, mit ihren dominanten Bäumen und durchlässigen Freiflächen, wurde als offene, zeitgemäß gestaltete Parklandschaft mit unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten für alle ParkbesucherInnen weiterentwickelt“, erläutert Stadtrat Mag. Gerhard Fritz. Ruhebereiche mit entsprechender Möblierung sowie eine großzügige Spiellandschaft für unterschiedliche Altersgruppen wurden geschaffen.

KREATIVES SPIELEN ERMÖGLICHEN

Ein besonderes Anliegen gilt den 81 städtischen Spielplätzen, die Jahr für Jahr erneuert und erweitert werden.

Ziel ist es, multifunktionale Spiel- und Bewegungsbereiche für unterschiedliche Altersgruppen zu schaffen, die kreatives Spielen fördern.

Bei jedem Spielplatz, sofern nicht schon vorhanden, wird ein eigener Trinkwasserbrunnen installiert.

WASSERQUALITÄT VON HÖCHSTER GÜTE

Dass die Landeshauptstadt Innsbruck durch den alpin-urbanen Charakter eine außergewöhnliche Lebensqualität bietet, ist unbestritten.

Die gute Wasserqualität ist der Gesundheit der BewohnerInnen ebenso förderlich. Die Stadt Innsbruck sorgt mit über 170 öffentlichen Trinkwasserbrunnen dafür, dass jederzeit kostenlos und ausreichend Trinkwasser zur Verfügung steht. ^{VL}

Das Video zum Bau der Umbrügler Alm finden Sie unter www.ibkinfo.at/schluesseluebergabe-umbrueggler





Unabhängig davon, ob 100 Jahre oder erst ein paar Monate alt – in Innsbruck wird für jede Altersklasse etwas geboten.

VERSORGT WIRD JUNG BIS ALT

INNSBRUCK IST EINE STADT, IN DER SICH ALLE GENERATIONEN WOHLFÜHLEN. OB EIN KLEINES WILLKOMMENSGESCHENK DIREKT NACH DER GEBURT ODER UMFANGREICHE BETREUUNG IM ALTER – IN INNSBRUCK WIRD ALLEN BÜRGERINNEN VON JUNG BIS ALT EIN UMFASSENDES SERVICE ANGEBOten.

In der Tiroler Landeshauptstadt leben aktuell rund 130.000 Menschen (Hauptwohnsitz) – darunter Babys, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und SeniorInnen. Dass Innsbruck eine Stadt ist, in der alle Generationen Platz haben, belegt ein kurzer Blick auf das umfangreiche Angebotspaket für die unterschiedlichen Altersklassen. „Uns als Stadtregierung ist es ein großes Anliegen, dass Jung und Alt nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander gut leben können. Aus diesem Grund versuchen wir, gemeinsame Angebote zu schaffen“, erläutert der sowohl für Kinder- und Jugendförderung als auch für SeniorInnen zuständige Vizebürgermeister Christoph Kaufmann. „Ein gutes Beispiel dafür ist der Huttenpark. Als dieser neu geplant wurde,

legten wir ein besonderes Augenmerk darauf, eine Begegnungszone für junge und ältere Menschen zu schaffen“, führt Planungsstadtrat Mag. Gerhard Fritz weiter aus.

DOKUMENTENMAPPE ALS START INS LEBEN

Wird ein Innsbrucker Baby geboren, dauert der erste Kontakt zum Stadtmagistrat nicht lange. Zur Anmeldung der neuen Bürgerin bzw. des neuen Bürgers bekommen Eltern als kleines Startgeschenk eine Dokumentenmappe in kindgerechtem Design überreicht. Kaum geboren, sind die Kinder aus dem Kinderwagen herausgewachsen und bereit für den Kindergarten und bald auch für die Schule. Auch hier überzeugt die Stadt

Innsbruck mit einem breiten Angebot: In den 28 städtischen Kindergärten wird großer Wert auf ganzheitliche Förderung sowie kompetente Bildung und Erziehung der Jüngsten gelegt. Fortgeführt werden diese Werte in allen 21 Volksschulen, den zehn Neuen Mittelschulen sowie den beiden Sonderschulen und der Polytechnischen Schule.

RUNDUM BETREUT

Die Betreuung der Kinder über die Schulstunden hinaus, ist für Stadtrat Pechlauer, der für das Ressort Kinderbetreuung zuständig ist, selbstverständlich: „Zwar ist ein flächendeckendes Angebot des Mittagstisches aus gebäudetechnischen Gründen nicht in allen Schulen und Kindergärten möglich, wir haben aber dafür

gesorgt, dass jedes Kind, das ein warmes Mittagessen benötigt, dieses in der Schule bzw. in den Horten und Tagesheimen bekommt.“ Somit ist auch eine Nachmittagsbetreuung sichergestellt.

SPANNUNG IN DEN FERIEN

Dafür, dass die jungen InnsbruckerInnen auch in den Schulferien bestens versorgt sind, sorgt der Ferienzug bzw. der TeenXpress. Die beiden Veranstaltungsreihen für Kinder von 4 bis 14 Jahren bzw. für Jugendliche von 13 bis 17 Jahren bieten in den Semester-, Oster- und Sommerferien abwechslungsreiche Freizeitangebote, die viel und gerne angenommen werden. „Die tausenden Teilnahmen jedes Mal geben dem Projekt recht“, freut sich Vizebürgermeister Kaufmann. Dass Kinder- und Jugendliche einen besonderen Stellenwert in der Innsbrucker Gesellschaft haben, beweist auch das Projekt „myInnsbruck Jugendrat“. Dort bekommen die jungen InnsbruckerInnen eine Stimme und die Möglichkeit, das Stadtleben aktiv mitzugestalten.

ALTERN MIT WÜRDE UND LEBENSQUALITÄT

Aber nicht nur für die Jüngsten wird in unserer Alpenstadt gesorgt. Die städtische Angebotspalette hält auch für ältere Semester einiges bereit: So bietet zum Beispiel der SeniorInnenausweis, den InnsbruckerInnen ab dem 60. Lebensjahr beantragen können, eine Vielzahl an Vergünstigungen wie beispielsweise bei Bergbahnen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Schwimmbädern und bei der Stadtbücherei.

Ein Fokus wird in Innsbruck auf eine würdige und gut betreute Wohnsituation im Alter gelegt. Innsbrucks Pflegelandschaft befindet sich aktuell auf einem hochmodernen Stand: Die Heime wurden seit 1998 neu gebaut oder saniert. Neben dem Notburgaheim, dem Heim St. Joseph (Sanierung bis 2018) und dem Heim St. Raphael am Inn gibt es in der Tiroler Landeshauptstadt insgesamt acht Wohn- und Pflegeheime, in denen SeniorInnen ihren Lebensabend in guter Betreuung verbringen können. Die Gemeinsamkeit dieser acht Häuser ist die



Betreuung durch die Innsbrucker Sozialen Dienste (ISD), einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Stadt Innsbruck. Insgesamt stehen in den ISD-Heimen über 1.000 Heimplätze (nach Fertigstellung des Wohnheims Pradl) sowie 800 Arbeitsplätze zur Verfügung. „Mit dem Neubau des Wohnheims Reichenau hat 1998 eine Rundum-Erneuerung der ISD-Pflegeheime begonnen“, erklärt Stadtrat Pechlaner: „Die Neueröffnung des Hauses A im Wohnheim Pradl, die 2017 stattfinden wird, schließt den Kreis.“

INNSBRUCK LIEGT VOLL IM PFLEGE-SOLL

Der Strukturplan Pflege des Landes Tirols sieht vor, dass es in Innsbruck bis zum Jahr 2022 insgesamt 1.488 Langzeit- und 50 Kurzzeitpflegebetten gibt. Innsbruck liegt aktuell voll im Pflege-Soll: „Besonders bei den Zahlen der Langzeitpflegeplätze sind wir bereits jetzt gut aufgestellt. Um das Soll für 2022 zu erreichen, fehlen nur noch 75 Langzeitpflegebetten. Durch den geplanten weiteren Ausbau bin ich überzeugt, dieses leicht zu erfüllen“, erklärt Stadtrat Pechlaner. ¹DH



IM DIENST DER BÜRGERINNEN

ARBEITSPLÄTZE, BARRIEREFREIHEIT, SICHERHEIT – DIE LANDESHAUPTSTADT NIMMT IHRE GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG GEWISSENHAFT WAHR.



Die MitarbeiterInnen der MÜG haben ein wachsames Auge auf die Landeshauptstadt.

1. MOBILE ÜBERWACHUNGSGRUPPE

Die Mobile Überwachungsgruppe Innsbruck (MÜG) war für zahlreiche vergleichbare Städte in Österreich Vorbild: Graz, Linz, Wels und Klagenfurt sind dem Konzept der Tiroler Landeshauptstadt gefolgt. Zur Vollziehung von ortspolizeilichen Verordnungen – beispielsweise der Park- und Spielplatzordnung –, für die nicht die Polizei, sondern ausschließlich Gemeindeorgane befugt sind, wurde die Einrichtung der MÜG in Innsbruck notwendig. Im Jahr 2005 startete das Referat mit fünf MitarbeiterInnen. Das Team der MÜG ist inzwischen gewachsen, genauso wie das Aufgabengebiet. „Die MÜG steht für rasche und bürger-nahe Hilfe“, lobt Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer das Engagement der MitarbeiterInnen: „Sie sind zur Stelle, wenn sie gebraucht werden und

stärken bei der Innsbrucker Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die verlässlich ganzjährig und rund um die Uhr zur Verfügung stehen.“ Seit 2008 können sich die BürgerInnen direkt an die MÜG wenden. 2015 wurden die 34 MitarbeiterInnen zu knapp 7.200 Einsätzen gerufen.



2. ZWÖLF FEUERWEHREN FÜR EINE SICHERE STADT

Nicht nur die Mobile Überwachungsgruppe macht Innsbruck zu einer sicheren Stadt. Blaulichtverbände, wie die Feuerwehren, kümmern sich um das Wohlergehen der BewohnerInnen. „Die Berufsfeuerwehr arbeitet bestens mit

den zehn Freiwilligen Feuerwehren und der Betriebsfeuerwehr des Flughafens zusammen.

Die enge Kooperation ist sehr wichtig und funktioniert in Innsbruck wirklich problemlos“, betont der für das Feuerwehrwesen zuständige Vizebürgermeister Christoph Kaufmann.

Die ehrenamtlichen Florianijünger engagieren sich für die Stadt ebenso stark wie die MitarbeiterInnen der städtischen Berufsfeuerwehr.



3. DIE STADT ALS ARBEITGEBER

„Der Mensch ist die wichtigste Ressource eines Unternehmens: das ist der Stadt Innsbruck bewusst. Als Personalreferentin ist es mir ein Anliegen, dass sich die Bediensteten in ihrem Arbeitsumfeld wohlfühlen und ihre Kompetenzen bestmöglich entfalten können“, betont Bürgermeisterin Oppitz-Plörer. Der Stadtmagistrat legt hohen Wert darauf, ein familienfreundlicher Arbeitgeber zu sein. Die Familienfreundlichkeit zeigt sich nicht zuletzt durch einen hohen Wert an Teilzeitbeschäftigten – rund 450 MitarbeiterInnen. Auch die junge Generation wird in der Arbeitswelt des Stadtmagistrats gut betreut. Die Stadt erhielt vom Land Tirol die Zertifizierung „Ausgezeichneter Lehrbetrieb“ bis ins Jahr 2018. Insgesamt machen aktuell 21 Lehrlinge in sieben Lehrberufen eine städtische Ausbildung.

4. BEHINDERTENQUOTE: MITARBEITER*INNEN BEREICHERN STADT

Seit vielen Jahren ist der Stadtmagistrat in der Anstellung behinderter Menschen ein großes Vorbild für andere Arbeitgeber. Die zu erfüllende Quote wird weit überschritten: Im Stadtmagistrat arbeiten rund 1.500 Mitarbeiterinnen, davon sind insgesamt 93 begünstigte behinderte Menschen im städtischen Dienst. „Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eine große Bereicherung für den Stadtmagistrat“, betont die für Personal ressortzuständige Bürgermeisterin Oppitz-Plörer. Das Behinderteneinstellungsgesetz verpflichtet alle DienstgeberInnen, die 25 oder mehr Personen beschäftigen, auf je 25

DienstnehmerInnen mindestens einen Menschen mit Behinderung einzustellen. Die Stadt Innsbruck ist einer der größten Arbeitgeber in Tirol.

5. BARRIEREFREIES INNSBRUCK

Der Behindertenbeirat der Stadt kümmert sich um die Belange behinderter Menschen und achtet darauf, dass Barrierefreiheit in vielfältiger Weise umgesetzt wird. Nicht nur bauliche, auch sprachliche Hürden werden abgebaut. Ein Schwerpunkt 2016 liegt auf „Leichter Sprache“. Vorbild ist Innsbruck bereits bei einem Leitsystem für blinde Menschen, das sie durch die Stadt führt. „Der Einsatz des Behindertenbeirates macht Innsbruck lebenswerter“, weiß auch Sozialstadtrat Ernst Pechlaner. 

„Sie wollen mehr Informationen zum Thema? Ausführliche Hintergrundberichte lesen Sie online unter www.ibkinfo.at“

Barrierefreiheit in Bus und Bahn wird für Menschen mit Behinderungen in Innsbruck gewährleistet.



MODERNE UNIVERSITÄTSSTADT MIT TRADITION

EIN BILDUNGSWESEN, DAS VON MODERNE UND TRADITION GEPRÄGT IST, SCHEINT AUF DEN ERSTEN BLICK EIN WIDERSPRUCH ZU SEIN. DIE TIROLER LANDESHAUPTSTADT BEWEIST ALLERDINGS, DASS EINE VERBINDUNG VON GESCHICHTE, INNOVATION UND ZUKUNFTSORIENTIERTEM DENKEN DIE IDEALEN VORAUSSETZUNGEN FÜR EINEN LEBENDIGEN UND PULSIERENDEN WISSENSCHAFTSSTANDORT SCHAFFT.



Tausende Studierende aus dem In- und Ausland sorgen in der Alpenstadt für ein lebendiges und internationales Flair.

rücksichtigen PädagogInnen die Individualität und stellen eine ganzheitliche Förderung wie kompetente Erziehung in den Mittelpunkt. Als Schulerhalter kümmert sich die Stadt Innsbruck zudem um 21 Volksschulen, zwei Sonderschulen und die Polytechnische Schule, die alle zusammen – mit Unterstützung zweier Montessorischulen und einer freien Waldorfschule – eine flächendeckende Infrastruktur im Pflichtschulbereich garantieren.

In diesem Zusammenhang dürfen natürlich auch die Neuen Mittelschulen nicht fehlen: Ob Natur-Technik-Umwelt, Kreativität, Wirtschaft oder American Football – mit ihren jeweiligen Schwerpunkten fördern die Schulen gezielt die individuellen Talente der Jugendlichen. Aus diesem Grund wurde dieses zukunftsorientierte Bildungsmodell für Zehn- bis Vierzehnjährige im Schuljahr 2011/12 innerstädtisch flächendeckend ausgeweitet.

Unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden Bildungsangebotes, wie es Innsbruck zu bieten hat, ist natürlich auch eine sinnvolle wie verlässliche Nachmittagsbetreuung. Zehn Schülerhorte sowie 30 Tagesheime ermöglichen neben kompetenter Lernbetreuung auch abwechslungsreiche und qualitative Freizeitgestaltung.

WER DIE WAHL HAT, HAT DIE QUAL

Eine Reihe von allgemein- und berufsbildenden höheren Schulen und Berufsschulen sorgt im weiteren Verlauf für eine solide Ausbildung, bei der individuelle Präferenzen nicht nur berücksichtigt, sondern auch gefördert werden. Fünf Gymnasien, das Wirtschaftskundliche Realgymnasium der Ursulinen, das Bundes-Oberstufenrealgymnasium Innsbruck, die Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule oder das Katholische Oberstufenrealgymnasium Kettenbrücke stehen zur Verfügung. Hinzu kommen zwei Höhere Technische Lehranstalten, zwei Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik sowie zwei Höhere Bundeslehranstalten für wirtschaftliche Berufe.

Spezifischere Berufswünsche können unter anderem auch in einer Reihe von Fachberufsschulen sowie der ältesten Tourismusschule Tirols – den Tourismusschulen Villa Blanka – und auch im Tourismus- oder im Medienkolleg verfolgt werden.

ALPIN-URBANES ZENTRUM DER WISSENSCHAFT

Herausstellungsmerkmal der Alpenstadt ist nicht zuletzt ihr Dasein als Universitätsstadt, über das sie seit dem 15. Oktober 1669 verfügt. Gegründet wurde die Innsbrucker Alma Mater damals von Kaiser Leopold I., der auch ihre Finanzierung sicherte.

Heute umfasst die Leopold-Franzens-Universität 16 Fakultäten. Mit mehr als 28.000 Studierenden – von denen über 15.100 Frauen sind – und über 4.500 MitarbeiterInnen ist die Universität die größte Forschungs- und Bildungseinrichtung in Westösterreich.

Zum ausgezeichneten Ruf der Bildungsstadt trägt unter anderem auch das Management Center Innsbruck (MCI) bei. Die „Unternehmerische Hochschule“ hat es seit ihrer Gründung 1995/96 geschafft, sich in kürzester Zeit als hervorragendes Zentrum für wissenschaftliche Ausbildung und Forschung im Alpenraum zu positionieren. Dabei steht die Marke MCI für Leistung, Professionalität und Kompetenz. Vervollständigt wird das Bildungsangebot in der alpin-urbanen Stadt durch die Medizinische Universität, die nicht zuletzt zur herausragenden medizinischen Infrastruktur der Landeshauptstadt beiträgt und Ausbildungsstätte für knapp 3.000 Studierende ist. Hinzu kommen mehrere Fachhochschulen, wie die pädagogische Hochschule Tirol (PHT) und das Ausbildungszentrum West für Gesundheitsberufe der Tiroler Kliniken GmbH (AZW) sowie die Universitätskliniken und zahlreiche Forschungsinstitute und renommierte WissenschaftlerInnen, die immer wieder durch Höchstleistungen aufhorchen lassen.

Innsbruck nimmt eine führende Rolle in der Grundlagenforschung ein, die durch internationale Rankings immer wieder bestätigt wird. ^{AA}

Wissenschaft und Bildung nehmen in Innsbruck zentrale Positionen ein. Dies wird allein schon im Stadtbild, das von zahlreichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen geprägt wird, deutlich. Wirft man einen Blick auf die städtische Bevölkerung, zeichnet sich auch hier die Bedeutung einer qualitativen Aus- und Weiterbildung ab: In der Alpenstadt befindet sich jede bzw. jeder dritte momentan in Ausbildung. „Dies beginnt schon in jungen Jahren“, weiß Stadtrat Ernst Pechlaner: „Der wahre Schatz der Zukunft unserer Stadt sind die Begabungen und Talente der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Für uns heißt das, diesen Schatz zu hegen und zu pflegen und vor allem entsprechende Bildungs- bzw. Weiterbildungsangebote zu schaffen“, erklärt er. Aus diesem Grund wird bereits Innsbrucks Kleinsten ein facettenreiches Bildungsnetz geboten.

UMFANGREICHE KINDERBETREUUNG

In den 28 städtischen Kindergärten – von denen 25 mit verlängerten Öffnungszeiten bzw. ganztags geführt werden – be-

**INNS' BRUCK**

Das alpin-urbane
Flair spiegelt sich in
beinahe allen
Lebensbereichen
der Stadt Innsbruck
wider. Wirtschaft,
Freizeit, Kultur und
Sport – überall ist
die Marke „Inns-
bruck“ präsent.



Das Geschäft des 21. Jahrhunderts

Schon im alten Rom gab es öffentliche Toiletten. Seitdem ist viel passiert, 2008 titelte die Zeitschrift Spiegel: „Notstand beendet: New York feiert erste Automatik-Toilette“. In Europa sind die Toiletten vom absoluten Marktführer Bioline schon seit 2007 auf Vormarsch. Die Nachfrage wächst konstant, kein Wunder, so liegen die Vorteile doch auf der Hand. Die neueste Generation der selbstreinigenden BIOLINE-TRIAX gehört zu den modernsten Automatiktoiletten auf dem Markt. Ausgeklügelte Reinigungs- und Hygienetechnik, verschmutzungs- und vandalismussichere Planung und kurze Wartezeiten machen das stille Örtchen nun auch kompromisslos sauber und geruchsfrei. Die Barrierefreiheit nach Ö-Norm/DIN-Standard garantiert eine kluge, langfristige Lösung im Kommunalbereich. Auch wirtschaftlich gesehen, denn gleich ob Kauf oder Mietkauf, durch den Wegfall der bisherigen Reinigungskosten und den zusätzlichen Einnahmen der Benutzer, amortisiert sich die Kapitalanlage bereits nach 2-3 Jahren. Selten ist ein Premium-Produkt auch die wirtschaftlich günstigste Lösung, die BIOLINE-TRIAX macht dies nun möglich!

Kein Wunder also, dass Städte und Gemeinden, die bereits eine selbstreinigende Automatiktoilette betreiben, eine BIOLINE-TRIAX weiterempfehlen können. Es wurden insgesamt 2500 Toiletten, davon 400 TRIAX-Modelle in Betrieb

genommen. Fragen Sie nach einer Referenzliste! Ob eine „TRIAX Monoblock“ als fertige Lösung die per LKW angeliefert wird, oder die individuelle „TRIAX Technologie“ die in bereits bestehende oder neu geplante Gebäude verbaut werden, mit 30 Jahren Erfahrung haben sie mit BIOLINE einen kompetenten Partner gefunden.

Hard Facts:

- Einziger Anbieter von Automatiktoiletten mit Komplettreinigung, nicht nur Teilreinigung
- Keine Beschwerden mehr! Kompromisslos saubere und geruchsfreie Benutzung garantiert.
- Monatliche Einnahmen statt monatlicher Kosten.
- Ressourcenschonende, ökologische Lösung durch intelligent regulierte Verbrauchsmaterialien.
- Vandalismussicher! Materialien wie Edelstahl und Glasfaser sind hart im Nehmen.
- Ob Kauf- oder Mietkauf, Sie investieren in eine sichere Kapitalanlage.
- Barrierefrei nach neuesten Richtlinien (DIN-Standard/ Ö-Norm)
- Nach jeder Benutzung wird die Kabine inkl. Boden und Rückwand mit 6,5bar vollständig gereinigt, die Schüssel eingefahren und zusätzlich getrocknet und desinfiziert- alles in nur 45 Sekunden!
- Geruchsfrei- durch einen hundertprozentigen

Luftaustausch nach 42 Sekunden

- Missbrauch unmöglich, nach einer einstellbaren Zeit öffnet sich die Tür nach mehrmaligen Warntönen automatisch
- Ausstattungen wie Abfallbehälter, Wickeltisch, Kleiderhaken lassen keine Wünsche offen
- Bioline ist mit etwa 90% der absolute Marktführer in Sachen Automatiktoiletten
- Grundsätzlich gilt- 1 Bioline TRIAX ersetzt 3 konventionelle Toiletten
- Eine große Referenzliste sowie ein unverbindliches Gespräch kann jederzeit angefragt werden

Individuelle Lösungen:

- Die „TRIAX Monoblock“ wird von Bioline per LKW angeliefert, vorzubereiten ist lediglich ein Fundament sowie Anschlüsse für Wasser, Strom und Kanal- schon nach 20 Minuten ist die Toilette betriebsbereit. Für stark frequentierte Plätze gibt es Lösungen mit separatem Raum für Urinale.
- Sollen bestehende Sanitäranlagen umgebaut werden, so kommt „TRIAX Technologie“ zum Einsatz. Bioline plant für Sie die Anlage in bereits bestehende Gebäude, schon nach wenigen Tagen Umbau haben Sie eine moderne Toilette 2.0
- Auch Neubauprojekte lassen sich einfach mit unserer „TRIAX Technologie“ aufwerten. Die Planung und Umsetzung übernimmt Bioline gerne für Sie.



DIE Visitenkarte Ihrer Gemeinde... ...eine TRIAX - Automatiktoilette

*selbstreinigend - behindertengerecht - vandalismussicher
hygienisch, sauber, geruchsfrei*

Die Komplettlösung der Hygieneprobleme
BIOLINE Handels GesmbH - 6075 Tulfes/Tirol - Tel.0664 1656006
mail: info.bioline-toiletten@a1.net | www.bioline-toiletten.com



Das Geheimnis der Länder-Gemeinde-Transfers

Sowohl manche Länder als auch die Gemeinden versichern, dass sie stärker mit Transfers belastet sind, als die jeweils andere Gebietskörperschaft. Im Rahmen einer Studie hat das KDZ diese unterschiedlichen Sichtweisen aufgeklärt, die Bedeutung der Transfers für die Länder- und Gemeindeebene herausgearbeitet und ein konkretes Paket an Reformmaßnahmen geschnürt.

Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung

Das Problem mit Transparenz und Komplexität

Die Studie zu den Länder-Gemeinde-Transfers hat eine gesamthafte Sicht auf die Transerverflechtungen zwischen Gemeinden und Ländern zum Ziel. Hierbei wurden auch Finanzierungs- und Organisationseinheiten außerhalb der Länder- und Gemeindehaushalte berücksichtigt. Dadurch ergab sich jedoch ein sehr komplexes Beziehungs- und Finanzierungsgeflecht mit teils intransparenten Finanzierungsströmen (Abb. 1). Auf der einen Seite bestehen Transfers der Gemeinden an die Länderebene. Die Gemeindetransfers gehen dabei nicht nur direkt an die Länder, sondern teilweise auch an weitere landeseigene/-nahe Einheiten. Beispiele sind der Sozialfonds in Vorarlberg, die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark oder die Landesgesundheitsfonds in einzelnen Bundesländern im Rahmen der Krankenanstaltenfinanzierung. Auf der anderen

Seite umfassen die Transfers von den Ländern an die Gemeindeebene nicht nur direkte Förderungen an die Gemeinden, sondern auch Förderungen an gemeindeeigene Einheiten, wie insbesondere Gemeindeverbände oder gemeindeeigene Gesellschaften. Für eine Gesamtbeurteilung ist es daher notwendig, die landeseigenen/-nahen Einheiten auch in die Betrachtung miteinzubeziehen. Das ist jedoch auf Basis der vorhandenen Datenlage oftmals nicht möglich.

Gemeindeebene wird zugunsten der Länderebene belastet

Betrachtet man nun „nur“ die Länder- und Gemeindehaushalte ergibt sich das folgende Bild (Abb. 2): Aus Gemeindesicht besteht in sämtlichen Bundesländern ein negativer Transfersaldo. Es werden mehr Transfers an die Länderebene geleistet als Transfers an die Gemeinden getätigt werden (verkürzt: Umlagen übersteigen Förderungen). Aus Ländersicht weisen die Bun-

desländer Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg ebenfalls einen negativen Transfersaldo aus. In den Rechnungsabschlüssen dieser Länder übersteigen die Transferausgaben an die Gemeindeebene die Transfereinnahmen von der Gemeindeebene (verkürzt: Förderungen übersteigen Umlagen). Dadurch ergibt sich, dass sowohl die Länder als auch die Gemeinden behaupten können, dass sie mehr Transfers zahlen als erhalten.

Diese Sichtweise ist jedoch nicht korrekt, da vor allem die direkten Zahlungen von Umlagen an landeseigene/-nahe Einheiten berücksichtigt werden müssen (v.a. Landesgesundheitsfonds, Sozialhilfeverbände). So kann davon ausgegangen werden, dass die Verbuchung in den Gemeindehaushalten deutlich näher an der Wahrheit liegt als die in den Länderhaushalten. Für eine tatsächliche Beurteilung wäre die Offenlegung der Gebarung der landeseigenen/-nahen Einheiten notwendig.

Schlechtes Gesamturteil

Eine Analyse der Länder- und Gemeindetransfers zeigt insgesamt eine sehr hohe Bedeutung von Transfers für die Finanzmittelausstattung von Ländern und Gemeinden und damit eine hohe Abhängigkeit. Insbesondere die Gemeindeautonomie wird durch das derzeitige Transfersystem eingeschränkt, da die Umlagen einen immer stärkeren Eingriff durch die Länder in die laufende Gebarung der Gemeinden bedeuten und Mitsprachemöglichkeiten bei der Gestaltung der Transferbeziehungen kaum vorhanden sind. Zahlreiche Transfers können in weiterer Folge als intransparent und nicht nachvollziehbar bezeichnet werden. Insbesondere die großen Bundeslandunter-

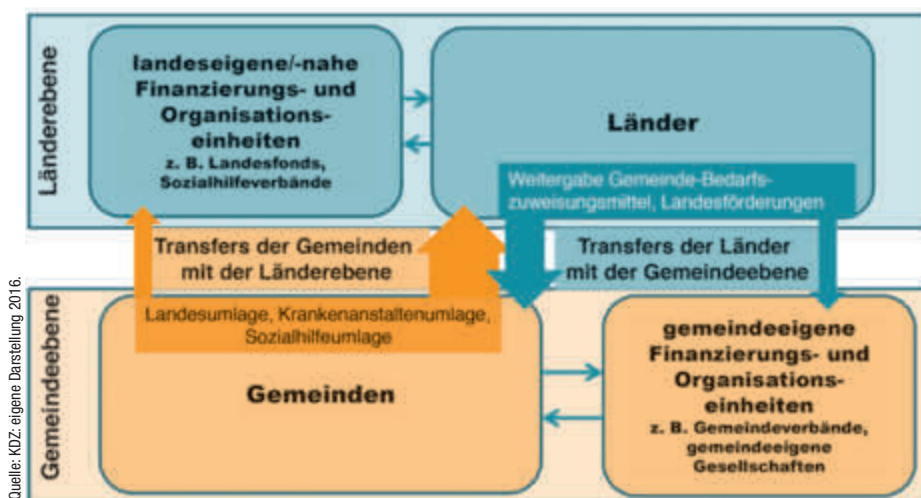


Abbildung 1: Transferbeziehungen zwischen Länder- und Gemeindeebene.

schiede bei den Länder-Gemeinde-Transfers werfen Fragen hinsichtlich Verteilungsgerechtigkeit auf.

Notwendige Reformen

Durch eine Reform der Länder-Gemeinde-Transfers können die Transferbeziehungen neu ausgerichtet, insgesamt eingedämmt und einander angenähert werden. Weiters sollte damit eine verbesserte Abstimmung mit dem bundesweit einheitlichen Finanzausgleich erfolgen.

Ausrichtung einer Reform

Folgende Aspekte sollten bei einer Reform berücksichtigt werden (Abb. 3):

- **Gewünschte Wirkung:** Es gilt zu klären, welche Ziele in welchem Ausmaß verfolgt werden sollen (v.a. Wachstums-, Effizienz- und Gleichheitsziele).
- **Überprüfen der Zielerreichung:** Regelmäßige Evaluierung der erzielten Wirkungen der Transferströme (z.B. Verteilungswirkungen auf die finanzielle Situation der Gemeinden).
- **Transparenz:** Gegenüber der aktuellen Situation sollte die Transparenz der Gemeinde-Länder-Transferbeziehungen jedenfalls erhöht werden. Dies betrifft beispielsweise die Ausgestaltung einzelner Transferbeziehungen (z.B. Vergabekriterien, nachvollziehbarer Nachweis zur Umlagenhöhe).
- **Bedeutung der Gemeinde-Länder-Transferbeziehungen und Verhältnis zur Ertragsanteilsverteilung:** Jedenfalls ist zu klären, in welchem Verhältnis die genannten Transfersysteme stehen. Diese sollten einander ergänzen, wobei die Gemeinde-Länder-Transferbeziehungen verstärkt der Feinsteuerung dienen sollten.
- **Stärkung der regionalen Ebene:** Durch eine Adaptierung der Länder-Gemeinde-Transferbeziehungen könnte die bestehende „Raumblindheit“ des Finanzausgleichs zumindest reduziert werden, indem regionale Kooperationen bzw. Konzepte verstärkt berücksichtigt werden.
- **Gemeindeautonomie:** Länder-Gemeinde-Transferbeziehungen müssen den Gemeinden ausreichend Spielraum bieten, damit diese ihre gemeindeeigenen Aufgaben erledigen. Weiters müssen sie stabilitätspolitische Vorgaben erreichen und effizient sowie effektiv agieren.

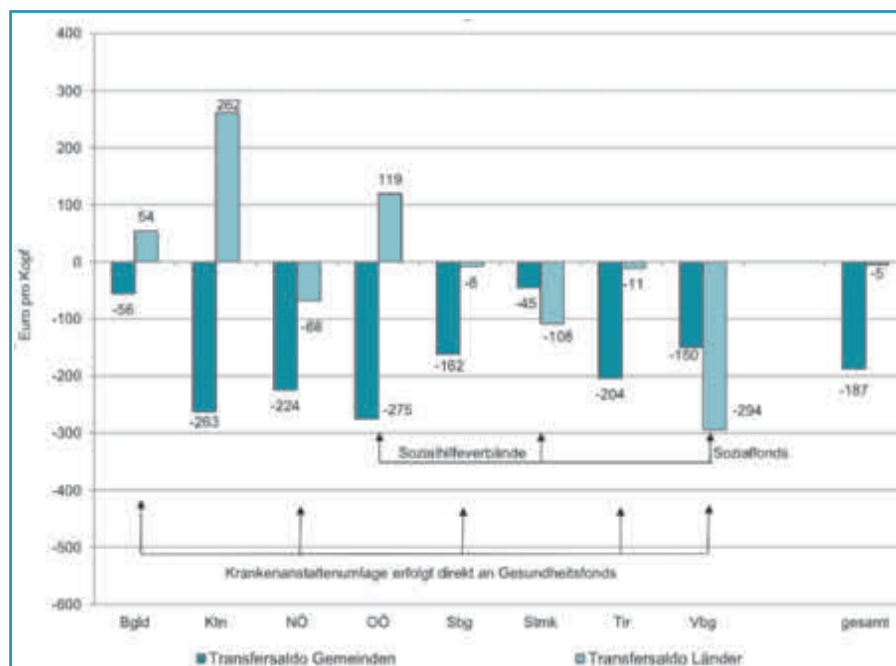


Abbildung 2: Transfersaldo aus Gemeinde- und Ländersicht (ohne landeseigene/-nahe Einheiten), in Euro pro Kopf, 2013.

Anmerkung: Transfersaldo Gemeinden ist: Transfereinnahmen der Gemeinden von der Länderebene minus Transferausgaben der Gemeinden an die Länderebene. Transfersaldo Länder ist: Transfereinnahmen der Länder von der Gemeindeebene minus Transferausgaben der Länder an die Gemeindeebene.

Wichtige Reformbereiche

Eine konkrete zumindest in Teilbereichen umsetzbare Reform sollte dabei die folgenden wichtigen Reformbereiche betreffen:

- **Transferreduzierung:** Abtausch von Umlagen gegen Förderungen und/oder Ertragsanteilen.
- **Jährliche Transferberichte:** Berichtspflicht in den einzelnen Bundesländern zu Transferbeziehungen und Wirkungen.
- **Umlagen:** Stärken der Rolle der Gemeinden durch Mitbestimmungsrechte, Eindämmung der Umlagenhöhe und -dynamik, alternative Verteilungskriterien.

- **Förderungen:** transp. Fördervergabe, Berücksichtigung aufgabenorientierter Kriterien, Förderung von Gemeindekooperation, effizienzsteigernde Maßnahmen.
- In Zukunft sollten die gewünschten Wirkungen im Wesentlichen über die Ertragsanteile erfolgen und die Länder-Gemeinde-Transferbeziehungen nur mehr ergänzend im Sinne einer Feinsteuerung dienen. Demnach werden die bisherigen intra-governmentalen Transferströme zwischen den Ländern und Gemeinden entbehrlich und durch ein neues, reduziertes und transparenteres Transfersystem ersetzt.



Abbildung 3: Reform der Länder-Gemeinde-Transferbeziehungen.

Interview mit Mag.^a Kerstin Suchan-Mayr

Auf eine Schwangerschaft nimmt das politische System keine Rücksicht

Die St. Valentiner Bürgermeisterin Kerstin Suchan-Mayr über die Hürden für Frauen, ein Spitzenamt im Rathaus zu bekleiden.

Vor vier Jahren war ihre Schwangerschaft als Bürgermeisterin ein österreichweites Thema. Mutterschutz für eine Bürgermeisterin ist in den Sozialgesetzen nicht vorgesehen. Sie haben es geschafft, Kind und Amt unter einen Hut zu bekommen. Auf ein zweites Kind wollen Sie aber wegen der zu großen Belastungen verzichten. Ist das einer der Gründe, warum auf den 2359 Bürgermeisteresseln Österreichs zu mehr als 90 Prozent Männer sitzen?

Kerstin Suchan-Mayr: Lange Zeit war Politik nur von Männern bestimmt und somit ist es nicht verwunderlich, dass nur sehr langsam und nur wenige Frauen sich gerade in führenden politischen Positionen engagieren. Auf die Bedürfnisse von Frauen, oder dass eine Frau schwanger werden kann, nimmt das politische System keine Rücksicht. Ich persönlich wusste, worauf ich mich als Bürgermeisterin mit Kind einließ, jedoch denke ich, sollte sich das System insofern ändern, dass egal ob für Frau oder Mann Zeit für Familiengründung und Familie zur Verfügung stehen sollte. Der enorme Zeitaufwand ist sicher für viele Frauen – solange sie noch jüngere Kinder haben und sich um die Familie kümmern – ein Grund, warum sich viele gegen ein politisches Amt entscheiden.

Sie haben sich seit Ihrer Jugend politisch engagiert. War es Ihr Ziel, einmal die Geschichte von St. Valentin maßgeblich mitzubestimmen, und haben Sie sich als Frau überhaupt Chancen ausgerechnet?

Ich habe mich sowohl unter meinen St. Valentiner Gemeinderatskollegen wie auch in der Jugendorganisation als Frau nie benachteiligt gefühlt. Meine Ideen, Meinungen und mein Engagement wurden anerkannt und geschätzt. Mein Ziel war es nicht, Bürgermeisterin zu werden, obwohl ich zehn Jahre zuvor Stadträtin

und zuletzt Vizebürgermeisterin war. Mein Vorgänger ist leider unerwartet und jung verstorben und somit hat das Schicksal entschieden.

Was hat dazu beigetragen, dass Sie das Bürgermeisteramt errungen haben und Anfang des Jahres wiedergewählt worden sind?

Vermutlich die Art, wie ich mein Amt als Stadträtin führte und anschließend als Bürgermeisterin: offen auf die Menschen zuzugehen und ihnen zuzuhören. Hier steht natürlich ein tolles Team in Politik und im Gemeindeamt an meiner Seite. Wichtig ist mir, Entscheidungen für unsere Bürger und Bürgerinnen und unsere Stadt zu treffen und nicht aus politischem Kalkül. Das wird von den Menschen in Sankt Valentin geschätzt.

Offenbar hat auch Ihr Beispiel Schule gemacht, denn nach den Gemeinderatswahlen hat sich der Anteil der Bürgermeisterinnen gerade in Niederösterreich von 44 auf 56 erhöht. Werden wir es noch erleben, dass in den österreichischen Bürgermeisterämtern je zur Hälfte Frauen und Männer regieren oder wäre das nur über die Quote zu erreichen?

In vielen Bereichen hat nur die Quote geholfen, dass Frauen überhaupt die Möglichkeit hatten, in gewisse Gremien zu kommen. Wie gesagt, geht es leider sehr langsam, dass Frauen Bürgermeisterämter übernehmen. Umso mehr Frauen unter den Bürgermeistern sind, umso mehr weibliche Kandidatinnen wird es geben. Die Bevölkerung besteht zu über 50 Prozent aus Frauen, das sollte sich in allen gesellschaftlichen Bereichen – auch unter den Bürgermeistern – abbilden!

Welche Voraussetzungen und Eigenschaften muss eine Frau mitbringen, wenn sie sich um den Cheffosten im Rathaus bewirbt?

Sicher dieselben wie ein Mann. Die Führung des Amtes sollte unabhängig vom Geschlecht gesehen werden, wobei man Frauen mehr Einfühlungsvermögen nachsagt. Bei der Vergabe derartiger Posten spielen aber viele Faktoren – wie Kontakte, personelle Ressourcen und manchmal auch nur zur richtigen Zeit am richtigen Platz zu sein – eine Rolle.

Was müsste sich ändern, damit mehr Frauen das Spitzenamt einer Gemeinde oder Stadt anstreben? Kann die Wirtschaft etwa mit flexibleren Arbeitszeiten für berufstätige Frauen dazu beitragen?

Hier müsste sich vermutlich die Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft gravierend ändern. Hier bin ich aber eher skeptisch. Das ist nicht nur eine Frage der Arbeitsbedingungen, sondern welche Werte den Menschen wichtig sind und wie sie diese Ziele erreichen wollen. Momentan gilt eher, dass der, der am lautesten schreit, gehört wird und nicht derjenige, der vernünftige Vorschläge macht.

Sie haben einmal gesagt, dass die Entlohnung als Bürgermeisterin für Sie eine Frage darstellt, die einmal thematisiert werden sollte. Bitte sehr, jetzt haben Sie dazu Gelegenheit. Rentiert es sich pekuniär, angesichts der hohen Arbeitsbelastung, die Amtsgeschäfte einer Stadt zu führen?

Das Bürgermeisteramt ist sicher keines, dass man aufgrund finanzieller Anreize anstrebt. Um bei meinem Beispiel zu bleiben. St. Valentin ist eine Stadt mit 9.878 EinwohnerInnen, wir haben ein Budget von rund 22 Millionen Euro und rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür, dass der Bürgermeister eine hohe finanzielle und rechtliche Verantwortung trägt und jederzeit für die Bevölkerung da ist, erhalte ich 4720,80 Euro brutto im Monat. Die Entlohnung



Mag.^a Kerstin Suchan-Mayr (SPÖ) ist Bürgermeisterin der Stadt St. Valentin in Niederösterreich. Die gelernte Kindergärtnerin und Soziologin ist 40 Jahre alt, verheiratet und hat einen dreijährigen Sohn.

der Bürgermeister zu thematisieren, ist vielerorts schon mit der Tatsache von fehlenden Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten zu begründen, denn kaum jemand wird mit dem Wissen um die hohe Verantwortung und die derzeitige Entlohnung aus der Privatwirtschaft ins Bürgermeisteramt wechseln.

Manche Frauen trauen sich ein Bürgermeisteramt erst zu, wenn die Kinder aus dem Größten heraus sind. Haben Sie ein schlechtes Gewissen gegenüber Ihrem dreijährigen Sohn und Ihrem Mann?

Diese Frage wird immer nur Frauen gestellt. Bei männlichen Kollegen, die Frau und Kinder haben, ist es keine Frage,

dass sie sich voll ihrem Amt widmen, und eine Benachteiligung der Familie steht nie im Raum.

Nein, ich habe kein schlechtes Gewissen. Als Bürgermeisterin habe ich den Vorteil, mein Kind großteils in den Arbeitsalltag integrieren zu können. So war mein Sohn das erste Jahr tagtäglich mit mir im Büro und ich würde sagen, dass aus dieser Zeit auch seine sprachliche, kognitive und soziale Entwicklung profitiert hat. Diese Möglichkeit hat kaum eine berufstätige Mutter. Unsere Familien und die ausgezeichneten Kinderbetreuungseinrichtungen in St. Valentin sind natürlich eine große Unterstützung.

Eine partnerschaftliche Aufteilung und gute Organisation von familiären und Haushaltsaufgaben zwischen meinem Mann und mir sind natürlich Voraussetzung, dass alles gut funktioniert.

*Interview von Manfred Hummel,
freier Journalist*

iKB Eins für alle.

Beratung, Planung und Umsetzung aus einer Hand:

-  Glasfaserinternet und Cloud-Lösungen
 -  LED-indoor- und -outdoor-Beleuchtung
 -  Wasser- und Abwasserservices
 -  Bäder und Saunen
 -  Stromversorgung
 -  Abfallentsorgung und -verwertung
- und viele Leistungen mehr für Innsbruck!**

Wir informieren Sie gerne!
0800 500 502 / www.ikb.at

Energie- und Infrastrukturlösungen für moderne Lebensräume



Fotos: BKA/Andy Wenzel (8)

VERWALTUNGSPREIS



TEILNAHMEBERECHTIGT

Organisationseinheiten im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden) einschließlich Eigenbetriebe und -gesellschaften sowie Kooperationsprojekte mit Partnern (NGOs, Unternehmen, Vereine), sofern die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist. Die Teilnahme ist kostenlos.

KRITERIEN

Projekte müssen sich bereits in Umsetzung befinden; idealerweise Nachweis der Wirkung bzw. des innovativen Charakters.

KONTAKT

Tel. 01 53115 - 207435
E-Mail: iii9a@bka.gv.at
www.oeffentlicherdienst.gv.at/verwaltungsinnovation

Preisregen für den öffentlichen Dienst

Bei der Verleihung des Österreichischen Verwaltungspreises 2016 wurden neben den Verwaltungsbehörden des Bundes und vieler Länder auch die Kommunen Graz, Innsbruck und Wien für innovative Projekte ausgezeichnet.

Er ist eine begehrte Trophäe, eine schöne Anerkennung für zukunftsorientiertes Arbeiten und *der* Katalysator für qualitätsvolle Verwaltungspraxis: der „Österreichische Verwaltungspreis“. Im Vorjahr wurden insgesamt 90 Projekte von Gemeinden, Ländern und der Bundesverwaltung im Bundeskanzleramt eingereicht und von einer ExpertInnenjury in den Kategorien „Moderne Steuerung“, „Dienstleistungen in neuem Design“, „Innovative Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“ sowie „Management von Gender, Diversity und Integration“ bewertet. Die steirische Landeshauptstadt zählt dabei zu den großen Gewinnern. Insgesamt viermal konnten Projektverantwortliche aus Graz am 1. März das Podest im Festsaal des Bundesamtsgebäudes Wien besteigen und als einzige Stadt sogar den Sieg heimholen. Den Hauptpreis erhielt das Referat für Frauen und Gleichstellung unter der Leitung von

Dr.ⁱⁿ Priska Pschaid für das Gender-Mainstreaming-Projekt „Graz stellt gleich“.

Wertvolle Anerkennung

Außerdem heimste das Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz gleich zwei Anerkennungspreise ein: für den proAct-Jugendgemeinderat – ein Partizipationsprojekt, das auch auf andere Kommunen übertragbar ist – sowie für das Globalbudget und dessen Steuerungsmöglichkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch der innovative Leistungsbericht des Hauses Graz „Graz unter der Lupe“ wurde mit einer Urkunde bedacht. Über die tolle „Ausbeute“ zeigte sich Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel, der die Delegation nach Wien begleitet hatte, sehr erfreut: „Der Verwaltungspreis ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine großartige Anerkennung – auch wenn er kein Geld bringt. Vielfach wird zukunftsweisende



Preisverdächtige Kommunen: Graz freut sich über den Hauptpreis „Graz stellt gleich“ (li. oben: C. Miedl, E. Wagner, H. Cortolezis, U. Zeder, P. Pschaid, MD M. Haidvogel, S. Steßl) und den Anerkennungspreis für den proAct-Jugendgemeinderat (großes Bild, Seite 56, mit Staatssekretärin S. Steßl). Urkunden erhielten auch die MA 38 für das „Papierlose Labor“ (re. unten: K. Mifek, M. Safer, M. Hofer), das Innsbrucker Projekt „Videodolmetschen“ (li. unten: MD B. Holas, N. Köfler) und die Innsbrucker Verkehrsbetriebe mit „Wir bewegen gemeinsam die Stadt“ (re. oben: B. Haidacher, S. Steger, S. Steßl).

Arbeit von der eigenen Organisation und den Bürgerinnen und Bürgern als selbstverständlich angesehen. Da tut eine Auszeichnung von außen gut.“

Diese wurde auch den Kommunen Wien und Innsbruck zuteil. So erhielt die MA 38 - Lebensmitteluntersuchung Wien für ihr ausgeklügeltes Labordaten-Informationen-Management-System, das einen elektronischen Aktenlauf weitgehend möglich macht, ebenso einen Anerkennungspreis wie die Stadt Innsbruck für das Projekt „Videodolmetschen“ (Übersetzungshilfe für 14 Sprachen). Die Jury ebenfalls überzeugt haben die Innsbrucker Verkehrsbetriebe mit dem Thema „Wir bewegen gemeinsam die Stadt. Gender, Diversity und Integration bei den IVB“.

Preis als Innovationsmotor

„Der Verwaltungspreis ist ein geeigneter Motor, um die exzellenten Beispiele in die Breite zu tragen und unsere Innovationskraft zu stärken und weiterzuentwickeln. Der öffentliche Dienst hat die Aufgabe, den kontinuierlichen Wandel der Gesellschaft zu begleiten und mitzugestalten. Damit können wir Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand unterstützen und nachhaltig sichern“, betonte Staatssekretärin Mag.^a Sonja Steßl, die die Preisverleihung

vornahm. Neben der Chance auf die Auszeichnung eines Projekts ermöglicht der Verwaltungspreis auch den Praxisaustausch und Wissenstransfer sowie die aktive Auseinandersetzung mit Verbesserungen und Potenzialen im eigenen Arbeitsbereich, und trägt zur Vernetzung und Förderung von Kooperationen bei.



4

HAUPTPREISE

und 16 Anerkennungsurkunden für zukunftsweisende Projekte verteilten sich beim Österreichischen Verwaltungspreis 2016 auf die Kategorien „Moderne Steuerung“, „Dienstleistungen in neuem Design“, „Innovative Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“ sowie „Management von Gender, Diversity und Integration“. Zusätzlich wurden vier Sonderpreise auf Grundlage externer Votings verliehen.

6

MAL

wurde der Österreichische Verwaltungspreis bereits verliehen: 2005, 2006, 2008, 2010, 2013 und aktuell 2016.

90

EINREICHUNGEN

langten von 10. Juni bis 16. September 2015 auf <https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/> ein.

Ausgezeichnetes Graz: Steuerungsmodell des Globalbudgets in der Kinder- und Jugendhilfe (oben: I. Krammer, I. Pankenhofer) und der innovative Leistungsbericht des Hauses Graz (unten: J. Schenk, K. Hirschmugl).

Strategieplan gegen Urbane Hitzeinseln

Von der Fassadenbegrünung bis zu neuen Parkanlagen präsentiert die Wiener Umweltschutzabteilung rund 90 Maßnahmen für eine natürliche Kühlung in der Stadt.

Brütende Hitze in der Stadt: Im dicht bebauten Gebiet ist es dann gleich noch einmal deutlich heißer und drückender: Asphalt, Beton und Dächer sorgen dafür, dass die Temperaturen im direkten Umfeld noch weiter steigen. Es entstehen regelrechte städtische Hitzeinseln – „Urban Heat Islands“. Das Phänomen ist schon länger bekannt, nimmt aber durch den Klimawandel noch weiter zu, sofern nicht Gegenmaßnahmen getroffen werden, um diese Entwicklung zumindest abzumildern. Wien ist eine der ersten Städte Europas, die dieses Thema gemeinsam mit ExpertInnen aus der Wissenschaft und mit europäischen Partnerstädten erforscht und gezielte Gegenmaßnahmen entwickelt hat. Diese werden bereits Schritt für Schritt umgesetzt. Als Basis dient der nun vorliegende „Urban Heat Islands - Strategieplan Wien“ (UHI-STRAT Wien), der Wiener Umweltschutzabteilung - MA 22. „Im Rahmen unseres Central-Europe-Projektes zum Thema städtische Hitzeinseln zeigte sich, dass trotz der zahlreichen bisher gesetzten Aktivitäten weitere Anstrengungen notwendig sind, um den negativen klimatischen Auswirkungen der urbanen Hitzequellen ausreichend zu begegnen“, berichtet Karin Büchl-Krammerstätter, Leiterin der Wiener Umweltschutzabteilung - MA 22.



MA22/Barbara Mayr (2)

Grünräume für die wachsende Stadt

Was den Effekt des lokalen Aufheizens deutlich reduziert, ist die städtische grüne Infrastruktur: Seien es Parks, Alleen, begrünte Gebäude, landwirtschaftliche Flächen, aber auch offene Wasserflächen. Daher ist es gerade in einer wachsenden Stadt wie Wien besonders wichtig, vorausschauend Maßnahmen zur Reduktion derartiger Urbaner Hitzeinseln zu setzen.

Der „Urban Heat Islands - Strategieplan Wien“ wurde unter Federführung der Wiener Umweltschutzabteilung erarbei-

tet, um einerseits auf diese Thematik aufmerksam zu machen und gleichzeitig auf mehreren Ebenen konkrete Schritte zur Verbesserung des lokalen Stadtklimas zu setzen. Rund 90 derartige Maßnahmen werden im UHI STRAT Wien beschrieben und deren Wirkungen, Synergien und Herausforderungen bei der Umsetzung dargestellt.

Pflanzen, Wasser und Schattenspenden

Die Möglichkeiten zur Reduktion der Hitzeinseln reichen von der Erhöhung des Grünanteils in Straßen und Freiräu-



Rohrsysteme aus duktilem Guss

men über die Begrünung und natürliche Kühlung von Gebäuden, der Erhöhung des Anteils offener Gewässer in der Stadt bis hin zur Beschattung von Freiräumen und Wegen.

Die Umsetzung erfolgt teils fachübergreifend auf unterschiedlichsten Ebenen der Stadt Wien – wie etwa dem forcierten Pflanzen von Bäumen, Büschen und anderen Grünflächen im Straßenraum. Oder durch Fassadenbegrünungen – wie etwa an der Fassade der MA 48-Zentrale am Margareten Gürtel. Vor allem in Stadterweiterungsgebieten wird dabei auch strategisch vorgesorgt – so ist etwa eines der Ziele bei der Errichtung der Seestadt in Aspern, dass es nach Fertigstellung möglichst keine Straße ohne Baum geben soll.

Grün auf Dächern, Fassaden und in Innenhöfen

Gleichzeitig wurden aber auch PPP-Modelle entwickelt, um gemeinsam mit privaten PartnerInnen die Schaffung von kühlenden Inseln zu unterstützen – seien es Fassadenbegrünungen, Dachbegrünungen, Innenhofbegrünungen oder beispielsweise ein Regenwassermanagement mit offenen Wasserflächen.

Nicht zuletzt können aber auch die BewohnerInnen der Stadt selbst mithelfen, das lokale Klima in der Stadt deutlich zu verbessern. Hier gilt der Grundsatz: „Jeder einzelne Pflanzentrog hilft bereits und arbeitet wie eine kleine Klimaanlage – gänzlich ohne Strom“, betont die MA 22-Leiterin Karin Büchl-Krammerstätter.



Bis zu zwölf Grad heißer

Wie Untersuchungen zeigten, sind es mehrere Faktoren, die urbane Hotspots verstärken: Zum einen speichern Gebäude und versiegelte Oberflächen die Energie stärker als natürliche Oberflächen. Denn bei bewachsenen Flächen kühlen Verdunstungsprozesse die Umgebung. Dazu kommt dann noch die Abwärme aus Betrieben, Klimaanlage und Kraftfahrzeugen. Und nicht zuletzt sind die bebauten Flächen eine Barriere für den Luftaustausch und blockieren das „kühle Lüfterl“ aus den umliegenden Wäldern und Landflächen.

Im Schnitt führt das zu einem Temperaturunterschied zwischen Stadt und Land von

bis zu zwölf Grad. Auch fällt in den dicht bebauten Gebieten die Nachtabkühlung deutlich geringer aus – die in den Sommermonaten besonders wichtig für die Erholung der BewohnerInnen ist.

Gleichzeitig zeigen sich die Folgen des Klimawandels auch in Wien: Gab es zwischen 1961 und 1990 noch im Durchschnitt 9,6 Hitzetage pro Jahr so stieg dieser Wert bis 2010 bereits auf durchschnittlich 15,2 Hitzetage. Von einem Hitzetag wird gesprochen, wenn die Tagestemperatur die 30°-Marke überschreitet.



INFOS:

Den vollständigen „Urban Heat Islands - Strategieplan Wien“ können Sie auf der Website der Wiener Umweltschutzabteilung - MA 22 direkt downloaden oder als Druckversion bestellen:
www.umweltschutz.wien.at/raum/uhi-strategieplan.html

9. Österreichischer Radgipfel – Burgenland 2016

23. bis 24. Juni 2016 im Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt

Der 9. Österreichische Radgipfel findet dieses Jahr grenzüberschreitend im Burgenland statt. Der Radgipfel setzt neue Impulse im Bereich der Kinder- und Jugendmobilität und zeigt Möglichkeiten zur Transformation des Fahrrades vom Tourismusverkehr zum Alltagsverkehr auf. Nationale und internationale ExpertInnen werden bei Vorträgen und Workshops Erfahrungen aus Projekten und der Forschung präsentieren.

Wir laden Sie herzlich ein, am Radgipfel 2016 teilzunehmen!

Anmeldung und Informationen zum Programm und zur Fachexkursion unter: www.radgipfel2016.at

Die Teilnahme ist kostenfrei.



Die neuen Landesverwaltungsgerichte: Grundlagen – Organisation – Verfahren



Peter Bußjäger / Anna Gamper /
Christian Ranacher / Niklas Sonntag (Hrsg.)
117. Schriftenreihe des Institut für Föderalismus
new academic press
€ 30,90
ISBN 978-3-7003-1879-8
221 Seiten, broschiert

Mit der den österreichischen Verwaltungsrechtsschutz grundlegend reformierenden Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 bekommen die Bundesländer erstmals Anteil an der Judikative. Der vorliegende Band widmet sich im Besonderen Rechtsfragen in Zusammenhang mit den Landesverwaltungsgerichten, die ab 1. Jänner 2014 tätig sind. Die Beiträge behandeln verfassungsrechtliche Grundlagen, organisationsrechtliche Rahmenbedingungen sowie ausgewählte Probleme des Verfahrensrechts der neuen Gerichte. Die Analyse der Tragweite dieser durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 bewirkten umfassenden Rechtsschutz- und Verwaltungsreform war Gegenstand einer am 11. und 12. April 2013 in Innsbruck veranstalteten Tagung, die sich der Thematik aus den drei Perspektiven „Grundlagen – Organisation – Verfahren“ annäherte und dabei bewusst einen Fokus auf die neuen Landesverwaltungsgerichte und die Auswirkungen auf die Landesverwaltungen legte. Dementsprechend spannen die in diesem Band versammelten Schriftfassungen der Tagungsbeiträge von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis den Bogen von ganz grundlegenden verfassungs- und unionsrechtlichen Aspekten über Grundsatzfragen der Organisation der neuen Landesverwaltungsgerichte und der Auswirkungen auf die Ämter der Landesregierungen bis hin zum neu auszumessenden Verhältnis zwischen Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten erster Instanz sowie zentralen Fragen des neuen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens einschließlich der neuen Rolle des Verwaltungsgerichtshofes. Die in diesem Band veröffentlichten Ergebnisse der Tagung sollen – so die Herausgeber – einen Beitrag zur soeben beginnenden wissenschaftlichen Durchdringung und Aufarbeitung der zahlreichen Fragen leisten und damit auch allen in der Praxis mit den neuen Landesverwaltungsgerichten befassten Personen nützlich sein.

Dr. Johannes Schmid, Österreichischer Städtebund



KONSUMENT-Buch: Nachhaltig leben

Susanne Wolf, Verein für Konsumenteninformation (VKI) (Hrsg.)
€ 14,90, ISBN 978-3-99013-028-5
160 Seiten, Paperback

Umfragen besagen, dass mehr als die Hälfte der österreichischen Verbraucherinnen und Verbraucher an nachhaltigem Konsum interessiert ist – allerdings setzen nur etwa zehn Prozent der Befragten dieses Anliegen auch in die Praxis um. Mit ein Grund: Das Fehlen von kompetenten Informationen und praktikablen Empfehlungen für den Alltag. Hier setzt das KONSUMENT-Buch „Nachhaltig leben“ an. Die Publikation bietet eine reichhaltige Sammlung an Tipps für einen verantwortungsvollen und bewussten Lebensstil und zeigt, was jeder Einzelne bzw. jede Einzelne tun kann, um zu einer sauberen Umwelt und fairen Arbeitsbedingungen beizutragen. Gerade im Bereich der Ernährung und Nahrungsmittelproduktion ist vielen Konsumentinnen und Konsumenten Nachhaltigkeit wichtig. Doch wie unterscheidet man heimische von importierten Produkten? Auf welche der vielen Gütezeichen ist Verlass? Und was bedeutet „Bio“ wirklich? Das neue KONSUMENT-Buch beantwortet häufig gestellte Fragen, räumt Unsicherheiten aus und erklärt, wie man durch bewussten Einkauf dazu beitragen kann, dass das Angebot nachhaltig und fair produzierter Lebensmittel weiter wächst. Es beginnt beim Kauf umweltschonender Putzmittel und endet beim Umstieg auf Ökostrom – oft sind es viele kleine Schritte, die zusammen eine große Veränderung bewirken. Welche Möglichkeiten VerbraucherInnen haben, in den eigenen vier Wänden und durch ihre eigenen Konsumentscheidungen Maßnahmen zu setzen, erklärt „Nachhaltig leben“ praxisnah und im Detail. Angeführt werden dabei zahlreiche ökologische und sozialverträgliche Alternativen aus den Bereichen Energie, Reisen, Mode, Kosmetik, Spielzeug, Computer und Handy. Ein umfangreicher Serviceteil mit interessanten Links und Adressen vervollständigt das Angebot. Das Verlangen nach immer neuen Konsumgütern bringt unseren Planeten aus dem Gleichgewicht. Die weltweiten Ressourcen – Rohstoffe, Wasser und Land – sind nicht unerschöpflich. Die Müll-Lawine nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Doch das muss nicht so sein. Das Buch „Nachhaltig leben“ analysiert die aktuelle Entwicklung und zeigt zahlreiche konkrete Handlungsmöglichkeiten auf. Die Devise: „Benutzen statt besitzen“ und „Reparieren statt wegwerfen“. Die Publikation ist im Buchhandel erhältlich und kann beim VKI telefonisch unter 01/588-774 sowie online unter www.konsument.at/nachhaltig-leben bestellt werden.



KONSUMENT-Buch: Steuern sparen 2015/16

Manfred Lappe und Julius Stägel, Verein für Konsumenteninformation (VKI) (Hrsg.), € 16,90, ISBN 978-3-99013-052-0, 212 Seiten, Paperback

Wer großes Vermögen besitzt, hat in der Regel auch die Mittel, alle Möglichkeiten der komplizierten Steuergesetzgebung auszuschöpfen. „Kleine Steuerzahler“ dagegen kapitulieren oft vor dem Dschungel aus Klauseln und Bestimmungen. Die überarbeitete Auflage des KONSUMENT-Buchs „Steuern sparen“ wendet sich direkt an ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen und zeigt, wie auch sie von Steuererleichterungen und -nachlässen profitieren können. Einfach und anschaulich erklärt der Ratgeber Begriffe wie „Werbungskosten“ und „Sonderausgaben“, beschreibt Fallbeispiele aus der Praxis und führt vor, wie man auf legale Weise Geld spart. Wie kann ich meine Steuerlast selbst berechnen? Welche Formulare benötige ich? Klar strukturiert und

mit Hilfe konkreter Beispiele erläutert das Buch die Besonderheiten des österreichischen Steuersystems und hilft bei der ersten Orientierung. Der Schnelltest „Wann krieg ich Geld vom Finanzamt zurück?“ zeigt, wer aller Anspruch auf Rückzahlungen hat und für wen sich eine Steuererklärung lohnen könnte. Ob Mehrkindzuschlag, Negativsteuer oder Pendlerpauschale – wer keinen Jahresausgleich macht, verschenkt übrigens Geld. „Steuern sparen“ bietet eine kompakte Übersicht über Einsparungsmöglichkeiten und zeigt, wie man seine Steuern im Nachhinein erstattet bekommt. Darüber hinaus gibt das Buch eine Reihe weiterer Tipps zum vorausschauenden Sparen, wobei auch zusätzliche Einkünfte, z.B. aus Vortragsstätigkeiten, Kapitaleinkünften oder Vermietung und Verpachtung, berücksichtigt werden. Ergänzend zur rechtlichen Information bietet der Ratgeber im Anhang einen ausführlichen Serviceteil. Die Sammlung von Musterbriefen und Webadressen ist ein nützlicher Nachschlag katalog, der helfen kann, Missverständnisse, Fehler oder Verzögerungen im Umgang mit den Behörden zu vermeiden. Das Buch ist im Buchhandel und beim VKI unter 01/588-774 erhältlich bzw. kann online auf www.konsument.at/steuern-spahren bestellt werden, wo es auch eine kostenlose Leseprobe gibt.

SO ODER SO ODER SO: WIENERGIEBÜNDEL SICHERN SICH DEN PASSENDEN TARIF!



MEGA Float, MEGA Garant und MEGA Float Cap – die Strom- und Erdgasstarife für Unternehmer.

- sparen Sie bei den Energiekosten
- profitieren Sie von 100 % Ökostrom bzw. 5 % Biogasanteil*
- holen Sie mehr für Ihr Unternehmen heraus auf wienenergie.at/business



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

* Optional bei MEGA Float, MEGA Garant und MEGA Float Cap.



www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Wasserkraft	48,85 %
Windenergie	6,17 %
feste oder flüssige Biomasse	3,45 %
sonstige Ökoenergie	1,72 %
Erdgas	39,81 %
CO ₂ -Emissionen	136,48 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,00 mg/kWh

Stromkennzeichnung: Gemäß § 78 Abs. 1 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung 2011 hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.10.2013 – 30.9.2014 auf Basis der in der untenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Die Herkunftsnachweise stammen aus Österreich (71,48 %), Norwegen (19,41 %), Niederlande (3,97 %), Schweden (3,36 %) und Finnland (1,78 %). Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt. Gemäß § 78 Abs. 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung 2011 entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle.

DIE BETRIEBSSTÄTTE IM KOMMUNALSTEUERRECHT

Der Betriebsstättenbegriff ist ein wesentliches Tatbestandsmerkmal im Rahmen der Kommunalsteuererhebung. Die gesetzlichen Bestimmungen des Kommunalsteuergesetzes und der Bundesabgabenordnung, aber auch die höchstgerichtliche Rechtsprechung haben diesen Gesetzesbegriff geprägt. Die folgende kurze Abhandlung soll eine Interpretation dieses terminus technici und seine rechtlichen Auswirkungen bei der Kommunalsteuererhebung darstellen.

1. Rechtsgrundlagen

Als Betriebsstätte gilt gemäß § 4 Abs. 1 KommStG jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die mittelbar oder unmittelbar der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit dient. Näher definiert § 29 Abs. 1 BAO Betriebsstätten als feste örtliche Anlagen oder Einrichtungen, welche der Ausübung eines Betriebes oder wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes dienen und führt insbesondere die Geschäftsleitung, Zweigniederlassungen, Fabrikstätten, Warenlager, Geschäftsstellen und sonstige Geschäftseinrichtungen sowie Bauausführungen an.

2. Tatbestandskriterien

2.1. Räumliches Kriterium

Der Gesetzgeber verlangt nicht eine bestimmte Größe oder Gestaltung einer Betriebsstätte, sondern es muss sich lediglich um feste Anlagen oder Einrichtungen handeln; die in der Bundesabgabenordnung demonstrativ angeführten Beispiele für Betriebsstätten sind derartige Anlagen oder Einrichtungen. Neben den dort demonstrativ angeführten Betriebsstätten, wie Geschäftsleitungen, Geschäftseinrichtungen mit typischen Betriebsstättencharakteristika zählen jedoch zu den Betriebsstätten im Sinne des österreichischen Steuerrechts im weitesten Sinne auch etwa Werbeflächen oder befestigte Parkplätze. Selbst die vom Verfügungsberechtigten Unternehmen an Handelsvertretern zur Verfügung gestellte Wohnungen oder Wohnhäuser, in denen und von denen aus Dienstnehmer des Un-

ternehmens ihre gewerbliche Tätigkeit entfalten, können als Betriebsstätten gewertet werden (VwGH-Erkenntnis vom 12.12.1995, Zl. 94/14/0060).

Marktfahrer und damit Handelsgewerbetreibende nach § 154 Abs. 5 GewO 1994 üben ihr Gewerbe durch Umherziehen (Wandergewerbe) und durch das Beziehen von Märkten aus und bieten dort den Kleinverkauf von Lebensmitteln und sonstigen Waren an, üben jedoch ihr Gewerbe nicht auf festen Anlagen und Betriebsstätten aus; im Falle derartiger Wanderunternehmen ist die Bemessungsgrundlage des Unternehmers im Verhältnis der Betriebsdauer auf die Gemeinden zu zerlegen (§ 10 Abs. 2 KommStG).

2.2. Zeitliches Kriterium

Obwohl in den einschlägigen Rechtsnormen dies nicht expressis verbis gefordert wird, muss man doch im Hinblick auf die bisherige Verwaltungspraxis und Rechtsprechung davon ausgehen, dass auch eine gewisse (etwa annähernd sechsmonatige Dauer) Nachhaltigkeit für eine Betriebsstätte vorliegen muss. Diese Problematik wird vor allem für Kojen auf Handelsmessen zutreffen, wo eine relativ zeitmäßig kurze, aber ständig wiederholende Inanspruchnahme (Verfügungsberechtigung) eines derartigen Standplatzes eine Betriebsstätte begründen könnte. Kurzfristige Verfügbarkeit über Räumlichkeiten, wie etwa tageweise Standplätze in Supermärkten oder das Anmieten von Räumlichkeiten für Seminarveranstaltungen oder Unterhaltungsveranstaltungen kommt keine derartige Nachhaltigkeit zu, um eine Betriebsstätte damit realisieren zu können.

2.3. Funktionelles Kriterium

Die Betriebsstätte muss funktionell dem kommunalsteuerpflichtigen Unternehmen dienen, was auch aus dem Begriff mittelbar bzw. unmittelbar zum Ausdruck kommen soll. Nachdem sich die Kommunalsteuer nicht am Gewerbebetrieb der Gewerbeordnung, sondern am Unternehmensbegriff im Sinne des Umsatzsteuergesetzes orientiert,

erstreckt sie sich auf alle Einkunftsarten und damit verbundenen Betriebsstätten des Einkommenssteuerrechts, ausgenommen Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit.

Durch den Begriff „der unternehmerischen Tätigkeit dienen“ im § 4 KommStG stellt der Gesetzgeber einen Konnex zwischen Anlagen und Einrichtungen einerseits und der unternehmerischen Tätigkeit andererseits her (VwGH-Erkenntnis vom 28.3.2001, Zl. 96/13/0018, zu Miethäusern als Betriebsstätten). Die Anlage oder Einrichtung muss der unternehmerischen und damit auch der freiberuflichen Tätigkeit dienen; den beispielsweise im Zusammenhang mit einer Ordinationspraxis stehenden Privaträumlichkeiten kommt daher kein Betriebsstättencharakter zu.

2.4. Rechtliches Kriterium

Die Verfügungsgewalt über die Betriebsstätte geht lediglich indirekt aus den Rechtsnormen und vor allem aus der dazu ergangenen, reichhaltigen Rechtsprechung der Höchstgerichte hervor. Die Verfügungsgewalt kann bewirkt werden durch Eigentum, durch Miete oder Pacht durch den Unternehmer, aber auch durch die unentgeltliche Bereitstellung von Anlagen und Einrichtungen an den Unternehmer. Gerade im letzten Fall wird es jedoch darauf ankommen, dass der Unternehmer mit der Verfügungsgewalt eine Rechtsposition eingeräumt bekommt, dass er diese gegenüber Dritten rechtlich durchsetzen kann. Wohnungen und Räumlichkeiten, die der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit dienen, können jedoch nur dann (kommunalsteuerpflichtige) Betriebsstätten sein, wenn sie in der Verfügungsgewalt des Unternehmers, nicht aber des jeweiligen Dienstnehmers, wie etwa Handelsvertreters, stehen. Keine Verfügungsgewalt wird auch eingeräumt, dass beispielsweise Reinigungskräfte Räumlichkeiten reinigen, Lagerarbeiter in fremden Betrieben die Regale auffüllen oder Handwerker irgendwelche Sanierungsarbeiten vornehmen; das bloße oftmals zitierte „Besenkammerl“ wird keine Betriebsstätte sein.

Keine Verfügungsgewalt wird auch Fluglinien eingeräumt, wenn deren Piloten im Ausland Flughäfen anfliegen und die Räumlichkeiten dort, wie auch die Passagiere, lediglich betreten können; für das Vorliegen einer Betriebsstätte wäre zumindest einerseits eine gewisse Verfügungsgewalt der Fluglinie über Räumlichkeiten auf diesem Flughafen und andererseits die Berücksichtigung eines allfälligen Doppelbesteuerungsabkommens erforderlich.

3. Mehrgemeindliche Betriebsstätten

3.1. Formen

Betriebsstätten, welche sich über zwei oder mehrere Gemeinden erstrecken, bilden eine mehrgemeindliche Betriebsstätte (§ 10 Abs. 1 KommStG).

Typische mehrgemeindliche Betriebsstätten sind

- Supermärkte mit Geschäfts- und Gewerbelokalen und Parkhäusern (Parkplätze),
- Flughäfen mit Flughafen- und Lagergebäude sowie Hangars,
- Kraftwerke mit Verwaltungsgebäuden und Turbinenobjekten und Staudämmen,

welche Anlagen zumeist jeweils mehrere Gemeinden tangieren.

Versorgungsunternehmen, etwa mit Fernwärme, Erdgas etc., begründen beispielsweise durch verbundene Leitungsanlagen grundsätzlich mehrgemeindliche Betriebsstätten, doch heheberechtigt sind ausschließlich jene Gemeinden, in welchen Anlagen oder Einrichtungen, wie Verwaltungs- oder Speicherobjekte, Heizhäuser, Annahme- und Abgabestellen von Produkten, wie Fernwärme, Erdgas etc. oder deren Derivate vorhanden sind; bloße Leitungsanlagen allein begründen für Gemeinden keine Heheberechtigung im Zusammenhang mit einer mehrgemeindlichen Betriebsstätte.

3.2. Zerlegung

Soweit Gemeinden an mehrgemeindliche Betriebsstätten heheberechtigt sind, können sie mit dem Steuerschuldner eine Einigung herbeiführen (§ 10 Abs. 3 KommStG); sollte dies nicht gelingen, können ausschließlich die Gemeinden einen Antrag auf Zerlegung der Bemessungsgrundlagen gemäß § 10 Abs. 4 KommStG an das Finanzamt stellen, wobei ein entsprechendes berechtigtes Interesse an der Zerlegung darzulegen ist.

Das Finanzamt stellt im Rahmen der Zerlegung auch die sachliche und persönliche Abgabepflicht fest; dem Finanzamt (Abgabenbehörde) ist im Rahmen seiner Entscheidung (Einigung) über die Zerlegung eine billige, globale Abwägung aller Verhältnisse eingeräumt (VwGH-Erkenntnis vom 18.9.2000, Zl. 2000/17/0002).

Das Finanzamt stellt im Rahmen der Zerlegung auch die sachliche und persönliche Abgabepflicht fest; dem Finanzamt (Abgabenbehörde) ist im Rahmen seiner Entscheidung (Einigung) über die Zerlegung eine billige, globale Abwägung aller Verhältnisse eingeräumt (VwGH-Erkenntnis vom 18.9.2000, Zl. 2000/17/0002).

4. Sonderanlagen

4.1. Bergbauunternehmen

Bergbauunternehmen begründen gemäß § 30 Abs. 1 BAO eine Betriebsstätte nur in jenen Gemeinden, in denen sich oberirdische Anlagen befinden und in welchen eine gewerbliche Tätigkeit entfaltet wird; Förderanlagen unter Tag begründen somit keine Betriebsstätte im darüberliegenden Gemeindegebiet. Durch den Begriff „mittelbar“ im § 4 Abs. 1 KommStG gelten bei Bergbauunternehmen auch Mietwohnhäuser, Arbeiterwohnstätten, Erholungsheime udgl. als Betriebsstätten.

4.2. Schifffahrtsunternehmen

Für Schifffahrtsunternehmen und auf Schiffen befindlichen Einrichtungen, wie etwa Restaurationsbetriebe, gilt als im Inland gelegene Betriebsstätte auch der inländische Heimathafen oder der Eintragungs-ort in das Schiffsregister. Sofern beispielsweise ausländische Donaukreuzfahrtschiffe bei österreichischen, an der Donau gelegenen Gemeinden kurzfristig anlegen, begründen sie damit allerdings keine Betriebsstätte.

4.3. Eisenbahnunternehmen

Eisenbahnunternehmen haben eine Betriebsstätte nur in jenen Gemeinden, in denen sich der Verwaltungssitz, Bahnhöfe, Eisenbahnstationen, Werkstätten oder sonstige gewerbliche bzw. technische Anlagen oder Stellwerke befinden.

Dies bedeutet, dass in jenen Gemeinden, in denen lediglich Eisenbahnschienen liegen, keine Betriebsstätte begründet wird; daher wird durch die schienenbezogene Verbindung der Gemeinden zwar grundsätzlich eine mehrgemeindliche Betriebsstätte, jedoch eine Heheberechtigung nur für jene Gemeinden begründet, in welchen sich eine der obgenannten Betriebsstätten befindet. Bei Eisenbahnunternehmen gelten, wie bei Bergbauunternehmen, Mietwohnhäuser, Arbeiterwohnstätten und Erholungsheime udgl. ebenfalls als Betriebsstätten.

Bei Eisenbahnunternehmen gelten, wie bei Bergbauunternehmen, Mietwohnhäuser, Arbeiterwohnstätten und Erholungsheime udgl. ebenfalls als Betriebsstätten.

4.4. Versorgungsunternehmen

Unternehmen, die der Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Erdöl, Wärme oder Kälte oder dessen Derivaten dienen, haben (mehrgemeindliche) Betriebsstätten in jenen Gemeinden, in denen Versorgungsunternehmen die genannten Produkte beispielsweise vom Zentrallager beziehen oder an die einzelnen Haushalte abgeben; in allen jenen Gemeinden, in welchen nur Leitungen geführt werden, wird keine Betriebsstätte begründet.

Ein Elektrizitätsunternehmen bildet jedenfalls eine einheitliche mehrgemeindliche Betriebsstätte (VwGH-Erkenntnis vom 22.11.1995, Zl. 93/15/0114),

- wenn zwischen der Hauptverwaltung den übrigen Anlagen ein enger organisatorischer, wirtschaftlicher und technischer Zusammenhang besteht,
- dies selbst dann, wenn die einzelnen Elektrizitätswerke nicht durch betriebseigene Leitungen untereinander verbunden wären oder deren Hauptverwaltung nicht an das Verteilernetz des Unternehmens angeschlossen wäre.

Im Rahmen des Zerlegungsverfahrens sind unmittelbare Vorteile aus dem Kraftwerksbau, wie etwa Entschädigungszahlungen, nicht aber mittelbare Vorteile aus dem Kraftwerksbau, wie etwa Steigerung der Bundesertragsanteile durch zusätzliche Gemeindebewohner, zu berücksichtigen; Nachteile aus dem Kraftwerksbau, wie bei-

spielsweise Belastungen des Fremdenverkehrs, sind allerdings im Zerlegungsverfahren zugunsten der benachteiligten Gemeinde zu bewerten.

5. Bauausführungen

5.1. Definition

Obwohl der Kommunalsteuergesetzgeber diesbezüglich keine ausdrücklichen Aussagen trifft, gelten nach § 29 Abs. 2 lit.c) BAO als Betriebsstätten auch Bauausführungen, deren Dauer sechs Monate überstieg hat oder voraussichtlich übersteigen wird. Bauausführungen sind alle Arbeiten und Maßnahmen zur Errichtung von Bauobjekten, wie etwa Hochbauten (Wohnhäuser), Tiefbauten (Mineralölbohrungen), Bahnbauten (Gleisverlegungen, Tunnelbauten), Straßenbauten (Autobahnabschnitte). Bauausführungen sind auch nachhaltige Montagen, die zur Errichtung eines Bauwerkes führen, während bloße Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten nicht als Bauausführung gelten (Ritz, „Bundesabgabenordnung – Kommentar“, Linde Verlag, Seite 131).

5.2. Dauer

Bauausführungen gelten nur dann als Betriebsstätte,

- wenn zu rechnen ist, dass voraussichtlich sechs Monate überschritten werden, selbst wenn die Bauausführung letztendlich kürzer dauert,
- ab dem Zeitpunkt der Erkenntnis, dass die Betriebsstätte voraussichtlich länger als sechs Monate dauern wird,
- wobei kurzfristige Zeitunterbrechungen bis zu zwei Wochen miteinzuberechnen sind.

5.3. Ermittlungen

Die Abgabenbehörde ist verpflichtet, alle erforderlichen Ermittlungen durchzuführen, um den Rechtscharakter einer Bauausführung als Betriebsstätte feststellen zu können; die Dauer der Bauausführung kann durch Verträge, Gemeinderatsbeschlüsse, Ausschreibungs- und Angebotsunterlagen etc. festgestellt werden. Es bedarf

daher für die Inanspruchnahme einer Hebeberechtigung, bei gleichzeitiger Negierung einer Bauausführung als Betriebsstätte außerhalb einer Gemeinde, Ermittlungen und Feststellungen der Abgabenbehörde, aus denen geschlossen werden kann, dass eine Bauausführung außerhalb der jeweiligen Gemeinde die Dauer von sechs Monaten in vorhersehbarer Weise und tatsächlich nicht überschritten hätte (VwGH-Erkenntnis vom 28.6.2012, Zl. 2009/16/0075); allein der Umstand, dass der Unternehmer in anderen Gemeinden, in welchen er angeblich Betriebsstätten in Form von Bauausführungen behauptet, keine Kommunalsteuer abgeführt hat, berechtigt eine Gemeinde noch nicht zum Umkehrschluss, dass sie selbst hebeberechtigt ist.

5.4. Zerlegung

Sofern Bauausführungen, etwa im Zusammenhang mit Autobahnabschnitten, gleichzeitig in mehreren Gemeinden erfolgen, ist eine Zerlegung hinsichtlich dieser aus einer längerfristigen Bauausführung resultierenden Betriebsstätte grundsätzlich rechtlich zulässig (VwGH-Erkenntnis vom 9.11.1955, Zl. 3197/54), wobei die üblichen Zerlegungskriterien nach § 10 KommStG zu gelten haben; eine Baukanzlei bildet den unselbständigen Zubehör (Bestandteil) einer Bauausführung.

6. Doppelbesteuerungsabkommen

6.1. Hilfsbetriebsstätten

Unter Hilfsbetriebsstätten versteht man Anlagen und Einrichtungen, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, für das Unternehmen Tätigkeiten auszuüben, die eine vorbereitende oder helfende Tätigkeit (Hilfstätigkeit) darstellen, wie etwa Werbeschauräume. Sofern österreichische Unternehmen derartige (inländische) Hilfsbetriebsstätten unterhalten, handelt es sich nach den einschlägigen Bestimmungen (§ 4 KommStG und § 29 Abs. 2 BAO) um kommunalsteuerpflichtige Betriebsstätten. Sofern ausländische Unternehmen in Österreich Hilfsbetriebsstätten unterhalten, ist ein allfälliges Doppelbe-

steuerungsabkommen, welches sich direkt oder indirekt (Adhäsionsklausel) auf die Kommunalsteuer bezieht, zu berücksichtigen; so würden beispielsweise nach Art. 5 des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Bundesrepublik Deutschland derartige Hilfsbetriebsstätten nicht als Betriebsstätten gelten und wären daher kommunalsteuerfrei. Sofern ausländische Bankunternehmen in Österreich Repräsentanzen unterhalten, werden diese nicht als Hilfsbetriebsstätten, sondern als Betriebsstätten zu werten sein. Bei ausländischen Unternehmen mit Betriebsstätten in Österreich ist daher zu prüfen, ob

- eine Betriebsstätte nach Kommunalsteuerrecht bzw. Bundesabgabenordnung vorliegt,
- auch darüber hinaus eine Betriebsstätte nach dem jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen gegeben wäre.

6.2. Spezifische Betriebsstätten

Mitunter legen aber auch derartige Doppelbesteuerungsabkommen für bestimmte Unternehmen spezifische Kriterien für Betriebsstätten fest; beispielsweise ist nach dem Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland für Fluglinien der Sitz der tatsächlichen Geschäftsleitung kommunalsteuerrelevante Betriebsstätte (VwGH-Erkenntnis vom 3.8.2000, Zl. 99/15/0265).

7. Personalüberlassung

Der Tatbestand der Personalüberlassung hat nach der jüngsten Rechtsprechung Rechtskonsequenzen auf das Vorliegen einer kommunalsteuerpflichtigen Betriebsstätte. Nach der höchstgerichtlichen Entscheidung vom 21.10.2015, Zl. 2012/13/0085, wird im Zusammenhang mit der Arbeitskräfteüberlassung eine Betriebsstätte aufgrund des weiten (mittelbaren) Betriebsstättenbegriffes nicht nur am Sitz des Personalleasingunternehmens, wo die in der Verwaltung des Überlassers tätigen Dienstnehmer agieren, sondern auch dort begründet, wo die an Dritte überlassenen Dienstnehmer in Betriebsstätten tätig

werden, nämlich in den Betriebsstätten der Beschäftigten.

Im Rahmen dieser höchstgerichtlichen Entscheidung sind allerdings noch eine Reihe von Sachverhalts- und Rechtsfragen offen, wie beispielsweise das Vorliegen

- einer festen örtlichen Anlage oder Einrichtung, welcher die überlassenen Arbeitskräfte zurechenbar sind
- eines Doppelbesteuerungsabkommens, welches auf die Kommunalsteuer Bezug nimmt und welches bei der Beurteilung einer Betriebsstätte zu berücksichtigen sein wird
- einer de facto Überlassung von Arbeitskräften nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz oder bloß kurzfristigen Montagetätigkeit.

Dazu kommt, dass der kommunalsteuerpflichtige Tatbestand der Personalüberlassung nicht nur bei der Überlassung im Inland, sondern auch bei der Überlassung ins Ausland jedenfalls grundsätzlich vorliegt und gesetzesgemäß gegeben ist, sofern es sich nicht um eine Entsendung handelt. Das Kommunalsteuergesetz sieht nicht nur bei der Überlassung im Inland, sondern gleichheitsgemäß bei der Überlassung ins Ausland jedenfalls eine Hebeberechtigung der Gemeinde mit dem Sitz des Arbeitskräfteüberlassers für die ersten sechs Kalendermonate und auch im Nachhinein für den Fall der Arbeitsunterbrechung oder des Beschäftigterwechsels vor; diese Hebeberechtigung sollte auch durch das Begründen einer Betriebsstätte im Ausland nicht

negiert werden.

Seitens des Österreichischen Städtebundes ist beabsichtigt, für den Fall der Personalüberlassung vor allem eine Novellierung des § 7 KommStG dahingehend herbeizuführen, dass expressis verbis eine Hebeberechtigung jener österreichischen Gemeinde begründet wird,

- in welcher das Arbeitskräfte überlassende Unternehmen eine Betriebsstätte gemäß § 4 Abs. 1 KommStG unterhält,
- in welcher die überlassenen Personen länger als sechs Monate beschäftigt sind,
- von der aus Personen, unabhängig von der Beschäftigungsdauer, in das Ausland überlassen werden.

*Dr. Peter Mühlberger,
Magistrat Linz, Konsulent*

SEIT ÜBER 30 JAHREN BIETET SIKALÖSUNGEN FÜR NEUBAU UND SANIERUNG VON KOMMUNALEN KLÄRANLAGEN. DAS SCHAFFT VERTRAUEN.



Für mehr Information

SIKA ÖSTERREICH GMBH
Bingser Dorfstraße 23
6700 Bludenz
www.sika.at

Telefon: +43 5 0610 0
Fax: +43 5 0610 1951
E-Mail: info@sika.at



BUILDING TRUST



Ertragsanteilsvorschüsse für April 2016

(Beträge in 1.000 EURO)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 04/2016 ¹⁾	Veränderung ggü. 04/2015	Ertrag für 01-04/2016	Veränderung ggü. 01-04/2015
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	7.524.211	51,4%	30.000.705	14,1%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	661.988	11,9%	1.664.926	6,7%
Lohnsteuer	1.937.517	-11,3%	9.769.364	2,4%
Körperschaftsteuer	1.332.441	4,6%	2.803.813	-3,9%
Umsatzsteuer	2.697.714	9,6%	9.367.832	3,7%
Mineralölsteuer	182.451	1,9%	1.391.417	13,3%
Abgeltungssteuern Schweiz	-8		1.552	2209,0%
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-2	-100,6%	-10	-101,6%
GBA mit speziellen Schlüsseln	239.786	30,7%	802.835	18,5%
davon:				
Bodenwertabgabe	1.223		2.625	-4,6%
Werbeabgabe	8.418	-15,4%	40.868	-0,4%
Grunderwerbsteuer	143.439	61,7%	424.997	36,6%
GBA gesamt	7.763.997	51,4%	30.469.194	14,4%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 04/2016	Veränderung ggü. 04/2015	Vorschuss für 01-04/2016	Veränderung ggü. 01-04/2015
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	24.460	6,3%	89.341	5,3%
Kärnten	57.709	3,9%	214.211	5,0%
Niederösterreich	161.702	7,4%	583.567	6,2%
Oberösterreich	151.855	8,0%	550.647	5,4%
Salzburg	66.531	7,9%	241.564	6,5%
Steiermark	122.591	7,2%	440.438	5,0%
Tirol	84.596	8,7%	308.967	7,6%
Vorarlberg	47.616	14,4%	166.477	7,0%
Wien	253.584	2,6%	926.346	5,8%
Summe	970.645	6,4%	3.521.559	5,9%

IDEEN, DIE WIRKEN

Die Comm-Unity mit Zentrale in Lannach sowie weiteren Standorten in Kärnten, Oberösterreich und im Burgenland ist führender Hersteller von modernen E-Government-Lösungen. Nicht nur das Lokale Melderegister LMR und GeOrg, der Städte und Gemeinde-Organisator, wurden in Lannach entwickelt. Innovative Lösungen wie zaehlerstand.at, Publicware-HR, wahlkartenantrag.at oder das Fremdenverkehrsabrechnungs-Modul FVA für die Gästeabrechnung sind weitere zukunftsweisende Produkte.

VRV 2015 – NICHT NUR VORBEREITET,
SONDERN BEREITS INTEGRIERT

GEMEINDE-IT – QUALITÄTS- UND
SICHERHEITSSTEIGERUNG

SAP TECHNOLOGIE – MARKTFÜHRER
IM ÖFFENTLICHEN BEREICH



GeOrg managt die kommunale Verwaltungsarbeit bereits in mehr als 90 Gemeinden.



Das zentrale Verwaltungsregister für die Melde- und Wahlagen für 1.890 Gemeinden.

WAHLKARTENANTRAG.AT



Sorgt als Bürgerservice bei Wahlen für Furore und erspart den Gemeinden viel Aufwand.

PUBLICWARE HR



Maßgeschneiderte Lohnverrechnung inklusive Stellenpläne, Zeiterfassung, Reisekosten und Budget.

ZAEHLERSTAND.AT



Zählerdaten für Wasserversorger und Energielieferanten. Komfortabel, schnell und professionell.

E-GÄSTEBLATT & FVA-MODUL



Das Plus in der Gästeabrechnung. Derzeit 3.000 Betriebe mit jährlich mehr als 5 Mio. Nächtigungen.

COMM-UNITY



Leben.
Vor dem Raum kommt das

Kompetenz in der Quartiers- und Stadtentwicklung.

Die PRISMA Unternehmensgruppe setzt Initiativen, liefert Impulse für das Leben im Raum. Mit der sozialen Kompetenz, der Integration kultureller und traditioneller Werte wird dieser Raum vielfältig und offen für die Zukunft gestaltet. Die Erfahrungen aus der Betreuung, Vernetzung und Weiterentwicklung von über 50 Standorten in Österreich, Deutschland und der Schweiz führen laufend zu inhaltlichen, baulichen und organisatorischen Innovationen. Nur zu sagen, dass das Leben vor dem Raum kommt, ist eine Frage der Formulierung. So aber zu handeln, ist eine Haltung.

Die Initiativen greifen, weil sie auf die Menschen und auf die Unternehmen in den Standorten ein- und übergehen und so die Räume zu inspirierenden Begegnungs- und Lebenswelten machen. Hier findet der konstruktive Austausch statt – beruflich wie auch privat. Und das hat Zukunft. Nachhaltigkeit ist ein anderes Wort dafür.